

Preussische Allgemeine



Nr. 16 · 23. April 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Das Schein-Duell

Mit der Ausrufung Armin Laschets und Annalena Baerbocks als Spitzenkandidaten ihrer Parteien wird sich die schwarz-grüne Annäherung der letzten Jahre fortsetzen
Seiten 1, 2 und 24



Geschichte Eine neue Biographie über Wilhelm Canaris **Seite 11**



Leben Wie sich Schloss Rheinsberg auf den Sommer vorbereitet **Seite 21**

AUFGEFALLEN

Was bedroht Pressefreiheit wirklich?

Deutschland ist in der Rangfolge der Länder mit der größten Pressefreiheit um zwei Plätze von Rang 11 auf Rang 13 abgerutscht. Aufgestellt wird die Rangliste von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (RSF). „Aufgrund der vielen Übergriffe auf Corona-Demonstrationen mussten wir die Lage der Pressefreiheit in Deutschland von ‚gut‘ auf nur noch ‚zufriedenstellend‘ herabstufen“, so RSF-Vorstandssprecher Michael Rediske, ehemals Chefredakteur der linken „taz“.

Die Begründung mag verblüffen. Was ist mit dem umstrittenen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) oder den Blockade-Orgien sozialer Netzwerke wie Twitter, Facebook oder Instagram? Greifen die nicht viel tiefer in die Pressefreiheit ein als Pöbeleien gegen Journalisten am Rande von Demonstrationen?

Die Chefs von Facebook und Co. wurden massivem politischen Druck ausgesetzt, „Hassreden“ in ihren Portalen zu unterbinden. Ein Gummibegriff, anwendbar fast nach Belieben. Und so war es wohl auch gemeint: Oppositionelle, „rechte“ Positionen sollten aus der Debatte gedrängt werden, weshalb die publizistische Linke die Sperraktionen der Internetgiganten auch zunächst fast einhellig begrüßte.

Im Februar traf es dann aber plötzlich das ARD-Magazin „Monitor“, das ebenfalls von Instagram und Facebook gesperrt wurde. Da war der Jammer bei „Monitor“-Chef Georg Restle groß. RSF kümmert sich indes lieber um aggressive Demonstranten. **H.H.**

POLITIK

Das offene Ende eines Machtkampfes

Der Ausgang des Streits um die Kanzlerkandidatur von CDU und CSU hinterlässt mehr ungeklärte Fragen als Antworten

VON RENÉ NEHRING

Nun also Armin Laschet. Mit der Erklärung des CSU-Vorsitzenden Markus Söder am Dienstag, das jüngste Votum des CDU-Bundesvorstandes zugunsten des Vorsitzenden der größeren Schwesterpartei akzeptieren zu wollen, geht ein Machtkampf zu Ende, der schon jetzt als historisch bezeichnet werden kann.

Nach wie vor werfen die Umstände des Ringens mehr Fragen auf als das Ergebnis Antworten gibt. Dabei ist diejenige, wie die Wahlkampfstrategen von CDU und CSU in den Monaten bis zur Bundestagswahl die behauptete Einigkeit zwischen den beiden Schwesterparteien inszenieren wollen, noch eine der nachrangigeren.

Viel gravierender ist da schon, wie souverän ein Vorsitzender im Amt ist, wenn seine Unterstützer wiederholt kundtun, dass er unbedingt Kanzlerkandidat werden müsse, da er sonst auch als Parteichef nicht mehr haltbar sei. Nicht unerheblich ist auch die Frage, was eine Abstimmung im Bundesvorstand zur Ermittlung eines Meinungsbildes der Partei eigentlich wert ist, wenn zahlreiche Parteigranden zuvor berichten, dass bis auf Laschets Landesverband Nordrhein-Westfalen die Mitglieder an der Basis den Bayer Söder favorisieren würden?

Und was soll es, wenn Kommentatoren wie der FAZ-Herausgeber Berthold Kohler

nach der Nominierung schreiben, dass sich Laschet mit der bestandenen „Feuertaufe“ das Kanzleramt – wohlgemerkt: nicht die Kandidatur (!) – „verdient“ habe? Wovon sprechen wir hier eigentlich? Sind die Führungsfragen von Volksparteien zu einer Casting-Show verkommen, bei der es nicht mehr um den Kurs des Landes geht, sondern darum, dem Sieger irgendeinen Vertrag zu überreichen?

Fragen stellen muss sich unterdessen auch die CSU. Allen voran, wie lange sie es sich gefallen lassen will, dass sie zwar regelmäßig so viele Wählerstimmen für die gemeinsame Union einfahren kann wie kein anderer Landesverband der CDU, in der entscheidenden Frage der Kanzlerkandidatur jedoch stets hinter der großen Schwesterpartei zurückstehen soll.

Distanz zur Basis

Zum Rennen um die Spitzenkandidatur der Union gehört auch, dass sich die Parteispitze der CDU nicht zum ersten Mal über den Willen der Basis hinweggesetzt hat. Zweimal gelang es ihr, den bei vielen Mitgliedern populären Friedrich Merz als Nachfolger Angela Merkels im Parteivorstand zu verhindern. Im Ergebnis hat die Partei mit Annegret Kramp-Karrenbauer und Armin Laschet jeweils Vorsitzende bekommen, die schon wenige Wochen nach der Wahl höchst umstritten waren.

Die wiederholte Diskrepanz zwischen dem Willen der Basis und dem Adenauer-

Haus wirft nicht zuletzt die Frage auf, ob die Union auf Dauer eine Volkspartei bleibt – oder sich allmählich zu einer Partei der Funktionsebenen entwickelt? Schon jetzt erscheint es fragwürdig, warum sich die einfachen Mitglieder im Wahlkampf für einen Spitzenkandidaten einsetzen sollen, den die meisten von ihnen offenkundig nicht wollten.

Immerhin: Dem oft unterschätzten Laschet ist es in den vergangenen Jahren gelungen, mit Nordrhein-Westfalen ein Land für seine Partei zurückzuerobern, das jahrzehntelang fest in sozialdemokratischen Händen war. Weitestgehend geräuschlos führt er die Landespolitik in einem ruhigen Fahrwasser und bildet mit Exponenten wie dem Innenminister Reul und dem Sozialminister Laumann ein breites programmatisches Spektrum ab wie kaum ein anderer Unions-Landesverband. Und anders als beim inhaltlich oft sehr sprunghaften Söder wissen Freunde und Gegner bei Laschet in der Regel, woran sie sind.

Die entscheidende Frage ist letztlich, ob es Laschet gelingt, der Union im Wahlkampf ein inhaltliches Profil zu geben, das sich wieder von den Grünen unterscheidet. Ansonsten könnten manche Wähler versucht sein, ihr Kreuz gleich beim programmatischen Original zu setzen. Allein die Art und Weise, in der die Grünen die Kanzlerkandidatur Annalena Baerbocks ausgehandelt haben, dürfte nicht wenige bürgerliche Wähler beeindruckt haben.

IN DIESER AUSGABE

Berlin
Nach dem Scheitern des Mietendeckels blasen linke Aktivisten zum Sturm
Seite 5

Kultur
Die ARD erinnert an den Kampf der Umwelt-Aktivisten in der DDR
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Die Republik Litauen will die Fischerei im Kurischen Haff verbieten
Seite 13

HINWEIS

Bruderhilfe Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Landsmannschaft Ostpreußen für die Bruderhilfe bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Tage der Offenbarung

Mit der Nominierung der Spitzenkandidaten von CDU/CSU und Grünen wird nicht nur sichtbar, wie sehr sich die Union in der Ära Merkel gewandelt hat. Ein Bündnis mit der Öko-Partei erscheint inzwischen als einzige verbliebene Regierungsoption

VON WERNER PATZELT

Wahlkämpfe sind Hochfeste repräsentativer Demokratie. Solange sie dauern, verzichten Politiker und Parteien aus Eigeninteresse darauf, der Bürgerschaft herab vom hohen Ross zu kommen. Sie versuchen es vielmehr mit Überzeugen oder Überreden und reagieren auf manchen Widerspruch sogar mit Hinören und mit Argumenten. Jedenfalls sind Wahlkämpfe solche Zeiten, in denen auch hochmütige Politiker sich demütigen – oder gedemütigt werden.

Zugleich geraten Wahlkämpfe samt der Vorbereitung auf sie zu einer Reihe von Offenbarungseiden. Spätestens ab dem Wahlabend lässt sich über tatsächliche Machtverhältnisse nicht mehr der Schleier von Beschwörungsformeln oder Beschönigungsphrasen breiten. Politisch recht gehabt hat dann der, dessen Partei Stimmen gewonnen hat, und nicht länger jener, dem Journalisten die am besten verwertbaren Stichworte geboten haben. Und im Vorfeld all dessen zeigt sich, was eine Partei wirklich auf die Waage bringen kann: an Tüchtigkeit und Stehvermögen ihres Personals, an Stimmigkeit ihrer Positionen, an möglichen Bündnispartnern.

Eine zerrissene Union

Einen ersten Offenbarungseid erlebten wir gerade. Die Union erwies sich als zutiefst zerrissen zwischen einer CDU, deren Establishment nach langem Ringen einen Vorsitzenden wählte, den schon bei seiner Wahl große Teile der Parteibasis nicht haben wollten, weshalb sie ihn nun auch als Führer im Wahlkampf ablehnten. Und da ist eine CSU, deren Vorsitzender Populismus von oben betreibt, um nicht nur seinem politischen Lager zu dienen, sondern auch seinem Ego. Letzteres ist legitim und gehört zur Demokratie. In der muss ja nicht das Amt zum Mann kommen, sondern ein Bewerber zum Amt. Doch für ein ehemals „bürgerlich“ genanntes Lager ist es durchaus unvorteilhaft, wenn ein sich aufdrängender Leitwolf erklärt, Programme und Inhalte wären nachrangig, denn es zähle vor allem die eigene Persönlichkeit und deren demoskopisch messbare Anziehungskraft.

Genau so reden Populisten: Der Anführer wisse um des Volkes Wünsche, was doch seine guten Umfragewerte bewiesen; zwischen ihm und die Gefolgschaft sollten sich weder Parteigremien noch Programme schieben; und gerade das Vereinfachen schwieriger Zusammenhänge auf billige Symbole wäre ein Qualitätsnachweis: Kreuze aufhängen im einen Jahr, Bäume umarmen im nächsten. Wer Stetigkeit, Ehrlichkeit, pragmatische Prinzipientreue und prinzipienfesten Pragmatismus für bürgerliche Tugenden hält, der erkennt: Der Vorsitzende der CSU ist zwar ein Volkstribun mit taktischem Geschick, muss sich als seriöser Politiker aber erst noch beweisen.

Auch inhaltlich ist der kommende Wahlkampf für die Union während ihres scharfen Kandidatenwettbewerbs zum Offenbarungseid geworden. Denn wofür steht sie wirklich? Wie will sie unsere Migrantengesellschaft vor soziokulturellen und ethnischen Spaltungen bewahren, nachdem sie von einer umsichtigen Zuwanderungspolitik abgerückt ist und keine Vorstellungen mehr von einer solchen Leitkultur hat, die unsere bunte Gesellschaft verlässlich zusammenhalten könnte? Wie will die Union eine stabile und wettbewerbsfähige Energieversorgung sichern, wenn sie zugleich auf Erneuerbare Energien setzt und die Kernenergie abstellt – obwohl allein die letztere verlässlich jene Energiemenge verfügbar macht, die für Wasserstoffwirtschaft, Elektromobilität und eine digitale Gesellschaft nun einmal erforderlich ist?



Symbol einer Annäherung: Eine schwarz-grün gestreifte Krawatte, wie sie seit Jahren von Befürwortern ebensolcher politischer Koalitionen getragen wird

Foto: action press

Und welche Rolle sollen Nationalstaaten in der EU spielen? Etwa die von deutschen Bundesländern, denen dereinst eine Brüsseler Kanzlerin den alternativlos richtigen Weg durch Krisenzeiten weist? Was folgt aus der Antwort dann für eine sinnvolle EU-Politik der deutschen Regierung? Und was will die Union für den nicht nur technisch-wissenschaftlichen, sondern auch für den kulturellen und ethischen Bildungsstand in Deutschland tun? Was will sie unter „Konservatismus“ verstehen – und in welche konkreten Politikangebote soll derlei übersetzt werden? Wen genau will die Union mit welchen Angeboten gewinnen? Und welcher Wurm wird wohl welchem Fisch schmecken – und nicht nur von den Anglern gelobt werden?

Gut zwei Jahrzehnte nach Angela Merks Übernahmung der CDU gibt es auf keine dieser Fragen eine klare, sowohl parteieinheitliche als auch in Wahlkampfdebatten erfolgreich vertretbare Antwort. Es gibt auch keine konstruktiven parteiinternen Diskussionen darüber, wie derlei Antworten ausfallen sollten. Allenfalls wurde geklärt, dass die CDU solche Debatten gar nicht will. Sie sei nämlich eine Regierungspartei – und keine, die sich nach SPD-Vorbild an programmatischen Akzentsetzungen aufreibe. Tatsächlich war jahrelang die einzige parteiinternen als wichtig behandelte Frage die, wie man zu Angela Merkel stehe. Dabei galt auch nur eine einzige Antwort als zulässig: Man bewundere ihre Arbeit und werde ihr Erbe bewahren. Danach beurteilte man ebenfalls, wer als ihr Nachfolger im Parteivorsitz in Frage käme – ganz gleich, wen man sich an der Parteibasis wünschte.

Fatales Kuschneln mit dem Zeitgeist

Deshalb hat es schon seine Stimmigkeit, wenn auch am Ende der Amtszeit der Kanzlerin Merkel deren Machtstil fortgesetzt

wird. Der bestand darin, die eigenen Entscheidungen am Konjunkturverlauf der öffentlichen Meinung auszurichten, dabei stets auf positive Rückkoppelungen mit meinungsprägenden Spitzenjournalisten auszugehen und bei alledem so sachlich zu reden, als ergäbe sich die eigene Politik mit naturwissenschaftlicher Zwangsläufigkeit. Deshalb wollte man jetzt auch nicht irgendwelche Inhalte zum zentralen Kriterium der Kandidatenauswahl machen, sondern demoskopische Beliebtheitswerte. Die zeigen tatsächlich, wen meinungsformende Journalisten jeweils am liebsten mögen. Dabei verhält sich die Union so, als habe es nie einen Kanzlerkandidaten aus Würselen gegeben, der rasch vom Format eines roten Riesen auf das eines weißen Zwerges schrumpfte.

Dessen Fall sollte der Union eine grundsätzliche Lehre sein. Denn am liebsten mögen Deutschlands Journalisten ohnehin niemanden von CDU oder CSU. Ihre Lieblinge sind die Grünen, die in dieser Favoritenrolle der SPD nachgefolgt sind. Auch Merkel war viel weniger als CDU-Politikerin populär denn vielmehr als eine Kanzlerin, die ihrer widerstrebenden Partei erst die Vorlieben der SPD und später das Denken der Grünen aufdrückte. Ganz in dieser Entwicklungslinie liegt es, dass die Union nun alternativlos eine Koalition mit den Grünen entgegentreibt. Jedenfalls wird sie sich lieber einer Kanzlerin Baerbock als Juniorpartner ergeben, als an der Seite der – von ihr mitverschuldeten – AfD Oppositionsarbeit zu betreiben.

Genau diese Interessen- und Machtkonstellation ist der dritte Offenbarungseid, der zurzeit geleistet wird. Legitimerweise wollen die Grünen in Deutschland mehr gestalten als bislang. Das wird bequemer im Bündnis mit der Union gelingen als in jeder anderen Koalition. Die Union wiederum will unbe-

dingt weiterregieren, was ihr aber – wenn nicht ein Wunder geschieht – nur an der Seite der Grünen beschieden sein wird. Also müssen sich nun zwei Parteien als Konkurrenten präsentieren, die weitgehend das Gleiche wollen und – um es zu erreichen – im Wahlkampf auf nicht mehr als auf Feldvorteile für Koalitionsverhandlungen ausgehen können.

Eine alternativlose Koalition?

Und wenn die zwei einander dennoch mit Nachdruck zusetzen sollten, also Laschet diesmal nicht die AfD zum Hauptgegner erklärte, sondern Annalena Baerbock und ihre Partei? Dann würden die Grünen leicht angreifbar von links: Warum nur schlugen sie ein wirkliches Reformbündnis mit SPD und Linker aus, oder auch mit der widerborstigen FDP, wenn die Union doch weiterhin die Grünen bekämpfte? Immerhin gäbe es nun erstmals die Chance, CDU und CSU auf Bundesebene abzulösen, also endlich dem Original – statt nur der merkelgrünen Kopie – zur Gestaltungsmacht zu verhelfen. Die Union würde wiederum angreifbar von rechts mit der Frage, warum man überhaupt eine Koalition mit den Grünen für sinnvoll halte, wenn man doch in so vielen Dingen uneinig wäre. Dem ließe sich nur das schicksalsergebene Argument von der Alternativlosigkeit eines Bündnisses mit den Grünen entgegensetzen – oder die Hoffnung auf ein wundersames Erstarren der FDP. Beides aber kündete von Schwäche, nicht von Stärke. Und aufs wirkungsvollste wäre die heruntergewirtschaftete Union angreifbar von einer AfD, die sich nicht als Anti-System-Partei auführte.

Wie wird mit solchen Offenbarungseiden die für jeden Wahlkampf wichtige Parteibasis umgehen? Viele Grüne, an deren Fundi-Seele das Realo-Paar Baerbock/Habeck an der Spitze so lange genagt hat, werden fragen, weshalb man sich auf Wasserträgerdienste für die inhaltlich und kulturell so sehr verachtete Union einlassen soll. Das wird zum Sand im Getriebe des grünen Wahlkampfs – und gar erst dann, wenn Baerbock abstürzen sollte wie einst Ikarus. Bei der Union hingegen fragt man sich beim Kandidaten Laschet, warum man sich für jemanden ins Zeug legen soll, den das Parteiestablishment gleich zweimal den Lieblingen der Parteibasis vorgezogen hat, nämlich Merz und Söder.

Die Rolle der Medien

So bleibt die Frage nach dem anstehenden journalistischen Offenbarungseid. Wird das Herbeischreiben grüner Regierungsmacht weitergehen – und zwar auch angesichts einer Kandidatin, die für das wichtigste Regierungsamt innerhalb der EU keinerlei passende Erfahrung mitbringt? Die bislang auch eher vom ihr zugeschriebenen Charisma lebt als von einer Bewährung unter Stress, wie sie Laschet inzwischen mehrfach bestand? Und wird dieser nun nicht immer wieder hören müssen, er habe durch sein Bestehen auf der eigenen Kandidatur das Elend der Union noch vergrößert?

Man sieht: Wenn eine Partei vom richtigen Kurs abgekommen ist, dann merkt sie das zwar oft erst Jahre später. Doch merken wird sie es – und dafür büßen. Lange schon tut das die SPD. Jetzt ist die Union dran. Sie bezahlt dafür, dass sie sich so lange teils willig, teils zähneknirschend einer Parteivorsitzenden und Kanzlerin untergeordnet hat, die sie inhaltlich entkernte, ihrer nichtpopulistischen Sympathieträger beraubte und von links her erpressbar machte. Da war jenes Erbe klar besser, das einst Helmut Kohl hinterließ.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der TU Dresden. Zuletzt erschien „CDU, AfD und die politische Torheit“ (Weltbuch Verlag 2019).
<http://wjpatzelt.de>

Angela Merkel war viel weniger als CDU-Politikerin populär denn vielmehr als eine Kanzlerin, die ihrer widerstrebenden Partei erst die Vorlieben der SPD und später das Denken der Grünen aufdrückte. Ganz in dieser Entwicklungslinie liegt es, dass die Union nun alternativlos einer Koalition mit den Grünen entgegentreibt

Mogelpackung Gleichstellung

Eine neue Bundesstiftung soll auf Jahre hinaus gender-feministische Lobbygruppen mit Macht und Geld versorgen. Nebenbei geht es auch um die Absicherung verdienter Genossen für die Zeit nach der kommenden Bundestagswahl

VON BIRGIT KELLE

Eines muss man der SPD lassen. Zumindest schafft sie es, auf den letzten Metern der aktuellen Regierungskoalition noch ein paar Herzstücke ihrer Politik vor allem in jenem Ressort voranzutreiben, das ihr ehemaliger Vorsitzender Gerhard Schröder einst despektierlich als „Frauen und Gedöns“ bezeichnet hatte, dem Familienministerium.

Mit tatkräftiger Unterstützung durch das ebenfalls SPD-geführte Justizministerium steht Frauen-, Familien- und Geschlechterpolitik neuerdings ständig auf der Agenda des Bundestages. Ob „Kinderrechte“ in die Verfassung, der Entwurf eines neuen Transsexuellen-Gesetzes (mit einer Abkehr von biologischen Fakten bei der Definition von Geschlecht) oder die geforderte neue „Mit-Mutterschaft“ bei lesbischen Paaren, bei der ein Kind zwei Mütter und dafür keinen Vater mehr in der Geburtsurkunde haben soll – man will offenbar alles noch über die Ziellinie retten, bevor sich im Herbst nach der Bundestagswahl die Mehrheitsverhältnisse ändern könnten und die SPD statt in der Regierung auf den harten Oppositionsbänken sitzt.

Ein Meilenstein zur dauerhaften Verankerung der eigenen Agenda im staatlich alimentierten Apparat auch für den Fall einer Wahlniederlage ist die nun am 15. April im Bundestag beschlossene neue Gleichstellungsstiftung. Damit hätte man eine weitere Stiftung mit Geld und Segen des Bundestages installiert, um eine linke Gesellschafts-Agenda voranzutreiben. Die bereits seit Jahren agierende Magnus-Hirschfeld-Stiftung ist eng mit den Grünen verwebt und orchestriert die gesamte Regenbogenfront der Vielfalt der Geschlechter. Im Budget aufgeholt hat aber auch die Amadeo Antonio Stiftung, die unter dem Vorwand „Kampf gegen rechts“ mit Millionenbudgets linke und Gender-Politik betreibt. Jetzt also noch eine weitere Stiftung.

Gezielte Begriffsverwirrung

Gleichstellung mache Deutschland spürbar besser, so die gewagte These aus der Gesetzesbegründung. Das Grundgesetz verpflichte den Staat schließlich laut Artikel 3, Absatz 2 zur tatsächlichen Durchsetzung der „Gleichberechtigung“ von Frauen und Männern, um dann sofort wieder die „Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung“ zu zitieren, die noch nicht erreicht sei. Die absichtliche Begriffsverwirrung von *Gleichberechtigung* und *Gleichstellung* ist Programm, man will nicht Chancengerechtigkeit für Frauen – die ist ja längst erreicht, sondern die Gleichheit in der Zählung, damit überall 50 Prozent Frauen sitzen.

Es reißen sich weitere feministische Klischee-Perlen aneinander: die „strukturelle Benachteiligung“ der Frau, aber auch „Geschlechterstereotype“ als „Hindernisse für gleiche Verwirklichungschancen“. Was genau die Regierung mit „Geschlechterstereotype“ meint, wird nicht beantwortet; was dem einen ein feministisches Grauen ist dem anderen eine durchschnittliche traditionelle Familie. Die Stiftungsarbeit solle „Genderfragen“ berücksichtigen, ein Begriff, der alles und nichts heißen kann. Explizit heißt es, man wolle „einen wichtigen Beitrag zur nationalen Umsetzung der Ziele der Pekinger Aktionsplattform“ leisten, verabschiedet bei genau jener Weltfrauenkonferenz im Jahr 1995, wo Gender-Mainstreaming als Handlungsmaxime erstmals als feministische Forderung aufkam.

Perspektivisch soll die Stiftung „die Geschäftsstelle für die Gleichstellungsberichte und die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung betreiben“. Diese Planung irritiert in ihrer strukturellen Dimension: Hier wird die Erstellung einer Strategie zur Geschlechterpolitik von Regierung und zuständigem Ministerium, also aus der direkten, parla-



Treibende Kraft hinter der neuen Bundesstiftung: Ministerin Franziska Giffey, hier während der Debatte über das von ihr eingebrachte Gesetz

Foto: Political Moments

mentarischen Verantwortung, freiwillig an eine außerparlamentarische Stiftung vergeben – anschließend soll diese Strategie jedoch als Regierungsprogramm umgesetzt werden. Wieso verzichten Parlament und Regierung auf ihre Richtlinienkompetenz zugunsten einer Handvoll weisungsungebundener Wissenschaftler und Lobbygruppen?

Das Ganze wird den Steuerzahler in diesem Jahr noch drei Millionen Euro kosten und dann in allen Folgejahren weitere fünf Millionen. Ende nicht in Sicht. Man plant zum Start mit 33 Personalstellen (Direktorin und Direktor, Leitung der Referate, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sachbearbeitung und Assistenz). Ein Stiftungsrat aus der jeweiligen Familienministerin und zehn Mitgliedern des Bundestages soll die Arbeit überwachen. Es soll also mit Steuergeldern Fachwissen und Expertentum aus dem vormaligen parlamentarischen Raum in die Politik gebracht werden. Da ist von Innovationswettbewerben die Rede, von Dialogformen, Publikationen, Initiativen, Kompetenzsammlungen. Umso spannender ist die Frage: Welche Experten werden das sein, wer wählt sie aus, oder stehen sie gar schon fest?

Das Geld bleibt in der Familie

Die Frage, wer wohl zum Zuge kommen wird, beantwortet sich möglicherweise sehr einfach und aufschlussreich durch eine Kleine Anfrage der FDP (Drucksache 19/18451), die im Parlament Antwort begehrt, wer denn genau im Haushaltsjahr 2020 bereits zur Vorbereitung der Bundesstiftung Gleichstellung die bereits ausgegeben 655.000 Euro erhielt.

Der Löwenanteil ging laut Bundesregierung mit 431.000 Euro an den Verein „Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)“, der sowieso bereits vom Familienministerium finanziell gefördert wird, für seine „fachliche Unterstützung und strategische Beratung“. Verantwortlich ist dort Benjamin Landes, Mitglied der SPD Hessen, womit alles in der sozialdemokratischen Familie bleibt. Es bleibt die Frage, wieso ein Millionenapparat wie das Familienministerium das nicht ohne Hilfe eines privaten Vereins schafft.

Ganze 102.000 Euro erhielt auch der Verein „Frauen aufs Podium e. V.“ zur Förderung des Projekts „Untersuchung und Erarbeitung

eines deutschlandweiten Grundkonsenses zur erfolgreichen Implementierung gesellschaftlicher Gleichstellung“. Man befürwortet dort Frauenquoten in allen Lebenslagen.

Spannend ist die Frauendefinition dieses Verbandes, der die Vermutung leider bestätigt, dass hier Gender-Dogmatik über die Hintertüre implementiert werden soll. Zitat von der Homepage des Vereins: „Mit Frauen* sind alle Personen gemeint, die sich weiblich positionieren. Frauen* können unterschiedliche Körper haben und z. B. *trans*, *cis* oder *inter* sein. Nicht-binäre und nicht heterosexuelle Geschlechteridentitäten und Begehrensformen sind dabei explizit eingeschlossen.“ Ist das dann jetzt die offizielle neue Geschlechterdefinition der Stiftung?

Mitbegründet hat den Verein die Politologin Bettina Praetorius, engagierte Streiterin für das Brandenburger Parité-Gesetz, das eine Frauenquote auf Wahllisten der Parteien erzwingen wollte, das vor dem Verfassungsgericht des Landes anschließend erwartungsgemäß grandios scheiterte.

Weitere 24.000 Euro erhielt die „Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, und für 86.000 Euro gönnte man sich professionelle Pressearbeit für eine Stiftung, die noch nicht mal existiert. Und nicht zuletzt erhielt auch Frau Prof. Dr. Gabriele Diebold 7.000 Euro, Expertin für geschlechtergerechte Sprache an der Universität Hannover und Mitverfasserin des Buches „Richtig gendern“ im Duden Verlag.

Was hier also faktisch in Form einer Stiftung getan wird, ist die Installation einer Vorfeldplattform, um ideologische und auch einseitig definierte gleichstellungspolitische Ambitionen mit staatlichem Geld und Segen auszustatten und deren Arbeit als „Gender-APO“ auf Jahre abzusichern. Dass das Vorhaben eine klare linke Schlagseite hat und genderpolitische Ziele verfolgt, ist offensichtlich.

Die Grünen stimmten nun im Bundestag gegen die Stiftung in dieser Form, allerdings nicht wegen grundsätzlicher Ablehnung, sondern weil es ihnen nicht weit genug geht. Zu wenig Geld, immer noch eine Diskriminierung von „diversen“ Menschen. Man müsse das intersektional aufstellen, die Gremien seien zu binär und mit einer „faktischen“ Männerquote belastet, so argumentierte die

Was hier in Form einer Stiftung getan wird, ist die Installation einer Vorfeldplattform, um ideologische und auch einseitig definierte gleichstellungspolitische Ambitionen mit staatlichem Geld und Segen auszustatten und deren Arbeit als „Gender-APO“ auf Jahre abzusichern

grüne Bundestagsabgeordnete und queerpolitische Aktivistin Ulle Schauws in der Parlamentsdebatte. Dabei hatten die Grünen bereits vorher in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben, was sie mit dieser Stiftung selbst in der nächsten Legislaturperiode planen: „Die neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven Institution ausbauen (...) Hierfür leisten die Sozialwissenschaften und die Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag.“

Schweigen der Union

Während sich nun die SPD-Minister Olaf Scholz und Heiko Maas selbst sprachlich ganz gendersensibel bei Twitter als „Regierungsvertreter*in“ bezeichnen, erregte CDU-Mann Friedrich Merz kürzlich bei einer Rede die Gemüter der Republik, indem er die Frage aufwarf, wer „diesen Gender-Leuten eigentlich das Recht“ gebe, „einseitig unsere Sprache zu verändern“ und mit Beispielen wie „Grüne und Grüninnen, Spielplätze für Kinder und Kinderinnen“ zumindest die Lacher auf seiner Seite hatte. Die Antwort auf diese wirklich gute Frage wird ihm nichts zu lachen geben: seine eigenen Parteikollegen in CDU und CSU, die als Regierungspartei nicht eingriffen, obwohl absurde Gender-Schreibweisen bereits heute in amtlichen und staatlichen Dokumenten, aber auch in Schulmaterialien und Lehrplänen Einzug halten.

Auch in Bezug auf die Stiftung bleibt die Frage stehen: Wieso sehen CDU und CSU mit großer Gelassenheit zu und unterstützen dies Vorhaben gar, das ihnen auf viele Jahre eine steuerfinanzierte, vorparlamentarische Opposition in Fragen der eigenen Geschlechterpolitik bescheren wird? Für die Antwort bleiben nur zwei Optionen: Entweder sie teilen die frauen- und geschlechterpolitischen Ansichten von SPD und Grünen inzwischen – oder es ist ihnen schlicht egal. Hauptsache, sie stellen weiterhin die „Bundeskanzler*in“.

● Birgit Kelle ist Publizistin und schreibt unter anderem für „The European“, „Die Welt“, „Focus“ und „kath.net“. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020).
www.birgit-kelle.de

● MELDUNGEN

Merkwürdige Förderung

Berlin – Die FDP-Fraktion fragte die Bundesregierung, warum sie 400 Millionen Euro für ein US-amerikanisches Therapeutikum auszugeben bereit ist, während sie die im Vergleich dazu niedrige Summe von 55 Millionen Euro für die Weiterentwicklung eines vielversprechenden deutschen Therapeutikums des Braunschweiger Unternehmens CORAT Therapeutics verweigert. Das Unternehmen arbeitet an der Entwicklung eines COVID-19-Medikaments, das nach eigenen Angaben weltweit das einzige ist, das speziell für schwere Corona-Verläufe entwickelt wird. Das Paul-Ehrlich-Institut hatte die Genehmigung für die erste klinische Studie bereits erteilt. Das Land Niedersachsen und drei Einzelinvestoren beteiligten sich bei den bisherigen Finanzierungsrunden, für die 55 Millionen Euro, die für die Weiterentwicklung bis zur Zulassungsreife nötig wären, fand sich bislang keinen Investor. Auf die Bewerbung um eine Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom Januar erhielt das Unternehmen bislang keine Antwort. Stattdessen erhielt CORAT Therapeutics Übernahmeangebote aus China und Vietnam. **MRK**

Sachsen: AfD vor CDU

Dresden – Die Beliebtheitswerte der schwarz-rot-grünen Landesregierung in Sachsen sinken kontinuierlich. Lediglich 23,9 Prozent der Wähler in dem Freistaat sind mit ihr noch zufrieden, während sich 62 Prozent unzufrieden zeigen. Verantwortlich hierfür ist die ebenso konfuse wie autoritäre Corona-Politik, für die insbesondere Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) steht. Während die Bevölkerung mit harten Maßnahmen drangsaliert wird, welche die Gerichte wiederholt wegen Unverhältnismäßigkeit kassierten, sind die Grenzen zu den Hochinzidenz-Ländern Polen und Tschechien nach wie vor löchrig wie Siebe. Das hat dazu geführt, dass die CDU bei der von der „Sächsischen Zeitung“ gestellten Sonntagsfrage auf 27,3 Prozent absackte, während sich 29,6 Prozent der potentiellen Wähler für die AfD aussprachen. Und die Koalitionspartner SPD und Grüne kommen nur noch auf magere 7,3 beziehungsweise zwölf Prozent. **W.K.**

Landwirte gegen Regelwut

Berlin – In einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit kritisierten Landwirte den Entwurf einer Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, mit welcher dem Insektensterben begegnet werden soll. Der Deutsche Bauernverband kritisierte, dass die Bundesregierung zu sehr auf Verbote und Auflagen setze. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem ein Verbot von bestimmten Schädlingsbekämpfungsmitteln vor sowie strengere Regeln gegen sogenannte Lichtverschmutzungen, etwa durch Straßenbeleuchtungen, zum Schutz von Insekten. Lob erntete beim Fachpublikum der niedersächsische Weg, der vorrangig auf freiwillige Maßnahmen der Landwirte setzt. **MRK**

VON ROBERT MÜHLBAUER

Deutschland. Aber normal.“ So lautet das Motto der AfD-Werbekampagne zur Bundestagswahl. Vor dem Dresdner Bundesparteitag hat der Vorstand die ersten Großplakate präsentiert und dafür einhelliges Lob der Delegierten geerntet. Was in Deutschland derzeit laufe, sei nicht mehr normal. Das Land solle – wieder – sicher, ehrlich, sauber werden. Von „deutscher Leitkultur“ ist die Rede. Dazu kommt noch ein Werbefilm, über den selbst die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) wohlwollend schrieb, er sei „professionell gemacht ...“, ein bisschen nostalgisch, aber ohne Hass: Die AfD gibt sich im Superwahljahr ein spießiges Image und holt die Bürger bei ihrer Sehnsucht nach Normalität ab.“

Von einer „tiefen Sehnsucht“ nach Normalität sprach AfD-Parteichef Jörg Meuthen. Als nicht mehr normal würden viele Bürger ihr Land empfinden, zum Beispiel die Gender-Sprache oder Negativzinsen auf Ersparnisse. Auch die Corona-Politik der Bundesregierung empfindet die Partei als nicht verhältnismäßig.

Meuthen griff in seiner Rede die Grünen als Hauptgegner der AfD an. Die Grünen seien Sozialisten, sie stünden für Unfreiheit. Ein Plakat fordert ein „Tempolimit für grüne Verbote“. Das AfD-Vorstandsmitglied Joana Cotar sagte zur Werbekampagne, Normalität sei „nicht spießig und nicht langweilig, sondern das, was sich alle wünschen“.

Delegierte für einen „Dexit“

Auf dem folgenden Programmparteitag verschärften die Delegierten in einigen entscheidenden Punkten die Programmatik. So votierten sie für einen Austritt Deutschlands aus der EU – oft mit dem Schlagwort „Dexit“ beschrieben – und für die „Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“, obwohl der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland sowie Meuthen die „Dexit“-Debatte vermeiden wollten. Gauland mahnte, das Ausland werde sich vor neuen deutschen Sonderwegen fürchten.

Verschärft haben die Delegierten auch die Ausländerpolitik der Partei: Sie lehnten mehrheitlich einen Familiennachzug auch für anerkannte Flüchtlinge pauschal ab, obwohl es warnende Stimmen gab, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Da bewegte sich der Thüringer AfD-Flügelmann Björn Höcke ans Mikrophon und sagte, es ginge hier nicht um eine rechtliche Frage, sondern um ein politisches Signal.

Überhaupt zeigte sich Höcke in Dresden häufiger am Saalmikrophon, nachdem er beim Parteitag in Kalkar ein halbes



Könnte zum Spitzenkandidaten gekürt werden: Tino Chrupalla, Handwerksmeister aus Sachsen

Foto: pa

AFD-PARTEITAG

Ringens um „Normalität“

Lob für Wahl-Werbekampagne – Streit um die Spitzenkandidatur ist ungeklärt

Jahr zuvor komplett geschwiegen hatte. Seine stärkere Präsenz griffen gerade AfD-feindliche Medien begeistert auf. Die „FAZ“ wählte die Schlagzeile „Der Parteitag folgt Björn Höcke“. In ihrem Kommentar hieß es, der Verfassungsschutz stuft die Partei zu Recht als rechtsextremen Verdachtsfall ein.

Für alle, die sich gewünscht hatten, durch eine gewisse Mäßigung weniger Angriffsfläche zu bieten, waren die Beschlüsse und das Auftreten Höckes ein Schlag ins Kontor. Die „NZZ“ schrieb über ihren Bericht, die Partei schwanke zwischen „Normalität und Wahnsinn“.

Zudem stimmten die Delegierten für eine Corona-Resolution, für die ihr etablierte Medien eine „Nähe zu Querdenkern“ attestierten. Nicht nur wird in der Resolution ein sofortiges Ende des Lockdown gefordert, sie warnt auch vor „alarmierend hohen Nebenwirkungen“ der Impfstoffe und fordert Aufklärung über „erhöhte Sterberaten nach Impfungen in Heimen“. Überrascht waren manche dann, dass der 80-jährige AfD-Senior

Gauland sich kurz nach dem Parteitag impfen ließ. Er hatte zuvor mehrfach die Bundesregierung für eine zu schleppende Corona-Impfkampagne angegriffen.

Keinen Durchbruch brachte der Parteitag in der Frage der Spitzenkandidaten. Mit knapper Mehrheit lehnten die Delegierten es ab, diese schon in Dresden zu wählen. Fraktionschefin Alice Weidel hatte sich zuvor als Kandidatin selbst aus dem Rennen genommen. Nun sollen die rund 32.000 Mitglieder die Spitzenkandidaten in einer Urabstimmung wählen. An diesem Montag entschied der Bundesvorstand über das Prozedere.

Chrupalla gilt als gesetzter Kandidat

Sicher antreten wird Co-Parteichef Tino Chrupalla. Der Handwerksmeister aus Sachsen gilt vor allem von den Ost-Verbänden als „gesetzter“. Dass aber auch im erfolgreichen Landesverband Sachsen nicht alles rund läuft, machte der Austritt zweier Abgeordneter eine Woche nach dem Parteitag deutlich. Wolfram Keil und Christopher Hahn verlassen die Land-

tagsfraktion und die Partei, weil sie eine Radikalisierung beklagten.

Neben Chrupalla war vor dem Parteitag die liberal-konservative hessische Bundestagsabgeordnete Joana Cotar als mögliche zweite Spitzenkandidatin genannt worden. Sie stand für ein Duo mit Chrupalla bereit, doch dieser ließ sie bislang abblitzen. „Ich will mit meiner Kandidatur ein bisschen Frieden in die Partei bringen“, unterstrich sie ihren Wunsch, über Lagergrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Sie will nun auch bei der Mitglieder-Urwahl antreten. Als möglicher weiterer Kandidat läuft sich der NRW-Landeschef Rüdiger Lucassen warm, ein ehemaliger Berufssoldat und Oberst der Bundeswehr. Ob Weidel doch noch antreten wird, ist ungewiss. Sie gilt als starke Rednerin, hat aber in beiden Lagern der Partei an Sympathien eingebüßt.

Bei all den innerparteilichen Querelen ist immer wieder erstaunlich, dass die Partei sich in Umfragen recht stabil hält und zuletzt sogar leicht auf elf bis zwölf Prozent zulegen konnte.

THÜRINGEN

Panik bei CDU und FDP

Die Kandidaten Hans-Georg Maaßen (CDU) und Thomas Kemmerich (FDP) sind umstritten

Zum Monatsanfang war bekannt geworden, dass der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen in Thüringen im Wahlkreis 196 für den Bundestag kandidieren möchte. Die Initiative dazu war vom CDU-Kreisverband Schmalkalden-Meiningen ausgegangen. Am 12. April sprach sich auch der Kreisverband Hildburghausen-Henneberger Land dafür aus, Maaßen als Direktkandidaten aufzustellen.

Der Wahlkreis umfasst ganz Südthüringen. Dieser Größe entsprechend, hängt die Nominierung gleich von vier CDU-Kreisverbänden ab: Suhl, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg. Die Kreisverbände werden voraussichtlich am 30. April einen offiziellen Direktkandidaten bestimmen. Bei der Parteispitze stoßen die Nominierungsplä-

ne auf kein Wohlwollen: Thüringens CDU-Landeschef Christian Hirte sagte zu einer Kandidatur Maaßens, diese „wäre für uns als CDU sicher keine Hilfe“.

Hirte warf Maaßen vor, mit seinen Ansichten und der Art und Weise seiner Kommunikation zur Spaltung der Partei beizutragen. Auch CSU-Chef Markus Söder warnte die Thüringer CDU vor einer Bundestagskandidatur Maaßens. In der Bundesspitze der CDU soll das Vorhaben, Maaßen für den Bundestag aufzustellen, sogar auf Entsetzen gestoßen sein. Berichtet wird zudem von Bemühungen, eine Nominierung des 58-jährigen Juristen noch zu verhindern.

Vertreter der Werteunion

Maaßen ist der prominenteste Vertreter der Werteunion. Der konservativen Grup-

perierung innerhalb der CDU stehen in Südthüringen etliche christdemokratische Funktionsträger nahe.

Auch für die Bundesspitze der FDP wird Thüringen derzeit ein Reizthema darstellen. Der FDP-Landeschef des Freistaats, Thomas Kemmerich, hat signalisiert, möglicherweise doch als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl antreten zu wollen. Gegenüber dem Sender MDR sagte Kemmerich, sein Verzicht auf eine Spitzenkandidatur habe sich nur auf den ursprünglichen Wahltermin am 25. April bezogen. Corona-bedingt ist die Landtagswahl nun aber verschoben worden. Als wahrscheinlicher Termin gilt jetzt der 26. September. Kemmerich sagte nun, ob er dann als Spitzenkandidat antrete, entschieden er und die Partei, sobald der Termin tatsächlich feststehe.

Vergangenes Jahr hatte der FDP-Bundessvorsitzende Christian Lindner dem Thüringer FDP-Chef in aller Öffentlichkeit abgeraten, erneut als Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Freistaat anzutreten.

Lindner droht dem Landesverband

Die Bundesspitze der FDP hatte sogar signalisiert, einen Wahlkampf mit Kemmerich als Spitzenkandidat nicht mitfinanzieren zu wollen. Der Landespolitiker war im Februar 2020 mit den Stimmen von AfD und CDU im Thüringer Landtag zum Ministerpräsidenten des Freistaats gewählt worden. Nach massivem Druck, auch von der Spitze der eigenen Partei, war Kemmerich aber bereits nach wenigen Tagen vom Amt wieder zurückgetreten. **Norman Hanert**

MIETRECHT

Scheitern als Wahlkampfangument

Nach dem Verbot des Berliner Mietendeckels durch Karlsruhe verschärft Rot-Rot-Grün die linke Rhetorik

VON NORMAN HANERT

Die Formulierung „Wir betreten juristisches Neuland“ hat beste Chancen zum Synonym für gesetzliche Regelungen zu werden, die am Ende von Richtern als verfassungswidrig eingestuft werden. Schon bei den Versuchen, in Thüringen und Brandenburg eine Geschlechterparität in den Parlamenten zu erzwingen, war von beteiligten Politikern die Formulierung vom „juristischen Neuland“ zu hören, ehe Verfassungsrichter diese Eingriffe ins Wahlrecht wieder einkassierten.

Nur fünf Monate vor der Abgeordnetenhauswahl ist in Berlin nun ein zentrales Projekt der rot-rot-grünen Landesregierung gescheitert, mit dem diese im Mietrecht eine Vorreiterrolle übernehmen wollte: Die Koalition hatte im Februar 2020 die Miethöhe für rund 1,5 Millionen Haushalte auf dem Stand von Juni 2019 eingefroren. Die auf fünf Jahre befristete Regelung war deutschlandweit einmalig, abermals „Neuland“.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 15. April diese Regelung nun für „insgesamt nichtig“. In einer einstimmigen Entscheidung waren die Karlsruher Richter zur Einschätzung gelangt, dass der Bund als Gesetzgeber das Mietpreisrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch bereits abschließend geregelt habe. Damit hätten die Bundesländer keine Befugnis, selbst nochmals ein Gesetz wie den Mietendeckel zu erlassen. Mit der Entscheidung können sich insbesondere CDU und FDP bestätigt fühlen. Bundestagsabgeordnete dieser Parteien hatten vergangenes Jahr den Normenkontrollantrag gegen den Mietendeckel beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

„Ideologisches Experiment“

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Luczak warf der rot-rot-grünen Koalition nach der Karlsruher Entscheidung vor, sie sei „sehenden Auges in die Verfassungswidrigkeit reingegangen“. Auch aus Sicht von Daniel Föst von der FDP-Bundestagsfraktion hat der Berliner Senat „die Mieterinnen und Mieter wider besseren Wissens für ein ideologisches Experiment missbraucht“.

Berlins Wohnungssenator Sebastian Scheel (Linkspartei) sagte dagegen: „Wir



„Wutkundgebung“ nach dem Karlsruhe-Urteil: Demonstranten in Berlin am 15. April

Foto: pa

hätten damit Neuland betreten und mit einer anderen Entscheidung gerechnet.“ Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung im Kern die Frage geklärt, ob Berlin in Konkurrenz zum Bund überhaupt einen Mietendeckelung einführen darf. Die Richter haben aber keine inhaltliche Bewertung der Berliner Regelung vorgenommen.

Dieser Umstand erleichtert es Befürwortern des Mietendeckels, nun sogar die Einführung einer bundesweiten Regelung anzustreben. Scheel forderte schon kurz nach der Entscheidung aus Karlsruhe, es sei jetzt die Aufgabe des Bundes, über ein wirkungsvolles Mietpreisrecht die soziale Mischung in den Städten zu sichern, oder aber den Ländern die Kompetenz dafür zu übertragen. In der SPD sprachen sich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller sowie der Ex-Juso-Chef und Partei-Bundesvize Kevin Kühnert für eine bundesweite Regelung aus.

Mehr noch: Das eigene Scheitern beim Mietendeckel wird sogar als Munition im Wahlkampf und als Argument für eine rot-rot-grüne Bundesregierung genutzt. Von Kühnert heißt es etwa: „Bei der Bundestagswahl am 26. September macht die SPD den Mieterinnen und Mietern ein klares Angebot: In der nächsten Bundesregierung wollen wir einen Mietestopp in allen angespannten Wohnlagen durchsetzen.“ Pankows Bezirksbürgermeister Sören Benn von der Linkspartei twittert: „Darum ist #r2g im Bund die einzig richtige Antwort auf dieses Urteil, um diese Rechtslage zu ändern & Mietendeckel zu ermöglichen.“

Jetzt erst recht: Ziel Enteignung

Inzwischen zeichnet sich noch eine weitere Entwicklung als Folge des gescheiterten Mietendeckels ab. Die Enteignung größerer Wohnungsbestände könnte zum zentralen Wahlkampfthema bei den Ber-

lin-Wahlen im September werden. Noch am Tag der Urteilsverkündung versammelten sich Tausende Menschen in Neukölln, um gegen das Kippen des Mietendeckels zu protestieren. Auf Transparenten waren dabei immer wieder Parolen wie „Dann halt enteignen“ oder „Wir haben Enteignungs-Bedarf“ zu lesen. Zur „Wutkundgebung“ aufgerufen hatte die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“

Aktivisten der Initiative waren auf der Demonstration unterwegs, um weitere Unterstützerunterschriften zu sammeln. Bringt das Bündnis bis zum 25. Juni 175.000 Unterschriften von Berliner Wahlberechtigten zusammen, dann kommt es zu einem Volksentscheid. Als wahrscheinlicher Termin für die finale Abstimmung wird immer wieder der 26. September genannt. Dann steht in Berlin neben der Bundestagswahl ohnehin schon die Wahl zum Landesparlament an.

KÖRPERKAMERAS

Gewerkschaft spricht von „Placebo“

Berlin schafft 30 „Bodycams“ an – Grüne und Linkspartei dagegen, Polizisten wollen mehr

Im Juli sollen in Berlin Polizisten und Feuerwehrmänner teilweise mit 30 Körperkameras (20 für die Polizei und zehn für die Feuerwehr) ausgestattet werden. Darum hatte es in der Berliner Landesregierung lange Streit gegeben. Während die SPD und ihr Innensenator Andreas Geisel die Anschaffung befürworteten, waren Linkspartei und Grüne dagegen. Die Opposition aus CDU, AfD und FDP votierte ohnehin dafür.

Merkwürdige Kritik von links

Die sogenannten Bodycams sollen das Verhalten von Polizisten, aber auch von in Einsätze verwickelten Bürgern dokumentieren. Der Kompromiss sieht nun vor, dass in einem zweijährigen Modellversuch (bis Anfang April 2024) ergründet werden soll, wie wirksam die Kameras zur objektiven Dokumentation von Konflikt-

situationen sind. In dem Fall können betroffene Bürger verlangen, dass Ereignisse auf Video aufgezeichnet werden. Dies soll besonders bei Kontrollen und Demonstrationen erfolgen. Die 30 Geräte kommen zunächst im Bereich der Polizeidirektion 5 (City) zum Einsatz. Dort befinden sich auch die beiden Feuerwehrturme, welche Bodycams erhalten. Hier war es vermehrt zu Angriffen gegen Feuerwehrlaute gekommen.

Gerade von linken Aktivisten wurden immer wieder Vorwürfe erhoben, die Polizei wende unrechtmäßig und überzogene Gewalt an. Insoweit erscheint die Blockadehaltung von Linkspartei und Grünen gegen diese Neuerung seltsam. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert die Maßnahme aus anderen Gründen. Ihr sind die 30 Geräte zu wenig: „Wir hatten im letzten Jahr allein gegen die Polizei

7505 Angriffe, bekommen aber jetzt zu ihrem Schutz eine Handvoll Bodycams, obwohl bei jedem Einsatz in dieser Stadt zehn Smartphones auf meine Kollegen gerichtet sind ... In der Tat hat Berlins Politik mit der Begrenzung des Probeaufbaus auf drei Jahre und fehlender Planung im Haushalt dafür gesorgt, dass nur geringe Stückzahlen angeschafft werden können.“ Der GdP-Landesvorsitzende Norbert Cioma sprach von einem „politischen Placebo“.

Anderorts sehr erfolgreich

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Burkard Dregger, beklagte, Rot-Rot-Grün ignoriere die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Bedrohungen dieser Zeit, und sprach von „Realitätsverlust“. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Karsten Wol-

keit warf dem Senat vor, „nicht an der Seite der Polizistinnen und Polizisten“ zu stehen. Nur „die bürgerliche Opposition – insbesondere die AfD“ tue dies. Die FDP hielt sich etwas zurück: Ihr Innenexperte Paul Fressdorf meinte, „der Bodycam-Einsatz ist die einzige vernünftige Regelung“, jedoch sei es falsch, wenn diese ausge-rechnet bei Einsätzen in Wohnungen nicht eingeschaltet werden dürften.

Die GdP wies auf Erkenntnisse aus Großbritannien und den USA sowie in Frankfurt am Main hin, wo der Einsatz von Körperkameras zu einer deutlich verminderten Zahl von Gewalttaten gegen Polizisten geführt habe. Weiter argumentiert die Gewerkschaft, dass der Einsatz auch dem „Schutz des Bürgers vor rechtswidriger polizeilicher Gewaltanwendung mittels Abschreckung in Form von Videoaufzeichnung“ diene. Frank Bückler

KOLUMNE

Denunzianten

VON THEO MAASS

Denunzianten freuen sich, wenn sie etwas zu „melden“ haben. Der Einzelhandel hat Existenzsorgen – nicht nur in Berlin. Das Zentralorgan der Berliner Linksliberalen, den „Tagesspiegel“, schert das offenbar nicht sonderlich. Sahra Wagenknecht hat die Denke der sogenannten Linksliberalen in ihrem neuesten Buch an einem anderen Beispiel zutreffend beschrieben: „Wer in einem hippen Viertel in einer top-renovierten Altbauwohnung wohnt, mag die Verteuerung von Diesel und Heizöl für eine klimapolitische Großtat halten.“

„Tagesspiegel“-Redakteur Lorenz Maroldt scheint bei der exklusiven Berliner Feinkost-Kette „Butter Lindner“ (37 Filialen in Berlin, acht in Hamburg, eine in Potsdam) einzukaufen. Er beklagt sich in seinem Blatt darüber, dass bei „Butter Lindner“ Kunden ohne Maske nicht sofort rausgeworfen würden, nein, sie würden sogar bedient. Dann wird er massiv: Nach dem Gesetz sei das ganz klar geregelt: „Eine FFP-2-Maske ist in geschlossenen Räumen zu tragen von Kundinnen und Kunden in Einzelhandelsgeschäften aller Art.“

Maroldt verließ offenbar zornig das Geschäft. Er beklagte sich beim „Butter Lindner“-Kundendienst und erhielt folgende Antwort. „Vielen Dank für Ihre E-Mail. Wir freuen uns, dass wir Sie zu unseren Kunden zählen dürfen. Die Sicherheit unserer Kunden liegt uns sehr am Herzen und hat den höchsten Stellenwert für uns. Wenn Kunden ohne Maske den Laden betreten, müssen wir davon ausgehen, dass sie ein ordnungsgemäßes Befreiungsattest haben, da wir zur Kontrolle aus Gründen des Datenschutzes nicht berechtigt sind. Wir halten uns hier ganz klar an die Vorgaben der Gesetzgebung, und da wir Lebensmittel anbieten, dürfen wir eine Bedienung nicht untersagen. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns zu schreiben, und herzliche Grüße.“

MELDUNG

Denkmalreste zerstört

Berlin – Im Fall des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin-Mitte gehen die Veränderungen an den denkmalgeschützten Resten des Vorgängerdenkmal offenbar weiter, als dies der Öffentlichkeit bislang bekannt war. Das neue Einheitsdenkmal in der Form einer riesigen begehbaren Schale wird derzeit vor dem Berliner Humboldtforum errichtet. Auf Grundlage eines Bundestagsbeschlusses entsteht das Denkmal am Standort des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals. In den vergangenen Wochen ist bereits der erst zuvor sanierte Sockel des alten Bauwerks durchlöchert worden, um sieben Stahlbetonpfähle ins Erdreich zu treiben. Wie aus einer Antwort von Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervorgeht, soll auch das alte historische „Drachentöter“-Bodenmosaik des von 1895 bis 1897 errichteten Nationaldenkmals nicht wieder am historischen Ort verlegt werden. N.H.

● MELDUNGEN

Normalität in Sichtweite

New York City – Albert Bourla, Chef des Corona-Impfstoffherstellers Pfizer (Biontech), setzte in Interviews mit mehreren europäischen Medien Zeichen der Zuversicht, dass wir bereits im Spätherbst zu einem weitgehend normalen Leben zurückkehren können. Geplant sei, die Impfstofflieferungen in die EU in den kommenden Wochen drastisch zu erhöhen. Wurden im ersten Quartal 62 Millionen Impfdosen geliefert, so sollen es im laufenden zweiten Quartal 250 Millionen sein. Wenn erst genügend Menschen geimpft seien, sei es möglich, trotz Virusvarianten zu einer epidemischen Situation zu kommen, die vollständig kontrollierbar sei. Die mRNA-Technologie könne man sehr schnell anpassen, wenn eine Mutation auftritt. Der Experte geht davon aus, dass Corona bald wie eine Grippe behandelbar sein wird. **MRK**

Schweden zieht Konsequenzen

Stockholm – Die seit 2019 amtierende rot-grüne Minderheitsregierung in Schweden hat einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung der Asylregeln vorgelegt. Hintergrund ist, dass die bisherige Einwanderungspolitik des Landes offenkundig gescheitert ist, wie die gigantisch gewachsenen Sozialausgaben und die ebenso dramatisch zugenommene Kriminalität zeigen. Der Gesetzesentwurf, der auf Druck der rechtskonservativen Schwedendemokraten zustande kam und nach der Zustimmung durch das Parlament im Juli in Kraft treten könnte, würde den Aufenthalt von anerkannten Flüchtlingen auf drei Jahre begrenzen, wohingegen „Schutzbedürftige“ ohne Asylantenstatus lediglich noch 13 Monate im Lande verbleiben dürften. Eine Verlängerung beider Fristen wäre zwar möglich, aber nur, wenn die Antragsteller die schwedische Sprache beherrschen und nachweisen, dass sie in der Lage sind, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, also keine Sozialleistungen benötigen. **W.K.**

Russen lieben Deutsch

Berlin – Russland ist laut der Bundesregierung mit derzeit 1,8 Millionen das Land außerhalb der Europäischen Union mit der höchsten Zahl an Deutschlernenden. An 82 Schulen in Russland werde das Deutsche Sprachdiplom (DSD) mit Unterstützung der Bundesregierung angeboten. Deutschunterricht findet meist im Rahmen von Schwerpunktsetzungen ab der gymnasialen Oberstufe statt, als Zusatzunterricht oder in Arbeitsgemeinschaften, die von den Schulen in Eigeninitiative organisiert werden. Trotz Mangels an Deutschlehrkräften, hervorgerufen durch eine überalterte Lehrerschaft und Nachwuchsproblemen, bliebe das Interesse am DSD erfreulich stabil. Ziel der Schüler sei oft ein angestrebtes Studium in Deutschland und/oder die Absicht, bei einem deutschen Unternehmen in Russland zu arbeiten. Die Bundesregierung fördere das Interesse und den Spracherwerb, um unter anderem „zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beizutragen“. **MRK**

PARLAMENTSWAHLEN

Showdown in Schottland

Unabhängigkeitsbefürworter hoffen bei der Wahl auf eine Mehrheit – Doch das Lager ist gespalten

VON CLAUDIA HANSEN

In Westminster blicken Boris Johnson und die Konservativen mit Sorge auf die anstehende Wahl in Schottland, in Edinburg fiebert Nicola Sturgeon einem Sieg entgegen. Die Wahl zu dem in Edinburg Stadtteil Holyrood gelegenen Parlament am 6. Mai könnte der seit gut 14 Jahren regierenden Schottischen Nationalpartei (SNP) so viele Stimmen bringen, dass sie ein neues Unabhängigkeitsreferendum auf den Weg bringen kann, hofft der linksgerichtete „First Minister“ (Regierungschef) Sturgeon. Derzeit sieht es nach den Umfragen so aus, dass die SNP unter einer absoluten Mehrheit bleibt. Zusammen mit den Grünen könnte es aber klappen.

2014, beim ersten Unabhängigkeitsreferendum, lehnte eine deutliche Mehrheit der Schotten (55 Prozent) eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich ab.

Doch vergangenes Jahr – als die Corona-Politik der Johnson-Regierung in Westminster schlecht aussah – zeigten Umfragen eine Mehrheit für die Unabhängigkeit. Zwar sind diese Werte wieder geschrumpft, doch Sturgeon glaubt fest daran, dass die Schotten unabhängig sein wollen. „Schottland in Europa“ lautet das Motto der schottischen Brexit-Gegner.

Sexaffäre entscheidet Wahl mit

Ein Störfaktor ist die neue Konkurrenz der Partei „Alba“, die Sturgeons früherer politischer Ziehvater Alex Salmond vor einigen Wochen gegründet hat. Salmond ist tief gefallen. Er war zwei Jahrzehnte SNP-Vorsitzender, amtierte von 2007 bis 2014 als erster SNP-Ministerpräsident. Vor drei Jahren aber kamen Klagen von jüngeren Beamtinnen über sexuelles Fehlverhalten gegen ihn auf. Sogar von Vergewaltigung war die Rede. In der undurchsichtigen Affäre war zum Schluss kaum

noch klar, wer gelogen und wer die Wahrheit gesagt hatte.

Der verheiratete Salmond sprach von einvernehmlichen Sexualkontakten, er wurde letztlich 2020 freigesprochen und beschuldigte Nachfolgerin Sturgeon, sie habe unfaire Ermittlungen gegen ihn inszeniert. Ihrem Ehemann, dem SNP-Geschäftsführer Peter Murrell, warf er eine Verschwörung zu seinem Sturz vor.

Die Rückkehr Salmonds auf die politische Bühne droht die Verhältnisse in Holyrood kompliziert zu machen. „Times“-Kolumnist Alex Massie nannte die Alba-Gründung „das politische Äquivalent eines Rache-Pornos“. Der 66-jährige Salmond ist zwar inzwischen eine unpopuläre Figur in Schottland, hat aber noch eine kleine verschworene Fangemeinde und könnte sechs Prozent der Listenstimmen bekommen. Er verspricht, zu einer „Supermehrheit“ beitragen zu wollen. Andere meinen, er spalte das Lager der Unab-

hängigkeitsbefürworter. Salmond spricht eher ältere, konservativere Wähler an, Sturgeons SNP hat sich indessen ganz auf die „progressive“ Seite geschlagen.

Das ist das Besondere der schottischen „Nationalisten“: Sie stehen in allen gesellschaftspolitischen Fragen weit links. Seit einigen Jahren ist die SNP, die nach dem Referendum von 2014 viele Tausende junge Neumitglieder anzog, weit vorn dabei, wenn es um das Thema „LGBT“ (Lesben, Schwule, Bi- und Transgender) geht.

Rot-grüne Nationalisten

Jüngst hat das Parlament in Holyrood auf Betreiben des SNP-Justizministers Humza Yousaf ein Gesetz gegen „Hatespeech“ (Hassrede) durchgesetzt, dass die Redefreiheit empfindlich einschränkt. Wer angeblich „hasserfüllte“ Äußerungen gegen Menschen aufgrund ihrer Religion oder der sexuellen oder Transgender-Identität macht, soll strafrechtlich belangt werden. Yousaf bestätigte, dass sogar Äußerungen innerhalb der eigenen Wohnung bestraft werden könnten.

Die SNP ist im Grunde eine rot-grüne Partei, die sich „schottisch national“ nennt, weil sie gegen Westminster ist. Sturgeon meint, ein unabhängiges Schottland könnte bald wieder Mitglied der Europäischen Union werden. Viele praktische Fragen der Unabhängigkeit sind aber keineswegs geklärt. Eine neue Landgrenze quer durch die Insel und neue Handelsbarrieren würden den Handel behindern. Laut einer Studie von Wissenschaftlern der London School of Economics dürfte die Unabhängigkeit längerfristig einen großen wirtschaftlichen Schaden von sieben bis acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts anrichten.

Ein eigenständiges Schottland müsste sparen, weil es keine milliardenschweren Fiskal-Transfers von London mehr bekäme. Davon ist aber im Wahlkampf kaum die Rede. Die in Schottland wenig beliebten Konservativen kommen laut Umfragen nur auf 25 Prozent, Labour knapp über 20 Prozent. Wenn das Ergebnis knapp wird, erwarten Beobachter, dass Boris Johnson einem neuen Referendum die Zustimmung verweigert.



Manche glauben nicht an Nicola Sturgeon: Unabhängigkeitsgegner fahren eine Kampagne gegen die SNP-Politikerin Foto: Mauritius

IMMIGRATION

Amerikas unheimliche „Balkanroute“

Moslems haben Einfallstor in die USA gefunden – Drogenkartelle und Schleuserbanden mit im Geschäft

Im Februar hatten US-Grenzbeamte an der Grenze zu Mexiko eine Gruppe von elf Iranern festgenommen, die in den USA mit gefälschten Ausweisen Asyl beantragen wollten. Als im März bekannt wurde, dass zwei Jemeniten den US-Behörden ins Netz gegangen waren, die auf einer Beobachtungsliste für Terroristen standen und illegal die Grenze zur USA überquert hatten, schlugen einige Republikaner Alarm. Allzu frisch sind noch die Erinnerungen an die Terroristen des 11. September 2001. Auch von diesen waren einige über Lateinamerika eingereist.

Das Einfallstor nach Südamerika ist für Asylsucher und Moslems aus dem Nahen Osten Ecuador, das als einziges Land des Kontinents immer noch keine Visa für die Bürger aus dem Mittleren und Nahen Osten verlangt. Auch die in Kalifornien aufgegriffenen elf Iraner kamen über Ecuador nach Südamerika.

In Südamerika ist Ecuador auch das Land mit der stärksten arabischen Ein-

wanderung. Bereits drei Araber, Julio Teodoro Salem 1944, Abdalá Bucaram von 1996 bis 1997 und Jamil Mahuad von 1998 bis 2000 haben es als Präsidenten ins höchste Staatsamt geschafft. Von Ecuador aus besorgen Schleuser den Transport über die zumeist wenig kontrollierten südamerikanischen Landgrenzen.

Fruchtbarer Boden für Muslime

Bereits nach dem 11. September 2001 warfen die USA einen besorgten Blick auf ihre Landgrenze mit Mexiko. Sicherheitsbeamte befürchteten seit Langem, dass die Terrororganisation al-Qaida und der Islamische Staat (IS) ihre Aufmerksamkeit auf die poröse Südgrenze der USA richten könnten. Lateinamerika bietet terroristischen Netzwerken vielversprechende Wege: eine lange, ungeordnete Grenze, korrupte Beamte und gut organisierte Schmugglerringe.

Die grassierende Bestechlichkeit von Beamten macht es leicht, gefälschte Rei-

sedokumente zu erhalten. Lateinamerikanische Guerillagruppen wie die FARC in Kolumbien, die Sandinisten in Nicaragua oder auch die Frente Farabundo Marti in El Salvador hatten beste Beziehungen zu palästinensischen Bewegungen. US-Terrorismusbekämpfungsexperten sind überzeugt, dass „Schläferzellen“ unter den sieben Millionen Muslimen Lateinamerikas eingepflanzt worden sind.

Besonders stark ist die islamische Präsenz in der Karibik, in Surinam, Guyana sowie Trinidad und Tobago. In letzterem Staat, einer ehemaligen britischen Kolonie, hatte der Saudi-Araber Adnan al-Shukrijumah zu Beginn des Jahrtausends sogar versucht, ein Kalifat auszurufen.

Drogenkartelle als Verbündete

Seit dem Aufkommen des IS in der Mitte der 2010er Jahre gab es auch unter der Latino-Bevölkerung in den USA, ebenso wie Jahrzehnte zuvor unter den Afroamerikanern, eine Konversionswelle zum Islam.

Die US-Behörden haben sogar einen eigenen Schleuserring für Menschen aus dem Nahen Osten in die USA ausgemacht. Der „Abdullah-Ring“ hat sich darauf spezialisiert, Personen aus dem Nahen Osten nach Südamerika zu bringen und über die mexikanische Grenze zu schmuggeln. Die besten Verbündeten der radikalen Moslems in Mittelamerika sind die Drogenkartelle, die mit dem Menschenschmuggel von Moslems eine zusätzliche Einnahmequelle entdeckt haben.

Dazu zählen auch Araber. Der bekannteste arabische Drogenbaron ist der ehemalige venezolanische Vizepräsident Tareck El Assaïmi, ein Druse aus Syrien, der auf der US-Drogen- und Terrorfahndungsliste ganz oben steht. El Assaïmi, der mittlerweile Handels- und Erdölmilner Venezuelas ist, soll jahrelang ein Netzwerk unterhalten haben, das venezolanische Pässe an Immigrations- und Terroraspiranten aus dem Nahen Osten vergeben hat. **Bodo Bost**

VON PETER ENTINGER

Das Deutschland in Sachen Digitalisierung einen erheblichen Nachholbedarf hat, ist kein Geheimnis. Und so gab es die Hoffnung, das Land könne die Corona-Pandemie nutzen, um den Rückstand aufzuholen. Doch ein vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu einem ernüchternden Ergebnis. „Deutschland ist sowohl beim Ausbau der digitalen Infrastruktur als auch beim Einsatz digitaler Technologien und Dienstleistungen hinter viele andere OECD-Staaten zurückgefallen“, heißt es in dem Papier.

In der Studie mit dem Titel „Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Coronakrise“, die in der vergangenen Woche vom Wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums veröffentlicht wurde, werden die Schwächen und der Nachholbedarf in Schulen und Verwaltung dargelegt.

Kurz vor der Bundestagswahl 2017 hatte der heutige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ein Versprechen abgegeben: „Wir werden die anwenderfreundlichste Verwaltung Europas haben – bis 2021.“ Der Staat könne nicht länger Geburtsurkunden ausstellen „wie zu Zeiten von Kaiser Wilhelm“. Er sei bereit, zwölf Flaschen guten Grauburgunder darauf zu verwetten, dass dies klappe.

Peter Altmaiers Versprechen

Bei der Lektüre der Studie aus dem eigenen Hause dürfte dem Saarländer wohl klageworden sein, dass er diese Wette verloren hat beziehungsweise hätte. Es habe zwar an manchen Stellen, wie der Umstellung auf das Homeoffice, Fortschritte gegeben. „In anderen Bereichen, so im Schul- und Gesundheitswesen, gelang dies nur mühsam oder so gut wie gar nicht“, erklärte Klaus Schmidt, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats.

Zudem hätten die Prozesse auch schon lange vor der Pandemie geschehen können. „Wie dieses Gutachten an mehreren Beispielen zeigt, beruht der Rückstand Deutschlands bei der Digitalisierung oftmals weniger auf fehlenden finanziellen Mitteln oder Marktversagen, sondern auf verschiedenen Formen von Organisationsversagen“, heißt es in der Studie.

Es fehle an klaren Zuweisungen „von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten“. So sei beim Digitalpakt Schule bislang nur ein Bruchteil der zur Verfügung stehenden Bundesmittel bei den Schulen angekommen. Im Schul- und Gesundheitssystem habe es generell kaum Fortschritte gegeben. Die Rede ist auch von einem „generellen Organisationsversagen“. Deutschland leiste sich „in der öffentlichen Verwaltung Strukturen, Prozesse und Denkweisen, die teilweise archaisch anmuten“, lautet das ernüchternde Fazit.



Mit dem Mobiltelefon umgehen kann er offenkundig, aber bei der Digitalisierung Deutschlands schwächelt er: Peter Altmaier

DIGITALISIERUNG

Wissenschaftlicher Beirat stellt Wirtschaftsminister bloß

Gutachten zeigt: Von „Wir werden die anwenderfreundlichste Verwaltung Europas haben – bis 2021“, so Altmaier noch 2017, kann keine Rede sein

Die Experten warnten zudem davor, die Pandemie einfach auszusitzen und dann zu alten Mustern zurückzukehren. „Die in der Krise getroffenen, oft befristeten Entscheidungen zugunsten einer Flexibilisierung von Abläufen sollten von der Politik, aber auch von Verwaltungs- und Behördenleitungen in den kommenden Monaten auf den Prüfstand gestellt werden“, erklärte Studien-Mitautor Dietmar Harhoff, Direktor am Münchner Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb. Grundsätzlich herrsche in vielen Verwaltungen eine regelrechte Veränderungsaversion. Dies betreffe nicht nur den Schul- und Gesundheitsbereich, sondern auch beispielsweise Finanzverwaltungen.

„Die Verhaltensökonomie erklärt mangelnde Veränderungsbereitschaft mit einem sogenannten Status quo bias, also einer Präferenz gegen Veränderungen, wenn diese in einigen Dimensionen mit Verlusten verbunden sind, selbst wenn die Gewinne in anderen Dimensionen überwiegen“, schreiben die Autoren.

Und was sagt der Wirtschaftsminister dazu? Altmaier hat den Blick nun Richtung Osten gerichtet. Dort gilt das kleine

Estland als Digitalisierungsweltmeister. Die Digitalisierung sei ein Thema von absoluter Priorität: „Wenn das hier nicht so richtig klappt, wäre ich auch bereit, das beste Digital-Team aus Estland einzufließen, um hier schneller voranzukommen.“

Das baltische Land hat vor Jahren schon sämtliche Dienstleistungen der öffentlichen Hand und viele Dienstleistungen von Unternehmen ins Internet verlegt. Deshalb ist auch manchmal von „E-Estonia“ die Rede. In Estland können inzwischen mehr als 3000 Behördengänge digital abgewickelt werden. Allerdings hat das Land relativ großzügige Datenschutzbestimmungen.

Kritik am Datenschutz

Mit Blick auf Estland verweist denn auch der Wissenschaftliche Rat des Wirtschaftsministeriums auf rechtliche Hürden. „Juristische und bürokratische Hemmnisse spielen eine wichtige Rolle im Prozess der Digitalisierung. Der Datenschutz wird in Deutschland oft als ein Wert angesehen, der in der Abwägung mit anderen Rechtsgütern absolute Priorität genießt“, heißt es. Das habe die Nutzung

digitaler Möglichkeiten während der Corona-Krise stark eingeschränkt, wie die Corona-Warn-App und die sich immer weiter verzögernde elektronische Patiententakte gezeigt hätten.

Der Bund, so betont Altmaier, habe die Probleme erkannt. Bis 2022 wollen Bund, Länder und Kommunen rund 600 Dienste der Verwaltungen – von der Ausweisung und Führerscheinanstellung bis hin zum Elterngeld – nach einheitlichen Standards online anbieten. Die digitale Plattform-Ökonomie „führt dazu, dass für Konsumenten und Bürger mehr Transparenz, mehr Wettbewerb und damit geringere Preise möglich werden“, erklärte Minister Altmaier.

Laut dem Wissenschaftlichen Beirat bedarf es einer Bewusstseinsänderung in den Verwaltungen. „In Abläufen der öffentlichen Verwaltung müssen neuartige Managementansätze (Teamarbeit, agiles Management) schneller als bisher integriert werden, wodurch die Verwaltung flexibler auf besonders dynamische Bereiche des Wirtschaftslebens reagieren und innovative Technologien und Prozesse früher als bisher einsetzen kann“, heißt es da.

CHINA

Pekings Geheimverträge mit Schuldnerstaaten

Wie die Volksrepublik zu verhindern sucht, auf faulen Krediten an Entwicklungsländer sitzen zu bleiben

Die Staatsbanken der Volksrepublik China (VRC) vergeben immer mehr Kredite zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Entwicklungsländern. Deren Umfang beläuft sich inzwischen schon auf rund 400 Milliarden US-Dollar. Manche Staaten der Dritten Welt stehen bereits mit einem Zehntel ihres Bruttoinlandsproduktes bei den Chinesen ziemlich tief in der Kreide.

Mit entsprechenden Kreditverträgen versuchen Letztere zu verhindern, dass sie auf faulen Krediten sitzenbleiben. Peking ist bemüht, diese Kreditverträge geheim zu halten, doch finden sich manche Vertragstexte auf Parlaments- oder Regierungswebsites der Schuldnerländer.

So gelang es einem internationalen Forscherteam unter maßgeblicher Beteiligung von Wissenschaftlern aus dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel, um die einhundert Verträge zwischen staatlichen chinesischen Banken und Entwicklungsländern auszuwerten. Und die weisen interessanterweise stets das gleiche Muster auf. So verlangen die Chinesen weitreichende Sicherheiten, die ihnen bei Zahlungsausfällen Vorteile gegenüber anderen Gläubigern versprechen.

Bei einem Drittel der Verträge mussten sich die kreditnehmenden Staaten beispielsweise verpflichten, erhebliche Barguthaben auf Treuhandkonten zu hinterlegen oder ihre Einnahmen aus dem

Verkauf von Bodenschätzen zu verpfänden. Die Schuldner-Regierungen müssen sich verpflichten, darauf zu verzichten, chinesische Kredite in Absprache mit anderen Gläubigern umzuschulden. Mit sogenannten Stabilisierungsklauseln wird geregelt, dass die Kreditnehmer des Weiteren auf Gesetze zum Arbeits-, Umwelt- oder Gesundheitsschutz verzichten, die den chinesischen Investoren im Lande Nachteile bringen könnten.

Außerdem sichern sich die Banken in China das Recht zu, Kredite zu kündigen oder vorzeitig fällig zu stellen, wenn die Schuldnerstaaten „die Interessen einer Einrichtung der Volksrepublik“ verletzen, eine Formulierung, die Interpretations-

spielraum bietet. Auf diese Weise kann Peking massiven politischen Druck auf die Entwicklungsländer ausüben und sich in internationalen Organisationen eine Hausmacht schaffen, welche es zunehmend im Machtkampf mit den USA und dessen Verbündeten einsetzt.

Da der Inhalt der Verträge oftmals vertraulich bleibt, fällt es den übrigen Kreditgebern schwer, das wahre Ausmaß der Verschuldung des Gegenübers abzuschätzen. Das führt mittlerweile dazu, dass nichtchinesische Banken sich zurückhalten. Das wiederum verschärft die prekäre finanzielle Lage vieler Entwicklungsländer und treibt sie noch weiter in die Arme Pekings. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Merz kritisiert EU-Politik

Berlin – Der CDU-Politiker Friedrich Merz hat Kritik an der Verwendung von Mitteln aus dem EU-Corona-Hilfsfonds in Spanien geübt. Dort plant die Regierung ein Pilotprojekt zur Vier-Tage-Woche. Rund 200 Unternehmen sollen mit insgesamt 50 Millionen Euro über den Zeitraum von drei Jahren unterstützt werden, wenn sie die Arbeitszeit von Beschäftigten auf 32 Wochenstunden reduzieren. Wie Merz kommentierte, bewegt sich der Corona-Hilfsfonds „hart am Rande dessen, was die EU-Verträge zulassen“. Das Heranziehen einer Ausnahmebestimmung des EU-Vertrages für Naturkatastrophen und sonstige außergewöhnliche Ereignisse stellt für Merz „ein gewagtes politisches Manöver“ dar, „das allenfalls dann zu rechtfertigen ist, wenn die bereitgestellten Mittel auch genau zu diesem Zweck eingesetzt werden“. Der CDU-Politiker weiter: „Die Einführung einer Vier-Tage-Woche und damit eine faktische Lohnsteigerung um rund 20 Prozent in Spanien gehören gewiss nicht dazu.“ *N.H.*

Engpass bei Baumaterialien

Berlin – Die Baubranche in Deutschland beklagt einen massiven Preisanstieg bei für sie wichtigen Materialien wie Holz, Stahl und Dämmstoffen. Nach Angaben des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe gibt es bereits seit dem vierten Quartal 2020 bei verschiedenen Materialien eine „sehr dynamische“ Preisentwicklung. Laut dem Verband ist Holz seit September um 15 bis 20 Prozent teurer geworden, Betonstahl gar um 30 Prozent. Der Bundesverband Farbe hat bei Wärmedämmungen und bei Trockenbauprofilen sogar Preiserhöhungen von rund 50 Prozent festgestellt. Zudem berichten Unternehmen der Baubranche über Lieferengpässe und sogar Lieferstopps. Beobachter nennen als Ursachen der Entwicklung das Herunterfahren der Produktion während der ersten Pandemiewelle und das unerwartet starke Anspringen der Wirtschaft in China. *N.H.*

Polen in einem Hoch

Warschau – Polen erlebt mitten in der Corona-Pandemie ein kleines Wirtschaftswunder. Die Arbeitslosenquote beträgt lediglich drei Prozent, womit Polen unter den 37 OECD-Staaten gleich hinter Japan auf dem zweiten Platz liegt. Das Exportvolumen stieg im vergangenen Jahr um ein Prozent. Polen ist nunmehr Deutschlands viertwichtigster Handelspartner nach den USA, China und den Niederlanden. Der Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt konnte vergangenes Jahr auf 2,8 Prozent begrenzt werden. Der Grund für die guten Wirtschaftsdaten liegt in der diversifizierten Wirtschaft mit vielen erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen. Dazu kommen die moderne Infrastruktur im Lande aufgrund der milliardenschweren Zahlungen aus EU-Fördertöpfen und eine eigene Landeswährung, die gemäß den Interessen der eigenen Volkswirtschaft auf- und abgewertet werden kann. *W.K.*

KOMMENTARE

Das Impf-Dilemma

HANS HECKEL

Im Schatten des Streits über die Kompetenzverteilung von Bund und Ländern bei den Corona-Gesetzen schwelt ein weiterer verfassungsrechtlicher Konflikt von erheblicher Sprengkraft. Es geht um die angeblichen „Sonderrechte“ für Geimpfte. Hier prallen zwei gleichermaßen unantastbare Rechtstitel aufeinander.

Einerseits müssen Einschränkungen von Grundrechten auch im Einzelfall überzeugend begründet werden, sonst haben sie vor dem Grundgesetz keinen Bestand. In etlichen Urteilen haben Gerichte einschränkende Maßnahmen der Politik wieder einkassiert, weil sie diese überzeugende Begründung nicht erkennen konnten.

Andererseits steht es dem Staat nicht zu, die Bürger zum Impfen zu zwingen. Ein solcher Zwang stellte einen mit dem Grundgesetz ebenfalls nicht vereinbaren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar.

Bei Geimpften aber fällt die (ohnehin vielfach bezweifelte) Begründung

für die massiven Grundrechtseinschränkungen, denen die Deutschen derzeit ausgesetzt werden, vollends in sich zusammen. In dieser Weise geschützte und „ungefährliche“ Menschen müssten sich also so frei bewegen können wie vor der Pandemie.

Auf diese Weise aber entstünde ein faktischer Druck zur Impfung, der durchaus als Zwang interpretiert werden kann. Urlaubsreise, Restaurant- oder Theaterbesuch nur mit Impfung? Solche Regeln wären für viele Betroffene vom Zwang zur Impfung kaum noch zu unterscheiden.

Eine vollständige Lösung dieses Konflikts ist nicht in Sicht. Wohl aber könnte die Politik den Widerspruch entschärfen, indem sie vom Kurs der immer härteren Einschränkungen endlich Abschied nimmt. Als erstes sollten die Empfehlungen von Fachleuten in die Praxis übersetzt werden. Etwa, wenn Aerosolforscher den Maskenzwang im Freien für obsolet erklären. Letztlich kann die Antwort aber nur heißen: So rasch wie möglich heraus aus dem Netz der Zwangsmaßnahmen – insgesamt.

Verstörender Termin

MANUEL RUOFF

Am Wochenende fand auf Initiative des höchsten Repräsentanten der Republik eine zentrale Trauerfeier für die Opfer der Corona-Pandemie statt. Gegen eine derartige Feier ist grundsätzlich überhaupt nichts einzuwenden. Es verwundert allerdings der Zeitpunkt.

Während ein naher Angehöriger mit dem Tode ringt, werden die Kräfte der Familie darauf konzentriert, ihn am Leben zu halten. Erst wenn der Kampf verloren, der Angehörige gestorben ist, wird Trauerarbeit geleistet, nimmt man sich Zeit, vom Toten würdig Abschied zu nehmen, um danach zu einer möglicherweise neuen, aber doch zu einer Form von Normalität zurückzukehren.

Bei großen Katastrophen und Unglücken, die eine Gesellschaft heimsuchen, ist es ähnlich, sei es nun ein Terroranschlag, eine Naturkatastrophe, ein Krieg – oder eine Seuche. Während des Vorgangs wird versucht, Schadensbegren-

zung zu üben. Danach verschafft man sich ein Bild, was man verloren hat, und es finden die entsprechenden Trauerfeiern statt.

Und wie ist es bei Corona? Kein Mensch von gesellschaftlicher oder politischer Relevanz wird behaupten wollen, die Heimsuchung durch Corona sei zu Ende, sei Geschichte. Wir stecken mittendrin. Inzwischen entstandene Mutanten scheinen ungleich ansteckender zu sein als das Urvirus. Zunehmend werden auch jüngere Menschen von der Krankheit befallen. Noch striktere Verhaltensregeln erscheinen notwendig. Und mittendrin wird gefeiert, statt das Ende abzuwarten.

Das Ganze erscheint höchstens dann sinnvoll, wenn davon auszugehen ist, dass die Pandemie nie überwunden wird und deshalb mit einer Trauerfeier nicht bis zu deren Ende gewartet werden kann. Wir wollen hoffen, dass das nicht der Grund für den frühen Trauerfeier-Termin ist.



Von Politik und Medien kaum beachtet: Schüler im Lockdown

Foto: shutterstock

LEITARTIKEL

Die Missachtung der Kinder

RENÉ NEHRING

Was macht eigentlich Greta Thunberg zurzeit? Die schwedische Schülerin, die im Sommer 2018 ihren „Schulstreik für das Klima“ ausrief und anschließend fast das gesamte Jahr 2019 hindurch mit ihrer Bewegung „Fridays For Future“ (FFF) die weltweiten Schlagzeilen beherrschte. Mit großen Worten beklagte Greta damals, dass die Erwachsenen ihnen mit der Ignoranz gegenüber dem Klimawandel angeblich die Zukunft gestohlen hätten.

Kritiker wiesen damals darauf hin, dass hier eine Jugend aufbegehrt, die von ihren Vorfahren keineswegs eine Schutthalde erbt, sondern eine Welt mit dem größten Wohlstand, der größten sozialen Sicherung und der höchsten Lebenserwartung in der Geschichte überhaupt. Dennoch erfuhren Greta und ihre Freunde den Zuspruch vieler großer Namen der Weltpolitik, die sich angeblich Sorgen um das Wohl künftiger Generationen.

An diese Zeit sei erinnert angesichts der Art und Weise, in der die politischen Entscheider in Zeiten von Corona mit dem Kindeswohl umgehen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Pandemie die stärkste Beeinträchtigung der Lebenschancen einer heranwachsenden Generation seit dem Zweiten Weltkrieg sein wird.

Doch erstaunlicherweise gehen die gleichen Kommentatoren, die vor zwei Jahren noch vorgaben, an nichts anderes zu denken als an das Wohl der Kinder, heute über deren Schicksal schweigend hinweg. Während die Zahlen der neuen Corona-Fälle, der belegten Intensivbetten sowie der an und mit COVID-19 Verstorbenen Tag für Tag auf allen medialen Kanälen dokumentiert und diskutiert werden, sind die ausgefallenen Unterrichtsstunden, die dramatische Zunahme an häuslicher Gewalt in prekären Elternhäusern und die ebenso besorgniserregende Zunahme von Depressionen kein Thema.

Eine vergessene Generation

Als die Gesellschaft vor einem Jahr gewahrt wurde, dass die Abriegelung der Alten- und Pflegeheime zum Schutz vor Corona dazu führte, dass tausende Menschen die letzten Tage ihres Lebens in Einsamkeit verbringen mussten, gab es immerhin ein gewisses Entsetzen. Doch dass hunderttausende Kinder in einem wichtigen Lebensabschnitt ihre Lehrer und Freunde nur noch vom Bildschirm her kennen, dass sie zu Hause sitzend kaum noch Bewegung haben, dafür jedoch an den digitalen Spielekonsolen täglich neue Rekorde aufstellen, spielt im einstigen Land der Dichter und Denker kaum eine Rolle.

Ganz im Gegenteil: Obwohl inzwischen etliche wissenschaftliche Studien

zeigen, dass das Coronavirus vor allem in geschlossenen Räumen weitergegeben wird, fiel der Politik für die überarbeitete Infektionsschutzgesetzgebung als zentrale Maßnahme lediglich eine Ausgangssperre ab 21 Uhr ein. Hinzu kommen Schulschließungen ab einem Inzidenzwert von 165, für den es keinerlei nachvollziehbaren Grund gibt. Beide Maßnahmen treffen wieder einmal vor allem die Kinder und Jugendlichen.

Unstrittig sind jedoch die Folgen dieser Ignoranz. Schon jetzt haben allein die Unterrichtsausfälle ein Maß erreicht, das mit keinem Überstundenmarathon mehr aufgeholt werden kann. Was dies für die Perspektiven der Betroffenen in der modernen Wissensgesellschaft bedeutet, liegt auf der Hand.

Nochmal zurück zu 2018/19: Warum bestärkten große Teile in Politik und Medien die Jugend in ihrem Protest zu einer Zeit, als es den meisten Heranwachsenden so gut ging wie keiner Generation zuvor? Und warum ignorieren die gleichen Personen heute das Schicksal der Mädchen und Jungen zu einem Zeitpunkt, wo diese infolge einer Pandemie tatsächlich um ihre Zukunft bangen müssen? Ist ihnen das Wohl der Kinder in Wahrheit egal, solange sie es nicht für eigene politische Ziele instrumentalisieren können? Die Kinder – und mit ihnen ihre Eltern – sollten auf Antworten zu diesen Fragen drängen.

PORTRÄT

Kubas neuer Castro

Kuba und Castro – dieses Begriffspaar gehört der Vergangenheit an. Mit dem Rückzug Raúl Castros von der Staatsmacht ist die 62-jährige Castro-Herrschaft, die 1959 mit dem Revolutionsführer Fidel Castro begann, beendet. Doch mit „Castroismus“ ist damit längst nicht Schluss.

Seit 2019 hat Raúl, der den kommunistischen Inselstaat von 2008 an gelenkt hat, mit Miguel Díaz-Canel schrittweise einen Lehrling angeleitet, der das Vermächtnis der Castro-Brüder fortführen soll. Zunächst ab 2019 als Präsident mit noch beschränkten Befugnissen ist er seit dem 19. April, nur einen Tag vor seinem 61. Geburtstag, nun auch als Parteichef der neue „Máximo Líder“.

Mit Díaz-Canel verbinden die Kubaner die Hoffnung, dass er den von Raúl Castro begonnenen, vorsichtigen Reformkurs beschleunigt. Allerdings sind ihm dafür nicht wenige Steine in den Weg ge-

legt worden. Wegen Corona ist 2020 die Wirtschaftsleistung in dem wegen des US-Handelsembargos ohnehin rückständigen Land um weitere elf Prozent geschrumpft. Eine wichtige Devisenquelle, die Tourismusbranche, liegt völlig brach. Der Mann, der mit einer Tourismusfunktionärin verheiratet ist, wird Jahre brauchen, um die Reiseindustrie wieder in Gang zu bringen. Und die neue US-Regierung macht derzeit keine Anstalten, den

von Barack Obama angeregten, aber von Donald Trump abgebrochenen Annäherungsprozess wieder aufzunehmen.

Mit Trump verbindet Díaz-Canel die Twitter-Leidenschaft. Auch sonst gibt er sich gern jung-dynamisch. Von dem studierten Elektronikingenieur und Funker der Revolutionären Streitkräfte geht die Legende, dass er als strammer Provinzfunktionär lange Haare trug, die Rolling Stones hörte und sich für den Erhalt eines von Rockern und Transvestiten frequentierten Nachtclubs einsetzte. In seiner Eigenschaft als Präsident sprach er sich außerdem für ein Verbot der Diskriminierung von Behinderten, Homosexuellen sowie Geschlechtsidentitäten aus.

Brotkrumen fürs Volk, mehr nicht. Den großen Wandel darf man nicht erwarten. Díaz-Canel wird eher den chinesischen Weg gehen: freier Handel nach außen, aber harte Hand nach innen. H. Tews



Postrevolutionär: Miguel Díaz-Canel

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Aufstand an der Pleiße

ARD zeigt zur besten Sendezeit einen Film über Öko-Aktivistinnen in der DDR – Als junge Rebellen die friedliche Revolution auslösten

VON ANNE MARTIN

Eine dunkelhaarige junge Frau steht auf einer Treppe und lässt Flugblätter in einen Innenhof rieseln – ein Bild, das den Vergleich mit der Studentin Sophie Scholl heraufbeschwört, die im Februar 1943 das sechste und verhängnisvolle Flugblatt im Lichthof der Münchner Universität auslegte und dabei gefasst wurde. Die Szene ist nicht zufällig gewählt, Analogien zu den jungen Widerstandskämpfern im Dritten Reich sind durchaus erwünscht.

In dem ARD-Film „Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“ (28. April um 20.15 Uhr) wird die Geschichte junger Leipziger Umwelt-Aktivistinnen erzählt, die zunächst nur gegen die Verschmutzung des Flüsschens Pleiße protestieren, deren Bewegung dann aber Fahrt aufnimmt und den Boden für die friedliche Revolution bereitet, die zum Fall der Mauer und eines maroden Regimes führen wird.

Dass der Film erst jetzt gezeigt wird und nicht im Jubiläumjahr der deutschen Vereinigung, ist der Pandemie geschuldet. Eigentlich war der 30. September 2020 als Ausstrahlungstermin geplant, aber Corona-bedingt waren die Dreharbeiten für mehrere Monate unterbrochen. Auch das Drehbuch wurde angepasst. So wurde eine Szene aus geschlossenen Räumen heraus an einen Badesee verlegt. Frische Luft und Abstand – die Corona-Regeln bestimmen längst die Arbeit der Regisseure.

Jugendliche mit grünem Herz

Es ist im Fernsehen schon viel erzählt worden über den Zusammenbruch der DDR. Fluchtgeschichten, Wende-geschichten wie die „Weißensee“-Saga, Dokumentationen über die Treuhänder oder die ins chilenische Exil geflüchteten Honeckers, und doch gibt es immer noch unbekanntes Kapitel. Wem ist eigentlich bewusst, dass die große Revolution von Jugendlichen angestoßen wurde?



Maulkorb für jugendliche DDR-Bürger: Selbst in der Kirche darf man seine Meinung nicht mehr frei äußern

Der Film nach dem gleichnamigen Buch von Peter Wensierski zeigt zunächst eine Gruppe junger Menschen, die sich in einem Abbruchhaus in der Leipziger Mariannenstraße treffen, die unbeschwert feiern und dann den Umweltschutz für sich entdecken. Er beschreibt die Gegenspieler von der Stasi, deren Methoden das Volk spalten, in jene, die das SED-Regime stützen, andere, die in den Untergrund abtauchen, sowie die große Masse derer, die sich arrangieren und das Glück im Privaten suchen.

Der Ugrund der Revolution entzündet sich an dem Flüsschen Pleiße, das sich träge und ölig schillernd durch das Gebiet der Chemieanlagen und des Braunkohleabbaus rund um Leipzig, Bitterfeld und Halle schlängelt. Der verseuchte Fluss ist

nur ein Indiz für viele Umweltsünden der DDR, etwa die ungefilterte Luft aus den Braunkohleanlagen, die vermutlich auch das schwere Asthma auslöste, an dem der Bruder der Hauptfigur Franka Blankenstein (Janina Fautz) als Kind gestorben ist. Typisch für den sozialistischen Rechtsstaat, dass die tödliche Gefahr vertuscht wird, dass die Eltern mit der Aussicht auf eine Parteikarriere und eine Wohnung mit fließend Wasser und Zentralheizung ruhiggestellt werden.

Archivierte Geruchsproben

Inka Friedrich spielt die Mutter Renate Blankenstein, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes mit angststarrer Anpassung. Bloß nichts infrage stellen, auch wenn die Tochter ihr zusehends ent-

gleitet. Die Leipziger Rebellen treffen sich zunächst in einer Kirche, bis der Pastor ihnen die Tür weist. Aber der Stein ist längst ins Rollen geraten.

Was so spielerisch und leicht begann, nimmt Fahrt auf und ist nicht mehr aufzuhalten. Nicht durch die Eltern, die ihr linientreues Leben verteidigen. Nicht durch die Stasi-Schergen, die in ihrer ganzen Bosheit und Intriganz gezeigt werden. „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ steht jetzt auf den Plakaten der jungen Rebellen.

Als eine von vielen Zersetzungsverfahren gilt die „Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung“. Frankas Freund Stefan (Ferdinand Lehmann) wird es genauso erleben. Unter

einem Vorwand wird der junge Krankenpfleger festgenommen, im Verhör unter Druck gesetzt und gedemütigt. Eine Geruchsprobe seiner Unterwäsche wird archiviert, um ihm bei einem Fluchtversuch Spürhunde auf den Hals hetzen zu können. Im Stasi-Museum in Leipzig sind bis heute solche Geruchsproben archiviert.

Ein TV-Nachschlag folgt

Die jungen Leipziger setzten sich eben – anders als heutzutage etwa Greta Thunberg und die Klimaaktivisten – einer realistischen Gefahr aus. Sie landen im Gefängnis, sie werden drangsaliert und eingeschüchert. Das mag auch die Relevanz dieses Films betonen: „Es saßen so viele junge Menschen im Knast, wegen nichts. Und niemand spricht mehr darüber“, sagt Ufa-Produzentin Henriette Lippold. Die infamen Methoden der Stasi wirken dabei tief in private Beziehungen hinein. Der von der Stasi drangsalierte Stefan etwa ist über Nacht verschwunden und wird daraufhin hämisch als Inoffizieller Mitarbeiter verleumdet. Eine Lüge, wie der Film zum Happy End aufklärt.

Die Revolution, die aus einer Jugendbewegung heraus ihren Anfang nahm, endete friedlich, wie man weiß. Aber die Aufarbeitung ist noch lange nicht zu Ende. Bereits abgedreht ist die sechsteilige Serie „ZERV“, eine Abkürzung für die „Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ mit Nadja Uhl und Fabian Hinrichs. Am 13. August jährt sich der Tag des Mauerbaus zum 60. Mal, jenes „antifaschistischen Schutzwalls“, bei dessen Überwindung 140 Menschen starben. Sinnbild für ein menschenverachtendes Regime ist Peter Fechter, der von DDR-Grenzern angeschossen wurde und im Todesstreifen verblutete. In einem ähnlichen Alter wie die Protagonisten des Films, die mit ihrem Protest Repressalien und hohe Gefängnisstrafen riskierten, womöglich sogar ihr Leben. Alles erst wenige Jahrzehnte her.

JUBILÄUM

Münchhausens Lügenenkel

Karriere in der Rheinprovinz – Vor 225 Jahren wurde der preußische Autor Karl Immermann geboren

„Welch einen großen Dichter haben wir Deutschen verloren ohne ihn jemals recht gekannt zu haben! Wir, ich meine Deutschland, die alte Rabenmutter!“ Die Wehklage, die Heinrich Heine 1840 zum Tod von Karl Leberecht Immermann anstimmte, könnte bis heute fortgesetzt werden. Man kennt ihn immer noch nicht so recht, obwohl sich mindestens zwei seiner Romane zu Klassikern der deutschen Literatur entwickelt haben und obwohl er als Theatermann in Düsseldorf Spuren hinterlassen hat, die heute noch in der Rheinmetropole nachwirken.

An der Heinrich-Heine-Allee befindet sich das Düsseldorfer Opernhaus, dessen Gründung auf das Stadttheater Düsseldorf zurückgeht, welches wiederum drei Jahre lang von Immermann als Direktor geprägt wurde. Das damals bis zu seinem Umzug am Marktplatz ansässige und Gruppentheater genannte Stadttheater ging als „Immermann'sche Musterbühne“ in die Theatergeschichte ein. Gemeinsam mit dem Dramatiker Christian Dietrich Grabbe sowie kurze Zeit mit Felix Mendelssohn Bartholdy als Dirigenten wollte

Immermann eine Art Nationaltheater mit einem festen Ensemble etablieren nach Goethes Vorbild in Weimar.

Allerdings waren Immermanns Pläne so kostspielig, dass er sein Vorhaben 1837 wieder aufgeben musste. Damit endete auch seine Karriere als Dramatiker. Diese Laufbahn schlug er neben seiner juristischen Tätigkeit ein, die er zur Absicherung des Lebensunterhalts ausübte. Darin glich er seinem Vorbild E.T.A. Hoffmann, der sein künstlerisches Talent nicht in Beamtenstuben verkümmern lassen ließ.

Der am 24. April 1796 als Sohn eines hohen preußischen Regierungsbeamten in Magdeburg geborene Immermann verfasste als Kriminalrat in Magdeburg und später als Landgerichtsrat in Düsseldorf eine Unzahl von Lustspielen und Dramen, von denen aber kaum eines die Zeiten überdauern sollte. Nach seinem Scheitern als Theaterleiter am Sitz des Provinziallandtags der preußischen Rheinprovinz konzentrierte er sich auf erzählende Literatur. Und das gelang ihm besser.

Eine Kostprobe seines Könnens gab er schon 1830 mit seinem satirischen Vers-

epos „Tulifantchen“, das heute sogar in einer Fassung als Kinderhörspiel aufgelegt wird und in dem sich ein zwergenhafter Ritter als riesenhafter Mochteger-Held aufspielen möchte. Zu großer Form lief Immermann dann selbst mit zwei gigantischen Romanen auf. In „Epigonen“ legte er 1836 einen im Geist von Goethes „Wilhelm Meister“ nachempfundenen

Bildungsroman vor, in dem der Held Hermann auf seinen Wanderungen zu sich selbst die Borniertheit und den Snobismus der zwischen Restauration und Revolution schwankenden Gesellschaft des Vormärz ironisch analysiert.

Noch virtuoser geriet sein „Münchhausen“-Roman von 1838/39. In einer verschachtelten Handlung, ähnlich der wie Laurence Sternes „Tristram Shandy“, stellt er einen Enkel jenes Lügenbarons vor, den Gottfried August Bürger gut ein halbes Jahrhundert zuvor dem deutschen Lesepublikum vorgestellt hatte. Genau wie sein großer Vorfahr lügt dieser Münchhausen seinen Zuhörern das Blaue vom Himmel herunter. Sie glauben ihm alles, nur um belogen werden zu wollen – ein Phänomen der „Fake“-Wahrheiten, das man heute wieder beobachten kann.

Hätte Immermann mehr Zeit zum Märchenerzählen gehabt, würde „Rabenmutter Deutschland“ ihn besser gekannt haben. Allerdings starb er schon mit nur 44 Jahren in Düsseldorf, wo unweit der Oper immerhin eine Bronzestatue im Hofgarten an ihn erinnert. Harald Tews



Immermann-Denkmal in Magdeburg

● MELDUNGEN

Braun 100

Berlin – Ungeachtet aller Diskussionen um einen bundesweit einheitlichen Lockdown, der auch Zwangsschließungen von Museen zur Folge haben würde, plant das Bröhan-Museum seine Ausstellung „Braun 100“ für Besucher. 100 Jahre nachdem der ostpreußische Erfinder Max Braun seine Firma gegründet hat, sollen bis zum 29. August rund 100 Leihgaben präsentiert werden. Zeitfensterkarten: www.broehan-museum.de tws

Gut getanzt

Berlin – Mit „Der absolute Tanz. Tänzerinnen der Weimarer Republik“ plant das Max-Kolbe-Museum (Sensburger Allee 25), vom 24. April bis 29. August Tänzerinnen der 1920er Jahre vorzustellen. In Zeitdokumenten, Filmen, Fotografien, Skizzen und Skulpturen stehen zwölf Berliner Tänzerinnen wie Valeska Gert, Anita Berber oder Olga Desmond im Mittelpunkt der Besucherausstellung. Infos: www.georg-kolbe-museum.de tws

VON WOLFGANG
MÜLLER-MICHAELIS

Die Wiedererrichtung eines vollends souveränen Polen am 11. November 1918 (Nationalfeiertag), der Versailler Frieden vom 28. Juni 1919, der Rigaer Friedensvertrag vom 18. März 1921, die Hinrichtung Marschall Michail Tuchatschewskis auf Veranlassung Stalins am 12. Juni 1937 und der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 markieren historische Stationen zwischen dem Ende des Ersten und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, die allein in ihrer Aufzählung den „roten Faden“ der Handlungsabläufe in einer dramatischen Phase der Geschichte des 20. Jahrhunderts sichtbar werden lassen.

Dem Rigaer Friedensvertrag, der den polnisch-russischen Krieg von 1920/21 beendete, kommt in dieser Reihe historischer Daten eine besondere, weichenstellende Bedeutung zu, zumal die Russland auferlegten Gebietsabtretungen brisantes Konfliktpotential für künftige Waffengänge schufen. Dass dieser historiographisch bedeutende Aspekt in den Gedenkbeiträgen der deutschen Leitmedien zum 100-jährigen Vertragsjubiläum keinerlei Erwähnung fand, erklärt sich aus der von ihnen offensichtlich übernommenen einseitig-polnischen Sichtweise, die für das volle Verständnis des damaligen Geschehens eher hinderlich ist.

So irritiert die allgemeine Akzeptanz des polnischen Begehrens nach „neuen Grenzen“, nachdem das Land doch nach anderthalb Jahrhunderten der Fremdherrschaft und der Teilungen von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs als unabhängiger Staat wiedererrichtet worden war. Warum sollte man angesichts der heute bekannten fatalen Folgen für das aggressive Verhalten der Polen in der Zwischenkriegszeit gegenüber allen Nachbarn im Osten, Süden und Westen Verständnis aufbringen, wenn doch die mit den Pariser Verträgen erfolgte Grenzziehung im Osten – der Curzon-Linie – entlang des ethnisch von Polen besiedelten Territoriums und in Abgrenzung zu Litauen, Weißrussland und der Ukraine erfolgte, auch wenn diese Länder im 18. Jahrhundert dem „riesigen polnisch-litauischen Königreich“ angehört hatten?

Das „Wunder“ kam aus Frankreich

Während aus der Zwischenkriegszeit der Waffengang gegen Russland noch am ehesten erinnert wird, sind blutige Kampfhandlungen gegen die damalige Tschechoslowakei sowie gewalttätige ethnische Säuberungen von deutschen Bevölkerungsteilen in den Polen zugeschlagenen Siedlungsgebieten weitgehend in Vergessenheit geraten. Ralf Looch hat in der „Märkischen Oderzeitung“ über die polnischen Aufstände in Oberschlesien im Zusammenhang mit der vom Völkerbund dekretierten Volksabstimmung am 20. März 1921 berichtet. Obwohl mit 59,6 Prozent der Stimmen für Deutschland votiert wurde (Polen kam auf 40,4 Prozent), erhielt Polen aufgrund seines aggressiven Verhaltens am Ende doch das oberschlesische Industriegebiet.

Mit Befremden nimmt man den Hinweis des Warschau-Korrespondenten der „FAZ“, Gerhard Gnauck, auf die angeblichen Ziele der Polen für ihren Krieg gegen Russland zur Kenntnis, „einem künftigen Partner Ukraine den Rücken zu stärken“. Die als „Partner“ auserwählte Ukraine nimmt es den Polen bis heute übel, neben Teilen Litauens und West-Weißrusslands als Kriegsbeute und in „Ostpolen“ umbenannt im Rigaer Vertrag vom russischen in den polnischen Hoheitsbereich übernommen worden zu sein. Die neue polnisch-russische Grenze verlief, wie korrekt berichtet wurde, „weit östlich des geschlossenen polnischen Siedlungsgebietes“. Man hätte durchaus erwähnen können, dass es 300 Kilometer waren, um die der polnische Staat nach Osten vor-



Geschwächt von den Nachwehen der Revolution: Lenin vor abrückenden Rotarmisten 1920 in Moskau, Gemälde von Isak Brodskij

Foto: pa

ZEITGESCHICHTE

Vom Rigaer Frieden zum Hitler-Stalin-Pakt

Die Demütigung des jungen Sowjetrussland durch Polen vor 100 Jahren nach dem polnisch-russischen Krieg hat die Lunte an die Ordnung Osteuropas gelegt – mit Auswirkungen bis heute

rückte. Denn allein die Größenordnung des polnischen Landgewinns wirft die Frage auf, wie es überhaupt zu einer derartigen militärischen Meisterleistung des polnischen David gegenüber dem russischen Goliath kommen konnte, auch wenn man in Rechnung stellen muss, dass die Russen noch immer in den Nachwehen der Oktoberrevolution von 1917 verstrickt waren und die Sowjetunion erst 1922 ihren Gründungsakt erlebte.

Eine reale Auflösung des „Wunders an der Weichsel“ dürfte, zumindest zu Teilen, in jenem polnisch-französischen Geheimpakt zu finden sein, über den der frühere „FAZ“-Korrespondent und spätere Intendant des Deutschlandfunks Dettmar Cramer in seinen Erinnerungen berichtet. Nicht nur wurden die Polen in Warschau vom französischen Generalstab beraten, es wurden auch französische Truppen bereitgestellt und Kriegsmaterial geliefert. Charles de Gaulle, damals als Major, und Josef Stalin, General der Roten Armee, standen sich im Kampf vor Warschau gegenüber.

Nicht Verschiebung – Expansion

Wenn Gnauck zu der Einschätzung gelangt, dass „der Rigaer Vertrag für Polen die Verhältnisse an seiner Ostgrenze stabilisiert“ habe, übergeht er den Sprengstoff, den dieser Friedensschluss enthielt und der das künftige Agieren der sowjetrussischen Führung gegenüber Polen von Stund an bestimmte. Denn nachdem der Vertrag im März 1921 unterschrieben war, begannen bereits im September/Oktober desselben Jahres in Berlin deutsch-sowjetische Geheimgespräche, in welchen sich die Sowjetunion deutsche militärische Hilfe bei der künftigen Revision des Rigaer Friedens sichern wollte. Insbesondere einer sann auf Rache, der als Heerführer der Roten Armee für den Fehlschlag vor Warschau verantwortlich gemacht wurde: Josef Stalin.

In Stufe 1 traf es, wie Stephan Lehnstaedt in seinem Buch „Der vergessene Sieg“ berichtet, den Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, Marschall Michail Tuchatschewski, der trotz seines Misserfolgs

in Moskau gefeiert wurde. Im „Großen Terror“ von 1937 ließ Stalin ihn dafür als einen der Ersten „über die Klinge springen“. Stufe 2 war der Hitler-Stalin-Pakt, in dessen Vollzug die Russen am 17. September 1939 im Osten (wie die Deutschen, den Krieg beginnend, am 1. September im Westen) in Polen einmarschierten, um sich genau jene Gebiete bis zur Curzon-Linie zurückzuholen, die sie 1921 in Riga hatten abtreten müssen. Stufe 3 war schließlich der grausame „ewige Denktzettel“, den Stalin 1940 der polnischen Elite, 22.000 Offizieren und Akademikern, in den Wäldern von Katyn für den im Rigaer Frieden besiegelten Landraub sowie für

Die neue Grenze verlief „weit östlich des geschlossenen polnischen Siedlungsgebietes“: Polen rückte 1921 um 300 Kilometer über die „Curzon-Linie“ hinaus vor

das bis heute nicht aufgeklärte Verschwinden einer großen Zahl sowjetischer Kriegsgefangener verpasste. Wie Cramer recherchierte, hat der einstige Botschafter der Sowjetunion in Deutschland, Valentin Falin, in seinen 1993 in München erschienenen „Politischen Erinnerungen“ an diesen „Weißen Flecken“ des russisch-polnischen Verhältnisses erinnert: „Dieser Flecken müsste ebenfalls beseitigt werden. Zehntausende waren im Nirgendwo untergegangen.“

Neben den außenpolitischen Folgen des polnisch-sowjetischen Krieges bezie-

ungsweise des Friedensvertrages gibt es auch eine innenpolitische Folge des Krieges, nämlich eine Stabilisierung für die Sowjetmacht. Denn wie reagierten viele Russen auf den Pilsudski-Vormarsch und den Rigaer Frieden? Sie solidarisierten sich mit der kommunistischen Führung. Auch bürgerliche Russen sagten jetzt: Wir mögen die Bolschewisten nicht, aber nun muss unsere Regierung unser Russland schützen.

Bekanntestes und markantestes Beispiel ist hier der alte Zaren-General Alexej Brussilow. Der bekannte und unverändert beliebte Veteran hatte als Heerführer der alten Zeit mit den Kommunisten nichts zu tun, aber angesichts der polnischen Offensive veröffentlichte er in der „Prawda“ am 30. Mai 1920 einen Aufruf an alle früheren Offiziere, sie mögen alle Kränkungen vergessen und sich der Roten Armee anschließen.

Eine Quintessenz des polnisch-russischen Krieges, die das damals unbeteiligte Deutschland betrifft, sollte der historischen Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben: dass die von der polnischen Geschichtspolitik behauptete „Westverschiebung“ Polens (die später als Kompensationsgrund für die Abtretung der deutschen Ostprovinzen Pommern, Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien herangezogen wurde) in Wahrheit eine reine Erweiterung war.

Polen ist verglichen mit dem Territorialbestand seiner Wiedererrichtung 1918 mit der Curzon-Linie im Osten nach Kriegsende 1945 um die nach den Potsdamer Verträgen unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Ostprovinzen gewachsen, die einem Viertel des damaligen deutschen Reichsgebiets entsprachen. Einher mit diesem Deutschland auferlegten territorialen Aderlass ging eine der massivsten Menschenrechtsverletzungen der Neueren Geschichte: die ethnische Säuberung der deutschen Ostprovinzen in der Größenordnung von 14 Millionen Menschen (was in etwa der Bevölkerung ganz Skandinaviens entsprach), von denen während des oft grausamen Vertreibungsgeschehens über zwei Millionen

Deutsche zu Tode kamen. Die Bemühungen der Vertretungen der Pommern, der West- und Ostpreußen, der Schlesier, auch der Sudetendeutschen und übrigen landsmannschaftlichen Gruppierungen aus den östlichen Vertreibungsgebieten, mit einer „Gedenkstätte gegen Vertreibungen“ ein Zeichen der Erinnerung und der Mahnung zu setzen, sind vor allem von polnischer Seite immer wieder blockiert worden.

Irrweg der Reparationsforderungen

Angesichts des unermesslichen Leids und der überaus großen Opferzahlen, die Polen während des Zweiten Weltkriegs zu ertragen hatte, verbietet es sich, das Leid des einen mit dem des anderen aufrechnen zu wollen. Worum es für die Nachkommen beider Seiten, die diese schrecklichste aller Zeiten überstanden haben, nur gehen kann, ist, daraus in Demut und gegenseitigem Aufeinanderzugehen die richtigen Lehren zu ziehen. Das haben die deutschen Heimatvertriebenen mit ihrer frühen Verzichtserklärung auf Rache und Vergeltung von 1950 und die polnischen Bischöfe mit ihrer Botschaft vom 18. November 1965 „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ in aller Würde getan.

Wer an diesen friedensstiftenden Weichenstellungen für das inzwischen mit viel Mut und Kraft auf den Weg gebrachte europäische Einigungswerk rüttelt, indem er allein die heutige Generation der Deutschen mit Reparationsleistungen in Sippenhaft nehmen will – für ein historisches Geschehen von vor 80 bis 100 Jahren, in das auch ihre Vorfahren schicksalhaft verstrickt waren –, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis war Vorsitzender des Pommerschen Zentralverbandes, in der Nachfolge von Philipp von Bismarck Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft und Herausgeber der „Pommerschen Zeitung“; er ist emeritierter Honorarprofessor für Angewandte Kulturwissenschaften der Leuphana Universität Lüneburg

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die historische Rolle von Admiral Wilhelm Canaris ist nach wie vor ein Gegenstand kontroverser Diskussionen. War der Chef des Amtes Ausland/Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht, der schließlich am 9. April 1945 nach einem SS-Standgerichtsverfahren im KZ Flossenbürg gehängt wurde, eher ein überzeugter Gegner des nationalsozialistischen Regimes oder ein intriganter Mitäter gewesen? Und hat Canaris schon zum Zeitpunkt seiner offiziellen Ernennung zum Leiter des militärischen Nachrichtendienstes am 26. April 1935 in heimlicher Opposition zum Dritten Reich gestanden oder nicht?

Wer war Canaris im Jahre 1905?

Wer diese Fragen beantworten will, muss den Werdegang des Marineoffiziers in der Zeit vor 1935 im Detail rekonstruieren. Dies wurde bislang aber weitestgehend versäumt, obwohl bereits zehn große Monographien über Canaris erschienen sind – verfasst von Karl Heinz Abshagen (1949), Ian Colvin (1955), Heinrich Fraenkel und Roger Manvell (1969), André Brisaud (1970), Heinz Höhne (1976), Léon Papeleux (1977), Michael Müller (2006), Richard Bassett (2007), German Bravo Valdivieso (2007) und Eric Kerjean (2012). Das Manko all dieser Werke liegt im Fehlen von fundierten quellengestützten Ausführungen über Canaris' Persönlichkeit sowie in der Konzentration auf sein Wirken als Abwehrchef.

Letzteres lässt sich jedoch nur aus der biographischen Vorgeschichte heraus verstehen. Insofern ist es von größter Wichtigkeit, dass der Historiker und Archivar Heiko Suhr jetzt mit seiner 550 Seiten umfassenden Dissertation „Wilhelm Canaris. Lehrjahre eines Geheimdienstchefs (1905–1934)“ an die Öffentlichkeit getreten ist.

Suhr hat in 78 Archiven in zehn Staaten auf vier Kontinenten recherchiert, rund hundert Interviews mit Zeitzeugen und Nachfahren von Canaris geführt sowie etwa 130 bislang unbekannt persönliche Briefe seines Protagonisten ausgewertet. Letztere bestanden dabei aus einem Konvolut kleiner Fragmente, die computergestützt zusammengesetzt und lesbar gemacht wurden. Mit Hilfe all dieser Quellen versuchte Suhr, ein konsistentes Persönlichkeitsprofil des späteren Abwehrchefs zu erstellen.

Dabei lauteten seine drei großen Leitfragen: Wer war Canaris im Jahre 1905? Wer war Canaris im Jahre 1918? Und wer war Canaris im Jahre 1934?

Um Antworten hierauf zu finden, musste Suhr Canaris' Karriere rekonstruieren: Ausbildung zum Seeoffizier (1905–1908), Dienst auf Torpedobooten und den Kleinen Kreuzern „Bremen“ und „Dresden“ (1908–1914), Kreuzerrieg mit der „Dresden“ bis zur Versenkung des Schiffes, anschließend Internierung auf der chilenischen Insel Quiriquina sowie Flucht nach Deutschland (1914/15), nachrichtendienstliche Tätigkeit in Spanien und erneute Flucht in die Heimat (1915/16), U-Boot-Kommandant im Mittelmeer (1916–1918), Dienst bei der U-Boots-Inspektion (1918/19), im Reichswehrministerium (1919/20) und bei der Marinestation der Ostsee (1920–1923), Erster Offizier auf dem Schulschiff „Berlin“ (1923/24), Japan-Reise (1924), Angehöriger der Flottenabteilung der Marineleitung (1924–1928), Erster Offizier auf dem Linienschiff „Schlesien“ (1928–1930), Chef des Stabes der Marinestation der Nordsee (1930–1932), Kommandant der „Schlesien“ (1932–1934) und Festungskommandant in Swinemünde (1934).

Wer war Canaris im Jahre 1918?

Für Suhr war Canaris 1905 der Prototyp eines Seeoffiziersanwärters aus großbürgerlichem Hause mit zeittypischen Idealen und Denkmustern sowie einigen individuellen Talenten wie besonderer



Vor seiner Zeit als Geheimdienstchef: Wilhelm Canaris als Korvettenkapitän der Weimarer Reichsmarine zwischen 1924 und 1931

WILHELM CANARIS

Ein Blick auf die Zeit vor 1935

Mit Heiko Suhr versucht erstmals ein Biograph, den schillernden militärischen Abwehrchef des Dritten Reiches mit dessen vorangegangener Entwicklung in Kaiser- und Weimarer Zeit zu erklären

Sprachbegabung. Bis 1918 habe er sich dann zu einem weltoffenen, ja kosmopolitischen, weitblickenden und vergleichsweise liberalen Menschen mit erheblichem Selbstbewusstsein und großer Vorliebe für ungewöhnliche Aufgaben jenseits der üblichen Routine entwickelt. Hierfür macht Suhr vor allem Canaris' Kriegsabenteuer verantwortlich. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Kaiserreichs sei der Marineoffizier nicht sonderlich radikalisiert gewesen, sondern lediglich ein Verehrer starker Führerfiguren. Zum Gegner diagnostiziert Suhr bei Canaris ein ritterliches Verhältnis, das 1918 bereits anachronistisch gewesen sei.

Nach einer schnellen Überwindung der revolutionsbedingten Orientierungslosigkeit habe Canaris sich in die Rolle des loyalen Angehörigen der Reichsmarine der Weimarer Republik mit professioneller Berufsauffassung begeben. Parallel dazu habe er eine antikommunistische Haltung eingenommen und weiter-

hin zu all jenen Führungspersönlichkeiten aufgeschaut, die ihm als Garant stabiler Verhältnisse erschienen. Mit Letzterem erklärt Suhr die anfängliche Bereitschaft, Adolf Hitler zu folgen, die eigentlich Canaris' politischem Instinkt zuwidergelaufen sei. Ansonsten sei der Seeoffizier seinem früheren Wertesystem treu geblieben.

Und wer war Canaris im Jahre 1934?

Die Vorgesetzten von Canaris schrieben in ihren Dienstzeugnissen vor 1935 von einer „etwas übersteigerten Empfindsamkeit“ und „sehr kritischen Einstellung zu allen Dingen“, gepaart mit „diplomatischem Geschick“, „nie erlahmender Initiative“ und „geistiger Regsamkeit“. Und das prädestinierte ihn ganz offensichtlich für Herausforderungen der besonderen Art, denen er sich voller Enthusiasmus stellte – so wie dann auch Anfang 1935 bei der Übernahme der Amtsgeschäfte des Chefs der militärischen Abwehr.

Für Suhr rückte Canaris also keineswegs schon mit Widerstandsgedanken im Hinterkopf an die Spitze des Geheimdienstes. Andererseits habe die Marineaufbahn aber Auswirkungen auf sein späteres Handeln gehabt. Ansonsten bewertet Suhr Canaris als Persönlichkeit mit höchst individuellen Zügen, die sich nur äußerst schwer kategorisieren lasse. Und damit liegt er wohl richtig, wie eine der von ihm zitierten Anekdoten über den späteren Abwehrchef zeigt. Die schildert, wie der damalige Kapitän zur See Canaris den Balkon von Kapitänleutnant Jakob Förschner von der „Schlesien“ schrubbte. Anlass für diese ungewöhnliche Hausfrauentätigkeit war die Bettlägerigkeit der Ehegattin des rangniederen Offiziers gewesen.

● **Heiko Suhr: „Wilhelm Canaris. Lehrjahre eines Geheimdienstchefs (1905–1934)“** Wachholtz, Kiel/Hamburg 2020.

VOR 75 JAHREN

Gründung des Zentralorgans in der DDR

Nach der Kapitulation der Wehrmacht und der Besetzung Mitteldeutschlands durch die Sowjetarmee war das Organ der KPD, die „Deutsche Volkszeitung“, die erste Lizenzzeitung in der Sowjetischen Besatzungszone. Ab dem 13. Juni 1945 erschien die Tageszeitung. Später zog die SPD mit „Das Volk“ nach.

Nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED lag es nahe, die Vereinigung auf dem Gebiete der Parteiorgane nachzuvollziehen. An die Stelle von „Deutsche Volkszeitung“ und „Das Volk“ trat das „Neue Deutschland“. Ein neues, ein antifaschistisches Deutschland war das erklärte Ziel der Sozialisten. Einen Tag nach dem Gründungsparteitag der neuen Partei erschien die erste Nummer ihres neuen Zentralorgans.

Ähnlich wie bei der Führung der Partei war auch bei der ihres Organs Parität oberstes Prinzip. Allerdings nicht wie in heutigen westlichen Gesellschaften zwischen Mann und Frau, sondern zwischen vormaligen Kommunisten und Sozialdemokraten. Erste Chefredakteure wurden das vormalige KPD-Mitglied Sepp Schwab und der vormalige SPDler Max Nierich. Noch im selben Jahr trat an die Stelle Schwabs Adolf „Lex“ Ende. Während das paritätische Führungsduo in der Partei aus Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl noch bis 1954 existierte, endete das in der Chefredaktion bereits 1949. Ab jenem Jahr stand an der Spitze nur noch eine Person. Den Anfang machte mit Rudolf Herrnstadt bezeichnenderweise ein vormaliges KPD-Mitglied. Weitere Ex-KPDler folgten. Erst 2012 wurde mit Jürgen Reents und Tom Strohschneider kurz zu einem Führungsduo zurückgekehrt. Seit vergangenem Jahr wird die Redaktion von einem mehrköpfigen Kollektiv geführt.

Eine Auflage von 400.000 Exemplaren mit jeweils vier Seiten hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland anfänglich genehmigt. Danach ging es bergauf, nicht nur mit der Zahl der Seiten, sondern auch mit der der Abonnenten. Bis zum Zusammenbruch der DDR stieg die Auflage auf eine Million, die der Mitarbeiter auf 1800. Allein in Redaktion und Verlag arbeiteten 550 Menschen. Der Staat förderte das Parteiorgan vielfältig. Beim „Neuen Deutschland“ war alles überdurchschnittlich, das Format, das Papier, der Druck.

Das Ende der DDR beendete dann die staatliche Privilegierung des Qua-



Verlagsgebäude des „Neuen Deutschland“ am Franz-Mehring-Platz in Berlin

si-Staatsorgans. Das mag der Unabhängigkeit der Redaktion zugutegekommen sein. Aber betriebswirtschaftlich leitete es einen Abstieg ein. Bis vergangenes Jahr sank die verkaufte Auflage auf deutlich unter 20.000. Das entspricht einem Rückgang um 37 Prozent in dem vorausgegangenen Jahrfünft und um die Hälfte innerhalb eines Jahrzehnts. Die Zahl der Mitarbeiter ist auf etwa 100 gesunken.

Manuel Ruoff

VON EBERHARD STRAUB

DEUTSCH-ITALIENISCHE BEZIEHUNGEN

Taktlosigkeit zum Dante-Tag

Arno Widmanns Polemik in der „Frankfurter Rundschau“ gegen den Verfasser der „Divina Commedia“ belastet das bilaterale Verhältnis

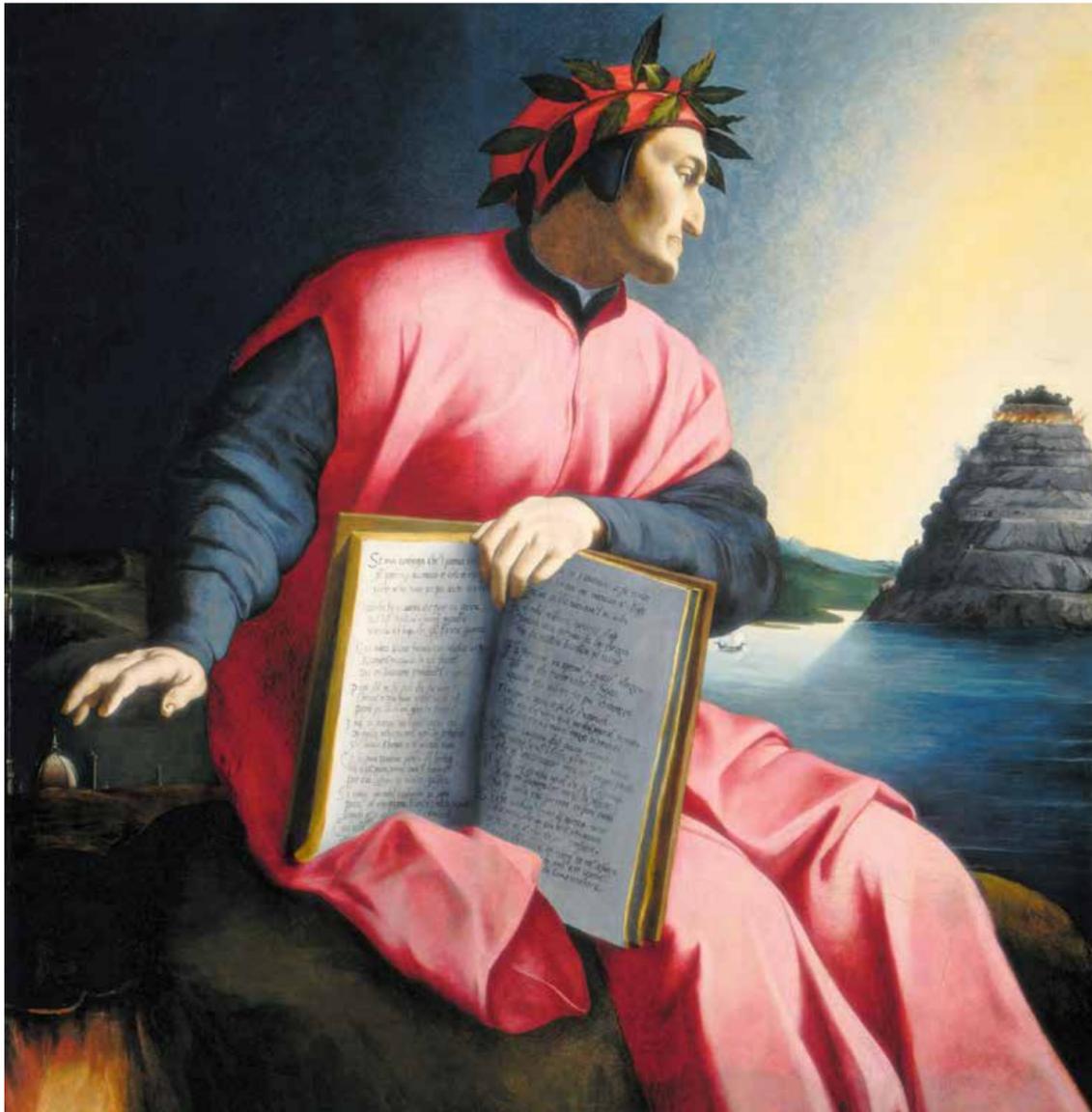
Italiens früheren Staatspräsidenten Giorgio Napolitano bekümmerte die zunehmende Entfremdung zwischen Deutschland und seinem Land. „Ohne einen lebhaften Gedankenaustausch, voller Respekt und Freundschaft, unter unseren beiden Völkern gibt es kein Europa und kann es keine Zukunft für ein vereinigtes Europa geben.“ Das rief er am 11. Dezember 2014 in Turin Deutschen und Italienern zu, die auf seine Veranlassung hin zusammengekommen waren, um über die deutsch-italienischen Beziehungen zu debattieren, deren unerfreulicher Zustand ihn sehr bekümmerte, ja beunruhigte. Er versteht sich wie die meisten gebildeten Italiener seiner Generation noch als Schüler Benedetto Croces, 1952 in Neapel gestorben. Dieser große Historiker und Philosoph in der Tradition Georg Wilhelm Friedrich Hegels, dieser leidenschaftliche Patriot, erfüllt vom Geist des nationalen Risorgimento (Wiedererstehung), und unermüdete Verfechter der Eintracht in einem Europa der Vaterländer, war innig vertraut mit den immer neuen Formen eines nie unterbrochenen, bald tausendjährigen Gesprächs zwischen Italienern und Deutschen.

cortesia und civiltà

Die Hoffnung Napolitanos auf eine deutsch-italienische Verständigung hat sich seitdem leider nicht erfüllt. Nicht zuletzt, weil Deutsche es oft nicht allzu genau mit den liebenswürdigen Geboten des guten Geschmacks, der Höflichkeit und der Rücksicht nehmen, die nun einmal den Umgang auch unter Völkern und Staaten erleichtern. Italiener bleiben hingegen meist bemüht, cortesia (Höflichkeit) und civiltà (Zivilisation), wie der italienische Dichter und Philosoph Dante Alighieri es ihnen empfahl, möglichst nicht außer Acht zu lassen. Taktlosigkeiten können sie deshalb ungemein irritieren.

Eine jüngste Grobheit galt ausgerechnet am 25. März, dem Tag feierlich-festlichen Gedenkens an Dante, eben diesem unumstrittenen Vater des Vaterlandes und der italienischen Lebenskultur im umfassenden Sinne. Nicht einer Stadt, einem Hof, dem Adel oder dem Bürgertum verdankt Italien seine Sprache und den Zusammenschluss zu einer Kulturnation, bald vorbildlich für das übrige Europa, sondern der in jeder Beziehung Einzigartigkeit dieses Florentiner Gelehrten und Dichters, der vor siebenhundert Jahren gestorben ist. Seit seiner „Divina Commedia“ („Göttliche Komödie“) – vollendet 1320/21 – gibt es Italienisch, und seit ihm gibt es Italiener.

Wolfgang von Goethe nannte mit äußerster Ehrfurcht Dante „eine Natur“, weil – wie diese – unerschöpflich in seinen Werken und immer überraschend. Gegen eine solche Überschätzung wehrte sich unlängst in der „Frankfurter Rundschau“ Arno Widmann, der dort früher das Feuilleton geleitet hat. Der italienische Dante-Tag am 25. März schien ihm die beste Gelegenheit, Deutsche und Italiener darüber aufzuklären, dass Dante ein recht unangenehmer Zeitgenosse gewesen sei, rechthaberisch, nie bereit anzuerkennen, dass nicht er, sondern eingewanderte Provenzale die neue Kunst und die neue Sprache ermöglicht hätten. Er sei ein Egomane gewesen, habe nur an sich gedacht, sein Werk und seinen Ruhm, vom „sportlichen Ehrgeiz“ getrieben, ihm bekannte arabische Überlieferungen von der Himmelsreise Mohammeds durch seine christliche „zu übertrumpfen“. Seine Lust am Urteilen und Verurteilen, ohne Mitleid mit den zur Hölle Verdammten aufgrund seiner „religiösen Besessenheit“ sowie seine offenkundige Ungeduld mit den Menschen hätten ihn daran gehindert, sich unbefangen und verständnisvoll auf die Natur der Menschen und die Wunder der Welt einzulassen. Das unterscheidet ihn von William Shakespeare, der mit moralischer Gleichgültigkeit den Men-



Dante Alighieri: Ölgemälde aus dem Ende der 1530er Jahre

Foto: National Gallery of Art

schen in seiner Umwelt schildere, wie sie sei, und „uns“ deshalb „Lichtjahre moderner“ als Dante vorkomme.

Ärger und Enttäuschung

Es ist nicht sonderlich hilfreich, ausgerechnet „modern“ als ein ausschlaggebendes Kriterium zu verwenden, da nichts so schnell veraltet wie die jeweilige Moderne und wir ja angeblich schon seit Jahrzehnten in der Postmoderne leben. Wie postmodern sind dann Shakespeare oder Dante? Doch abgesehen von solchen Fragwürdigkeiten: Dante brauchte wahrlich keine arabischen Legenden, um in Konkurrenz zu ihnen seine „Divina Commedia“ zu entwickeln. Dante hat nie unterschlagen, in Traditionen zu stehen. Wanderungen im Jenseits, in der Unterwelt, waren im Orient und in der hellenisierten Kultur der Antike ein oftmals behandeltes Motiv. In diesen Zusammenhang gehören Geschichten zu Mohammeds Jenseitsreise, vorgetragen von Muslimen, die mit hellenistischer und christlicher Literatur vertraut waren. Zum Begleiter durch die Hölle und beim Aufstieg des Läuterungsberges wählte sich Dante sein Vorbild, den römischen Dichter Vergil, der seinen Helden Aeneas in die Unterwelt geschickt hatte. Dante wird in der Unterwelt von Homer, Ovid und Lukan herzlich begrüßt und von ihnen als ihresgleichen anerkannt. Dante ist ihnen ebenbürtig, weil er auf seine eigenwillige Weise ihren Wegen folgt. Er kennt seinen Rang.

Aber er hat deswegen nie Italien aus den Augen verloren. Seine Seelenlenkerin Beatrice begrüßt ihn kurz vor dem Paradies, der himmlischen Sphäre, in der Christus Römer ist für alle Zeiten. Italie-

ner sollten nach Dantes Vorstellungen auf Erden wieder werden, was sie einst zur Zeit des Kaisers Augustus waren, nämlich Römer, und sich damit dem Römer Christus, der unter Augustus geboren, annähern. Christus der Römer wirkt rettend und befreiend in dieser Welt mit Hilfe des Römischen Reiches und der Römischen

Kirche. Dante wies mit Christus die Italiener auf Rom, auf die Hauptstadt des Römischen Reiches und der Römischen Kirche. Die Italia, das einige Italien, der Garten des Reiches und der Kirche, durfte sich nicht genügsam auf sich selbst beschränken. Sie stand in weiten Zusammenhängen, und die Italiener als Reichsvolk sollten vor deren Anforderungen nicht verzagen. Dante wies ihnen einen anspruchsvollen Weg, weil nämlich nur mit Italien Europa zu einer wohlthätigen Wirklichkeit werden kann. Italien ist das Herz und das Gedächtnis Europas.

Nationalistische Reaktionen

Es liegt nahe, dass in Italien das Grußwort des Arno Widmann zum Dante-Tag als Taktlosigkeit aufgefasst worden ist. Der sozialdemokratische Kultusminister Dario Franceschini bemerkte lapidar: „Dante erinnert uns an viele Dinge, die zusammengehören: Dante, das bedeutet die Einheit des Landes, Dante, das meint die italienische Sprache, Dante, das ist schlechthin die Idee Italiens!“ Mit diesen Worten resümiert der Minister das italienische Selbstverständnis, das trotz aller Spannungen Italiener seit siebenhundert Jahren vereint. Der Danteforscher Enrico Malato hält sich nicht lange mit den Albernheiten und unhistorischen Argumenten Widmanns auf, erinnert aber selbstbewusst an die Besonderheit Italiens: „Die meisten Sprachen Europas wurden durch die Macht verbindlich gemacht, Dantes Italienisch setzte sich wegen des Ansehens eines literarischen Werkes durch, und das war einzigartig!“ Es ist eben der Geist, der sich die Form erschafft.



„Dante erinnert uns an viele Dinge, die zusammengehören: Dante, das bedeutet die Einheit des Landes, Dante, das meint die italienische Sprache, Dante, das ist schlechthin die Idee Italiens!“

Dario Franceschini
Italiens sozialdemokratischer
Kultusminister

Deutsche müssen diese Ideen nicht teilen, vielen unter ihnen missfällt überhaupt, dass immer noch recht unaufgeklärte „Menschen in Europa“ an längst überholten Vorstellungen wie Nation und Nationalsprachen, in denen sich eine besondere Mentalität ausdrücke, festhalten wollen. Aber sie könnten, im Sinne der civiltà Dantes und Italiens, der Höflichkeit und Rücksicht auf Eigenarten, schweigen, wie Luca Serriani, der Vizepräsident der italienischen Dante-Gesellschaft zu bedenken gibt. Die auflagenstarke Zeitung „La Repubblica“, mindestens so aufgeklärt und links wie Widmann, hielt dessen wenig erhellenden Artikel eben auch aus geschmacklichen Gründen für einen ungläublichen Angriff aus Deutschland auf das Dante-Gedenken, auf den Dichter und Italien. Darin sind sich – ungeachtet sämtlicher parteipolitischer Unterschiede – fast alle Italiener einig, mit Ausnahme Roberto Savianis, des Lieblingsitalieners unter den Deutschen, die auf den Zeitgeist horchen. Wie eh und je warnt Saviani vor Chauvinismus und der Korruption der Seelen, die er verursacht.

Man kann nur den Kopf schütteln

Übrigens mischt sich bei manchen Journalisten, wie etwa bei Valerio Benedetti in „Il Primato nazionale“, einem Magazin, das mit seinem Titel kundgibt, sich zur Nation und zu Italien zu bekennen, in ihren berechtigten Ärger auch einige Enttäuschung, dass gerade in Deutschland, wo 1865 die erste Dantegesellschaft, noch vor der italienischen, gegründet worden war, ein solch dilettantischer Beitrag erscheinen konnte. Gerade deutsche Wissenschaftler haben die Dante-Forschung angeregt, woran er eindringlich erinnert.

Es gibt außerdem keinen ausländischen Dichter, um den die Deutschen so inständig werben, wie um Dante. Mittlerweile gibt es fast 180 Versuche, mit Übersetzungen ihn den Deutschen nahezubringen. Weil er unerschöpflich wie die Natur ist, lässt er sich nicht angemessen ins Deutsche übertragen, wovon Sibylle Lewitscharoffs Roman „Pflingstwunder“, 2016 erschienen, handelt, ein Zeugnis mehr deutscher Liebe zu Dante und seiner Sprache.

Wirklich nationalistisch reagieren deutsche Berichterstatter auf die ihnen unverständliche Aufregung in Italien. Oliver Meiler in der „Süddeutschen Zeitung“ missversteht sie als antideutsche Reflexgeschichte und ist darüber ungehalten, dass es heißt, der peinliche Angriff komme „aus Deutschland“. Frankfurt liegt in Deutschland und Widmann ist ein Deutscher, also kommt der Artikel aus Deutschland. Ja, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ behauptet Karen Krüger umstandslos, dass „die Verunglimpfung Deutschlands“ in Italien wie gewohnt eine gute Auflage und Verbreitung garantiere.

Kritik an einem deutschen Journalisten zu üben ist offenbar ein Zeichen böswilliger Absichten unbeherrschbarer Italiener, Dante einmal etwas anders zu betrachten, soll hingegen als redlicher Versuch eines deutschen Aufklärers verstanden werden, Interesse für einen nicht mehr ganz zeitgemäßen Dichter zu wecken. Da kann man nur verwundert den Kopf schütteln. Es ist der Mangel an Augenmaß, an Lebensart und einer humana civiltas, also der von Dante geformten italienischen civiltà, die in Italien zu erheblichen Irritationen führt.

Statt über Dante leichtfertig zu räsionieren, wäre es sinnvoller, viele „kritische“ Deutsche würden diesen unmodernen Dichter aufmerksam lesen, bei dem es für sie viel zu lernen gibt über den angemessenen Umgang mit Menschen zum Vorteil des Zusammenlebens im gemeinsamen Europa.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören u.a. „Zur Tyrannei der Werte“ (2010) und „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, bei der Klett-Cotta).

www.eberhard-straub.de



NIDDEN

Angriff auf eine alte Tradition

Litauen will die Fischerei auf dem Kurischen Haff verbieten – Anwohner befürchten fatale Folgen

VON UWE JURGSTIES

Fassungslosigkeit macht sich in der Gemeinde Nidden [Neringa] breit. Das Litauische Parlament plant, die kommerzielle Fischerei auf der litauischen Seite des Kurischen Haffs für immer zu verbieten. Am 19. März wandte sich der Bürgermeister von Nidden, Darius Jasaitis, an das Parlament der Republik Litauen mit der Forderung, eine Änderung des Fischereigesetzes, die ein Verbot der kommerziellen Fischerei auf dem Kurischen Haff und in allen Binnengewässern der Republik vorsieht, nicht umzusetzen, sondern die Fischerei, welche die Identität dieses Landes prägt, zu erhalten.

Unterstützung erhielt der Bürgermeister von Wissenschaftlern, Fischern, Ethnologen, Bürgern und anderen Personen. Sie wandten sich an die Medien und die Verantwortlichen, sich für die Einheimischen der Nehrung, für Erhalt von Traditionen und Werten sowie für das kulturelle Erbe verantwortlich zu zeigen. Die Verantwortlichen wurden dazu aufgefordert, die Situation noch einmal objektiv zu bewerten und die Konsequenzen einer solchen Entscheidung für das einzigartige „Gesicht“ des Küstengebiets der Republik Litauen sorgfältig zu prüfen.

„Das Fischereigewerbe und das traditionelle Geschäft – das sind die Werte, die die Menschen in diesem Land geschaffen haben, auf die wir stolz sind, die wir schützen und die für die Welt interessant sind“, sagte Jasaitis. „Ich hoffe sehr, dass das Gesetz so nicht bleibt, wie es von den Abgeordneten geplant wurde, dass die vielen Argumente und die Fakten berücksichtigt werden ... Immerhin ist ... das Fischen ... eine jahrhundertealte Tradition dieser Region.“

Obwohl die Zahl der Fischereierunternehmen in Nidden in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen ist, lebt dieses Handwerk noch und wird von Generation zu Generation weitergegeben. Für viele Einheimische ist es eine Fortsetzung der Traditionen der Eltern und Vorfahren und nicht nur ein gewinnorientiertes Geschäft.

Das Fischereigewerbe in der Region Nidden sollte als Lebensgrundlage für die



Nach dem Willen der litauischen Regierung soll es sie bald nicht mehr geben: Fischernetze und Kurenkähne auf dem Kurischen Haff Foto: U.J.

lokale Bevölkerung bezeichnet werden, es sollte nicht mit dem industriellen Fischereigeschäft gleichgesetzt werden – es geht um Mindestmengen für die Bedürfnisse von Urlaubern und Einheimischen.

Russische Exklave wird einspringen

Mit dem Inkrafttreten des Verbots der kommerziellen Fischerei und der wachsenden Nachfrage nach frischem Fisch in Nidden würde dieser wahrscheinlich aus dem Königsberger Gebiet kommen, was bedeutet, dass die Fischer auf der russischen Seite des Kurischen Haffs ihre Fischfänge erhöhen und an die Litauer denselben Fisch teurer und tiefgefroren verkaufen werden. Dies würde auch eine Verlängerung der Lieferkette bedeuten, während die EU-Institutionen darauf drängen, Lieferzeiten so kurz wie möglich zu halten, lokale Ressourcen zu verwenden, sowie die Zahl der gefahrenen Kilometer und die Umweltverschmutzung nachhaltig zu reduzieren. Deshalb ist die Kurische Nehrung ein vorbildliches Beispiel für eine gute Praxis, wie der frische Fisch direkt von den Fischerbooten aus dem Kurischen Haff und der Ostsee in wenigen Minuten den Gaststättenbesuchern serviert werden kann, ohne kilometerlange Transporte, Kühlung oder Lagerung.

Laut Wissenschaftlern gibt es derzeit keinen merklichen Rückgang der Fischmenge im Kurischen Haff. Einige Fischarten hätten sogar zugenommen. Laut dem Biologen Erlandas Paplauskis bestreitet die Wissenschaft, dass die Fische ausgerotet worden seien, da Untersuchungen zeigten, dass etwa der Bestand der Brassen im Kurischen Haff gut sei und sich sogar verbessert habe. Das Problem im Kurischen Haff liege bei niedrigeren Zanderbeständen oder anderen größeren Fischarten. Man könne zum Beispiel die Fangquoten um zirka 30 Prozent reduzieren, aber nicht die Fischerei komplett verbieten, da dies keinen klaren Effekt erzielen werde.

Traditionsfischen ist Weltkulturerbe

Ein weiterer interessanter Aspekt ist, dass die sozialen und kulturellen Traditionen, die den lokalen Lebensstil dieser Zeit widerspiegeln und von den Fischern geprägt wurden, zu den wertvollsten Merkmalen der Kurischen Nehrung gehören. Deswegen sind sie in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen worden.

„Als 1995 UNESCO-Gutachter auf die Kurische Nehrung kamen, fanden sie nicht nur eine außergewöhnliche Natur, sondern auch eine interessante Koexistenz zwischen Mensch und Natur. Wir traten in die



Listen als Kulturlandschaft mit eigener Identität und unbestreitbaren Symbolen ein, und wenn man die Beschreibung des sogenannten ‚außergewöhnlichen universellen Wertes‘ (Outstanding Universal Value, OUV) betrachtet, werden die Fischerei und die Fischerhäuser sogar sieben Mal erwähnt“, sagte Aušra Feser, die Direktorin des Nationalparks Kurische Nehrung. „Wenn wir also nächstes Jahr den regelmäßigen UNESCO-Bericht schreiben, stoßen wir auf diverse Probleme, die den UNESCO-Status angehen, weil die Fischereitraditionen in der Verfassung sehr klar beschrieben sind und ein völliges Verbot der kommerziellen Fischerei ein fatales Fehler wäre und gegen das internationale Abkommen verstoßen würde.“

KÖNIGSBERGER TIERGARTEN

Eintrittskarten per Klick oder am Automaten

Wegen steigender Besucherzahlen wurde am Haupteingang ein Kartenterminal aufgestellt

Kurz vor dem 125. Jubiläum des Königsberger Tiergartens wurde eine Neuerung eingeführt, die den Besuch komfortabler machen soll: ein Kassenautomat. Der Königsberger Tiergarten wurde am 21. Mai 1896 eröffnet und ist damit einer der ältesten der Russischen Föderation. Er verfügt über mehr als 20 Gebäude, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit stammen und die als schützenswertes kulturelles Erbe gelten.

Diesen Monat wurde am Haupteingang auf der Hufenallee [Prospekt Mira] der erste Automat für Eintrittskarten aufgestellt. Eine solche Einrichtung wurde schon lange als notwendig erachtet, denn gerade bei schönem Wetter hatten sich vor der einzigen Kasse des Zoos stets lange Schlangen gebildet. Im Sommer waren sie besonders lang, ist der Tiergarten

doch die meistbesuchte Sehenswürdigkeit der Stadt. Von 2011 bis zum Jahr 2020 hat sich die Besucherzahl von 225.000 auf 503.000 mehr als verdoppelt.

Seit 2017 können Eintrittskarten für den Zoo auch über die Website des Zoos gekauft und durch einen QR-Code am Eingang vorgelegt werden. Zurzeit beträgt der Eintrittspreis für den Königsberger Zoo umgerechnet 3,30 Euro für Erwachsene und 1,10 Euro für Kinder, Studenten und Senioren.

Der Königsberger Zoo hatte im Jahr 2018 zusammen mit dem Litauischen Schiffahrtsmuseum und dem Museum Friedländer Tor einen Zuschuss der Europäischen Union von einer Million Euro erhalten. Im Jahr 2020 bekam er im Rahmen des Programms für grenzüber-



Neu: Kassenautomat beim Zoo Foto: J.T.

schreitende Zusammenarbeit einen neuen Zuschuss der Europäischen Union, diesmal in Kooperation mit dem polnischen Ethnographischen Park in Allenstein über 1,7 Millionen Euro. Ein erheblicher Teil dieser Mittel wird verwendet, um das Territorium des Zoos von der Seite der Straßen Brahms und Lortzingstraße [Nosow] aus zu verbessern, das vom Zoo nach dem Krieg nicht genutzt wurde. Früher gab es hier ein ethnographisches Museum. Hier soll eine touristische Wanderroute mit Informationstafeln entstehen.

Eine weitere Neuigkeit für die Besucher ist im April die Eröffnung des Sommerhauses für Affenbabys sowie der Beginn eines Sommerheges für Erdmännchen. Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Villa Posekel erhaltenswert

Rauschen – Seit 2017 versucht Jurij Karakulew, Eigentümer der Villa Posekel in Rauschen, das Gebäude aus dem Register der Denkmäler von regionaler Bedeutung streichen zu lassen. Er ist der Ansicht, dass die Villa keinen historischen Wert habe und klagte gegen die Denkmalaufgaben. 2019 verlor er den Fall. Der Bauunternehmer Karakulew beauftragte daraufhin eine Professorin mit der Erstellung einer historisch-kulturellen Expertise, die belegen sollte, dass das Haus wegen des „Totalverlusts der Architektur der Innenräume“ keinen kulturellen Wert habe. Dieses Gutachten wollte die Denkmalschutzbehörde nicht anerkennen und gab eine weitere unabhängige Untersuchung in Auftrag. Diese gab wiederum dem Leiter der Denkmalschutzbehörde, Jewgenij Maslow, recht, der die Villa erhalten sehen möchte. MRK

Kampf dem Bärenklau

Pr. Eylau – Umgerechnet rund 545.000 Euro stellen die Behörden des Königsberger Gebiets dieses Jahr für die Bekämpfung des Unkrauts Bärenklau zur Verfügung. Die Summe soll an insgesamt 13 Gemeinden verteilt werden. Pr. Eylau erhält den größten Anteil, gefolgt von Cranz, Angerapp, Friedland, Heinrichswalde, Insterburg, Labiau, Lasdehnen, Neuhausen, Pillau, Ragnit, Stallupönen-Ebenrode, und Tapiau. Das Programm zur Bekämpfung der Pflanze soll helfen, den Schädling auszurotten, der sich nicht nur an den Straßen und in Grünflächen ausbreitet, sondern bereits 125 Hektar landwirtschaftlicher Fläche befallen hat. MRK

Reisen nach Nordostpreußen

Seit einer Woche darf man wieder in die Russische Föderation einreisen, allerdings nur per Direktflug und von der Bundesrepublik aus nur nach Moskau und St. Petersburg. Auf dem Landweg ist es leider nach wie nicht möglich, in das nördliche Ostpreußen einzureisen. Aber immerhin darf man einen direkten Flug zum Beispiel nach Moskau buchen und von dort nach Königsberg fliegen. Ein negativer Test vor dem Flug nach Russland und vor dem Rückflug nach Deutschland ist Voraussetzung. Ob man nach der Rückkehr in Deutschland in Quarantäne muss, ist beim zuständigen Gesundheitsamt zu klären. Im Königsberger Gebiet ist es zurzeit nicht möglich, ausländische Bürger zu impfen, dafür aber in Moskau. Viele private Kliniken bieten dort Impfungen mit Sputnik V für Ausländer an.

Infos über die neuen Visabestimmungen für Russland und in das nördliche Ostpreußen sowie über die Impfungen in Moskau unter: Russland Reisen Hamburg, Telefon (040) 22 69 70 74, info@romanova-reisen.de

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, am 26. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Enskat, Hedwig, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 29. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April

Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April

Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, von-Machensen-Straße 2, am 25. April

Montro, Hildegard, geb. **Selmebeck**, aus Magdalenzen, Kreis Neidenburg, am 26. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 25. April

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Dzarnowen, Kreis Treuburg, am 27. April

Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Benner, Eva-Maria, geb. **Desens**, aus Hinter Damerau Försterei, Kreis Ortelsburg, am 23. April

Bleich, Hildegard, geb. **Kraffzik**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. April

Bork, Waltraud, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsefelde, Kreis Treuburg, am 27. April

Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 28. April

Fimpel, Hildegard, geb. **Drawert**, aus Eichhorst, Kreis Mohrunen, am 25. April

Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April

Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 28. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. April

Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April

Herrmann, Ruth, geb. **Metzdorf**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April

Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Solau, Kreis Neidenburg, am 24. April

Müller, Waltraud, geb. **Goertzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 27. April

Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. April

Neumann, Ruth, geb. **Schiller**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April

Nowotsch, Franz, aus Klausen, Kreis Lyck, am 25. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baltruschat, Hanni, geb. **Bloch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. April

Bratsch, Ursula, geb. **Pauloweit**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April

Dworak, Heinz, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. April

Kleinschmidt, Anneliese, geb. **Gritzuhn**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 28. April

Kupfer, Erna, geb. **Schwarzlos**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 27. April

Liebig, Elisabeth, geb. **Rilka**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 29. April

Locke, Gerda, geb. **Hensel**, aus Friedrichshof, Kreis Preußisch Eylau, am 29. April

Obermüller, Eva, geb. **Wolff**, aus Wehlau, am 27. April

Puhmann, Ursula, geb. **Hollwitz**, aus Wehlau, am 26. April

Schulz, Franz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. April

Volkman, Sieglinde, aus Treuburg, am 27. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Aich, Gertrud, geb. **Toparkus**, aus Benkheim, Kreis Angerburg, am 28. April

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April

Garreis, Ilse, geb. **Mueller**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 27. April

Hanke, Gerda, geb. **Mentowski**, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrunen, am 25. April

Kanngießner, Johannes Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April

Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April

Kenzer, Karl, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 24. April

Kesselhut, Ursula, geb. **Hoffmann**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. April

Kröger, Charlotte, geb. **Dworak**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April

Link, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April

Nicolai, Anni, geb. **Staschko**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April

Pacyna, Dr. Hasso, aus Wehlau, am 29. April

Scheu, Gertrud, geb. **Hoffmann**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Sczuplinski, Gertrud, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 28. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Helwing, Alwin, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. April

Hemmen, Hilde, geb. **Prange**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 24. April

Jessat, Walter, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 29. April

Kollak, Elfriede, geb. **Zeeh**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 27. April

Lagershausen, Eva, geb. **Nagaitchik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. April

Narkus, Paul, aus Robkojen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April

Otto, Erich, aus Wehlau, am 28. April

Przygoda, Adelheid, geb. **Rilka**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Schwagrzinna, Werner, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Völler, Erika, geb. **Wolff**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 25. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adomeit, Gerhard, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 27. April

Breuksch, Erwin, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 28. April

Brodowski, Siegfried, aus Giesen, Kreis Lyck, am 29. April

Eisold, Hannelore, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 25. April

Fröhlich, Waltraud, geb. **Kromat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. April

Jahnert, Heinz, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 26. April

Keller, Inge, geb. **Dommasch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. April

Märtens, Annemarie, geb. **Worm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. April

Mielke, David, aus Tawellen, Kreis Elchniederung, am 28. April

Pahlow, Edeltraut, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. April

Rothweiler, Irmgard, geb. **Kunick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. April

Thierfelder, Harald, aus Schliewe, Kreis Mohrunen, am 27. April

Weichold, Elfe, geb. **Marzinowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Wylengowski, Emma, geb. **Wlodzki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 23. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartsch, Willi, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 25. April

Böhnke, Inge, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April

Brandt, Margarete, geb. **Floetmeyer**, aus Ebenrode, am 26. April

Flade, Inge, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 22. April

Goerigk, Franz, aus Groß Degeesen, Kreis Ebenrode, am 29. April

Grabhorn, Edelgard, geb. **Boehm**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. April

Grzymkowska, Irena, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. April

Heiser, Margot, geb. **Hermenau**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. April

Ilsinitz, Lieselotte, geb. **Kappus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 27. April

Kluck, Gerda, geb. **Wellsand**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 25. April

Kostina, Elli, geb. **Ehlert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. April

Kurzrock, Rosel, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 25. April

Lewitzki, Horst, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. April

Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. April

Müller, Klaus Herbert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. April

Reinhardt, Ursula, geb. **Stephuhn**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrunen, am 26. April

Rieswick, Elly, geb. **Rehberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. April

Schiffers, Irmgard, geb. **Lawischus**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 25. April

Tanski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Vulp, Gisela, geb. **Ludorf**, aus Königsberg, am 23. April

Ziamba, Horst, aus Abbau Funk, Kreis Lyck, am 27. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Greszik, Sela, geb. **Gonscherowski**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 24. April

Heydemann, Renate, geb. **Trzaska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Kairies, Hans, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 23. April

Kleinpödszus, Willi, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 27. April

Konietzko, Renate, aus Treuburg, am 23. April

Krenkel, Lydia, geb. **Meyhöfer**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 23. April

Kunze, Ilse, geb. **Niesalla**, aus Sensburg, am 26. April

Marski, Heinz, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 23. April

Neumann, Gertrud, geb. **Karrasch**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Praetorius, Werner, aus Warscheke, Kreis Elchniederung, am 24. April

Rolshoven, Inge, geb. **Dawert**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 23. April

Sadowski-Dworak, Anorte, aus Lyck, am 28. April

Schade, Lieselotte, geb. **Weller**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 23. April

Schauwecker, Christa, geb. **Dörfer**, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April

Söckneck, Manfred, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 26. April

Töppler, Waltraud, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 26. April

Wolff, Manfred, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

August, Winfried, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. April

Bäther, Ursula, geb. **Pawlowitz**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 29. April

Behrendt, Christel, geb. **Simmat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 23. April

Dzubiella, Hartmut, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. April

Faust, Kurt, aus Korben, Kreis Fischhausen, am 29. April

Hempel, Herta, geb. **Gollub**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 26. April

Ingwersen, Christa, geb. **Hein**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 24. April

Kayka, Jürgen, aus Allenstein, Kreis Lyck, am 25. April

Kowalewski, Helmut, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. April

Kowalzik, Siegfried, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 26. April

Meyer, Brigitte, geb. **Hoffmann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Pieper, Prof. Dr. Wolf-Michael, aus Lyck, am 25. April

Schnabel, Manfred, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. April

Springer, Renate, geb. **Gorray**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Thorun, Rita, geb. **Tiltack**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. April

Wagner, Elli, geb. **Zimmermann**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 24. April

Werlich, Irmgard, geb. **Czeluszek**, aus Rodefild, Kreis Ortelsburg, am 23. April

Zilas, Karin, geb. **Kraska**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 25. April



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

Entfällt: 24./25. April: Die Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg muss coronabedingt leider ausfallen.

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allen-

stein (geschlossener Teilnehmerkreis)

Das Jahrestreffen der Ostpreußen am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird.

Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 18/2012

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 18/2021 (Erstverkaufstag 7. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 27. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:

Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

ANZEIGE

Liederbücher neu aufgelegt

Die Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied

hat die von Edgar Hobinka 1964 und 1987 konzipierten Liederbücher „Brücke zur Heimat“ (320 Seiten) und „Ostdeutsches Liederbuch“ (175 Seiten) neu aufgelegt. Inhalt und Gestaltung der beiden Liederbücher blieben bis auf geringe redaktionelle Korrekturen unverändert. Alle Lieder sind mit Melodie und Textstrophen versehen.

Die Liederbücher können zum Einzelpreis von 5,00 Euro erworben werden bei

STADT WETZLAR



Patenschaft für das Ostdeutsche Lied
Hauser Gasse 17, 35578 Wetzlar
Telefon: 06441 99-1031
Fax: 06441 99-1034
E-Mail: ostdeutscheslied@wetzlar.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Absagen und Hoffnung

Wiesbaden. Eigentlich wollte der Vorstand im Frühjahr 2021 zu einer Feierstunde anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Landsmannschaft einladen. Doch noch immer beeinträchtigt die Pandemie das Leben der Menschen in Deutschland und in der Welt. Deshalb mussten alle bisher geplanten Veranstaltungen abgesagt werden, betroffen sind auch die satzungsgemäß vorgeschriebenen Jahreshauptversammlungen mit den Geschäfts- und Kassenberichten.

Die Durchführung der ausgefallenen und weiteren Veranstaltungen wird davon abhängen, wie schnell es mit dem Impfen vorangeht. Ein Großteil der Mitglieder wird vom Alter her durch Impfungen weitgehend vor dem Virus geschützt sein – oder die Impftermine stehen kurzfristig bevor. Dies gibt schon mal beruhigende Sicherheit, sodass der Vorstand im späten Frühjahr oder mit Sommerbeginn zu den gewohnten Monatstreffen einladen könnte.



Ist uns vorausgegangen: Irmgard Steffen
 Foto: privat

Trauer um Irmgard Steffen

Mit Vorstandsmitglied Irmgard Steffen ist wieder ein Stück ostpreußischer Heimat von uns gegangen „Ich denke gerne an das Fleckchen Erde im Osten, fern, wo ich geboren bin. Ich weiß, dass ich es nie vergessen werde. Die Sehnsucht trägt mich immer zu ihm hin“ – diese Worte der Dichterin Hannelore Patzelt-Hennig kamen der gebürtigen Tilsiterin Irmgard Steffen, geb. Hoedtko in letzter Zeit oft über die Lippen.

Nun, fern ihrer Heimat, ist die treue Ostpreußin am 31. März dieses Jahres mit 86 Jahren in Wiesbaden gestorben. Es war ihr sehnlichster Wunsch, nahe ihrer Heimat in den Wellen der Ostsee ihre letzte Ruhe zu finden.

Schon früh schloss sich Irmgard Steffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Wiesbaden an. In den folgenden dreißig Jahren war sie die überwiegende Zeit Vorstandsmitglied des Kreisverbandes und trug zur Organisation der Veranstaltungen und Betreuung der Vereinsmitglieder bei. Sie zeigte wohlwollendes Verständnis für die landsmannschaftliche Arbeit und unterstützte die heimatlichen Belange in vielfältiger Weise. Wo immer eine helfende Hand gebraucht wurde, war sie zur Stelle.

Als Mitglied der Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. und Schulsprecherin der „Johanna-Wolff-Schule / Meerwischer Volksschule“ organisierte Irmgard Steffen Treffen mit Mitschülern ihrer einstigen Schule und hielt Erinnerung an Tilsit und ihre Schulzeit wach. An dem von ihr vorbereiteten 20. Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler in Karlsruhe konnte die Tilsiterin schon nicht mehr dabei sein, weil eine unheilbare Krankheit mit einhergehenden Operationen ihr die Kraft nahmen.

Ihre Hilfsbereitschaft und herzliches Wesen wird bei Landsleuten und Freunden des Vereins in Erinnerung bleiben.

Dieter Schetat



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Sorge um Fischereiverbot

Brief an das Umweltministerium der Republik Litauen von Uwe Jurgsties (Vergleiche Seite 13) Eine Jahrhunderte alte Tradition beenden? N i e m a l s !!

Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie bezüglich des Entwurfs eines Rechtsaktes der Republik Litauen Nr. XIVP-343 „Fischereigesetz Nr. VIII-1756 Änderung der Artikel 2, 5, 6, 8, 14, 141, 143, 15, 16, 17, 20, 22, 27, 31“ und der Aufhebung von Artikel 144 (bereitetgestellt vom Abgeordneten Aistės Gedvilienė) und den Entwurf eines Rechtsaktes der Republik Litauen Nr. XIVP-2 „Fischereigesetz Nr. VIII-1756 Änderung der Artikel 2, 6, 14 und 141 (bereitetgestellt vom Abgeordneten Linas Jonauskas). Die heutigen und früheren Bewohner dieses Landes unterstützen dieses Projekt NICHT.

Die Küstenregion am Kurischen Haff ist mit seinen Orten wie ein großes Freilichtmuseum mit den vielen schönen alten Holz-Fischerhäusern inmitten der bunten Bauergärten und den Räucheröfen, die einen herrlichen Geruch von geräuchertem Fisch verströmen.

Was gibt es schöneres, als den vor Ort frisch gefangenen und geräucherten Fisch in den vielen kleinen Restaurants oder in der angemieteten Ferienwohnung zu verzehren? Für die noch wenigen Fischer auf der Kurischen Nehrung und in den Häfen am Festland wäre das vorgesehene Verbot katastrophal und für die Orte ein kultureller Rückschlag.

Wie die einzigartigen Küstendörfer, die Natur, die Ostsee und das Haff zu beiden Seiten der Nehrung gehört auch der Fischfang zur einzigartigen Landschaft dazu.

Der Rückgang des Fischbestandes einiger Fischarten ist nicht nur allein auf die Fischer zurückzuführen, sondern zum Teil auch auf die Kormorane die überhandgenommen haben. Jedenfalls sollte man zunächst eine nachprüfbare wirtschaftliche Studie vornehmen.

Die Fischer und der Fischfang sind eine gelebte Tradition, unverzichtbar und gehören zur Nehrung und den Küstendörfern am Kurischen Haff wie die Luft zum Atmen. Ein Verbot käme einem kulturellen Todesstoß gleich.

Uwe Jurgsties
 Bundesvorsitzender und
 Ehrenbürger der Stadt Klaipėda

Zur Lage

Am 13. April schrieb das Onlineportal „Verslo žinios“ (VZ), dass

Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein. Jes.43.1

Sabine Kob

geb. von Kulesza
 * 7. August 1934 † 1. April 2021

In Liebe und Dankbarkeit

Deine Kinder Christine und Eberhard
 mit Familie und Angehörigen

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.

Gedenkportal: www.pohlmann-bestattungen.de

über die oben genannten Änderungen derzeit in Ausschüssen beraten würde und am Ende des Jahres in der Seimas (dem Parlament) abgestimmt werde.

Fischerei finde nach dem Entwurf ausschließlich in Aquakulturen statt, die kommerziellen Fi-

scherebetriebe sollen aus den Steuern der Hobbyfischer entschädigt werden, so „VZ“. Gedvilienė äußerte, dass ein Verbot gegen die traditionelle Fischerei, wie die Netzfischerei, oder die Fischerei für touristische Zwecke nicht geplant sei. CRS



Historische Bilder: Während Brunhilde Schulz mit ihrer Reisegruppe die Speisekarte studiert, laufen an der Wand hinter ihnen historische Aufnahmen von Heiligenbeil. „Man sieht also, dass die Russen sich sehr für die deutsche Geschichte interessieren,“ freut sich die Heiligenbeilerin.
 Foto: privat

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
 Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

OSTPREUSSISCHER WISSENSCHAFTLER

Spaltete die Vorgeschichtsforschung

Die interdisziplinären Methoden zur Bewertung prähistorischer Funde brachten Gustaf Kossinna Lob und Tadel ein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gustaf Kossinna zählte zu den bekanntesten und zugleich auch umstrittensten Prähistorikern seiner Zeit. Der Sohn eines Gymnasiallehrers, der am 28. September 1858 in Tilsit geboren wurde, erlebte schon als Kind die ethnisch bedingten Spannungen im preußisch-litauischen Grenzgebiet und zeigte dann später ein großes Interesse an deutscher Stammeskunde sowie der germanischen Vorzeit, als er in Göttingen, Leipzig, Berlin und Straßburg studierte. Dabei wandte sich Kossinna zunächst den Sprachwissenschaften zu, bevor er 1887 begann, auch die materiellen Hinterlassenschaften vergangener Kulturen in den Fokus zu nehmen. In diesem Zusammenhang entwickelte der Ostpreuße eigenständige methodische Ansätze, was ihm 1902 eine außerordentliche Professur für deutsche Archäologie an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin eintrug.

Kossinnas wichtigster Lehrsatz, der sich unter anderem in seinem Standardwerk „Die Herkunft der Germanen. Zur Methode der Siedlungsarchäologie“ von 1911 findet, lautete: „Scharf umgrenzte Kulturprovinzen decken sich zu allen Zeiten mit ganz bestimmten Völkern oder Völkerstämmen.“ Deshalb versuchte er auch, einen deutschen Kulturbegriff zu definieren, um dann auf dessen Grundlage in der prähistorischen, also schriftlosen Vergangenheit nach den Ursprüngen alles Deutschen beziehungsweise auch Germanischen zu suchen. Gleichzeitig war Kossinna bestrebt, „die Erhellung uralter, dunkler Zeiten durch Rückschlüsse aus der klaren Gegenwart oder aus zwar noch alten, jedoch durch reichliche schriftliche Überlieferung ausgezeichneten Epochen“ zu bewerkstelligen. Oder anders ausgedrückt: Er wollte bei der ethnischen Einordnung prähistorischer Funde sowohl archäologische als auch klassi-

sche geschichtswissenschaftliche Techniken anwenden.

Allerdings wurde beizeiten Kritik an Kossinnas Vorgehen laut, die zum Teil angebracht, zum Teil aber auch reichlich überzogen war. Sicher fehlte es an hinreichend präzisen Definitionen – so zum Beispiel der zentralen Begriffe „Kulturprovinz“ und „Volk“ beziehungsweise

„Völkerstamm“ – und manchmal hinkten auch die archäologischen Beispiele. Ebenso lag Kossinna mit seiner strikten Verneinung der Möglichkeit von Kulturvermischungen und der manchmal doch zu gutgläubigen Heranziehung schriftlicher Quellen falsch. Andererseits schützten seine damaligen Gegner das Kind aber mit dem Bade aus, als sie gegen die

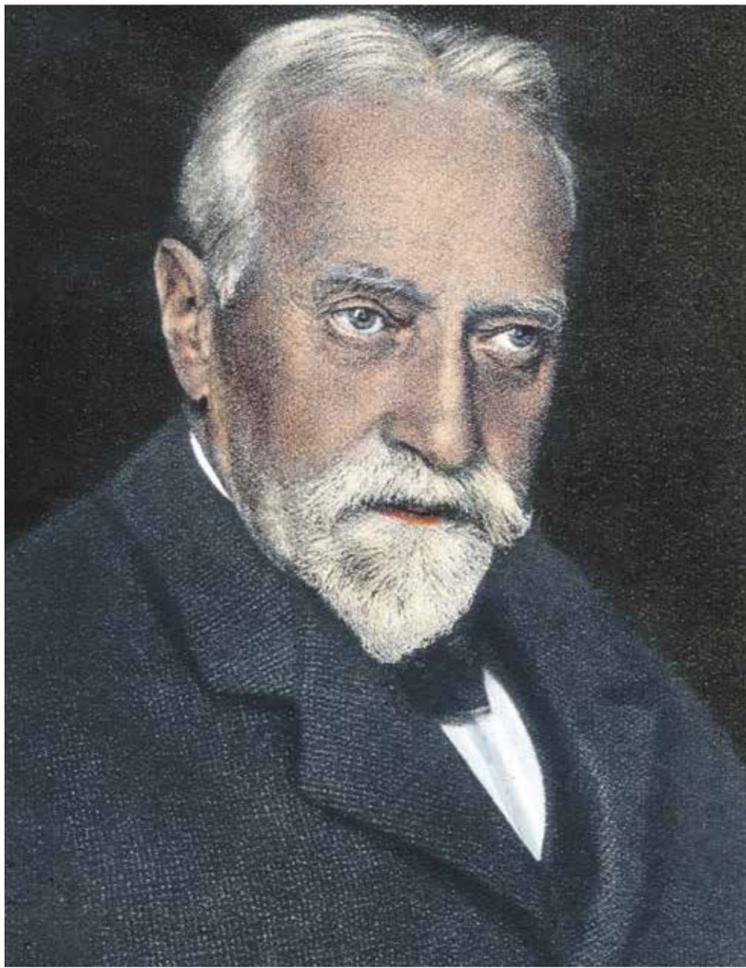
Vermischung von Archäologie, Sprachwissenschaften und Anthropologie wetteten. Gerade diese interdisziplinäre Herangehensweise führte später zu den wichtigsten neuen Erkenntnissen über die schriftlose Frühzeit der Menschheit. Noch unsinniger sind freilich die ahistorischen oder gar denunziatorischen Bewertungen mancher „Experten“ von heute, denen zufolge Kossinna ein „Wegbereiter der nationalsozialistischen Ideologie“, „Rassist“ und Gegner der Gleichstellung der Frau gewesen sei. Natürlich war die Germanentümelei ein Teil der NS-Ideologie – das beruhte aber mit Sicherheit nicht auf der systematischen Rezeption der fachspezifischen Schriften Kossinnas.

Konkurrierte mit Carl Schuchhardt

Dahingegen kann Kossinna zu Recht vorgeworfen werden, dass er ab 1908 systematisch auf die Spaltung der deutschen Vorgeschichtsforschung hinarbeitete, weil sein größter Konkurrent Carl Schuchhardt und nicht er selbst zum Direktor der Vorgeschichtlichen Abteilung der königlichen Museen in der preußischen Hauptstadt ernannt worden war. Während Schuchhardt seitdem die „Prähistorische Zeitschrift“ der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte herausgab, konterte Kossinna 1909 mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Vorgeschichte und einem eigenen Periodikum namens „Mannus. Zeitschrift für Vorgeschichte“. In beiden Blättern tobten verbissene Diskussionen über Sinn oder Unsinn der ethnischen Deutung von archäologischen Funden, wobei der Konflikt 1913 eskalierte, nachdem Kossinna Schuchhardt bei der ersten Veröffentlichung über den neu gefundenen Eberswalder Goldschatz in unkollegialer Weise ausmanövriert und seinen Text zudem noch mit beleidigenden Äußerungen über die angebliche Inkompetenz des Konkurrenten gespickt hatte.

Kurz darauf kam der Streit dann aber durch den Ersten Weltkrieg zum Erliegen.

In der Zeit danach schaltete sich der Ostpreuße in die Diskussion um das künftige Schicksal der deutschen Ostgebiete ein und veröffentlichte in diesem Zusammenhang während der Verhandlungen zum Diktat von Versailles die beiden politischen Kampfschriften „Die deutsche Ostmark, ein Heimatboden der Germanen“ und „Das Weichselland. Ein uralter Heimatboden der Germanen“. Daraus



Ein streitbarer Mensch: Gustaf Kossinna

Foto: action press

„Scharf umgrenzte Kulturprovinzen decken sich zu allen Zeiten mit ganz bestimmten Völkern oder Völkerstämmen.“

Gustav Kossinna

resultierte nun auch der abrupte Bruch mit den polnischen Vorgeschichtsforschern um seinen früheren Schüler Jozef Kostrzewski, die ihre Disziplin bald genau wie Kossinna zur unverzichtbaren „nationalen Wissenschaft“ erhoben.

Anschließend publizierte der Prähistoriker dann noch „Die Indogermanen. Ein Abriss“ (1921), „Ursprung und Verbreitung der Germanen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit“ (1928) und „Germanische Kultur im 1. Jahrtausend nach Christus“ (1932). Das letztere große Werk erschien allerdings erst nach seinem Tod, denn Gustaf Kossinnas Lebensweg endete bereits am 20. Dezember 1931 in Berlin.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Denkmal für 67 – kein Denkmal für alle

Oppelns Stadtpräsident will im Mai allein der polnischen Opfern des dritten Aufstands in Oberschlesien gedenken

67 polnischen Opfern der sogenannten Schlesischen Aufstände (polnische Aufstände in Oberschlesien) aus dem Landkreis Oppeln soll ein Denkmal gesetzt werden. Dies haben die Oppelner Ratsherren beschlossen. Das Denkmal soll auf dem kommunalen Friedhof im Stadtteil Halbendorf [Pólwieś] seinen Platz finden. Ziel der Initiative sei es, kommenden Generationen ein Beispiel für Patriotismus und Liebe zum Polentum zu geben, heißt es in der Beschlusserklärung.

Da die Gedenkstätte aus öffentlichen Geldern finanziert wird, also auch von den Nachkommen derjenigen, die für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland kämpften, regt sich Widerstand seitens der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD). Rafał Bartek, Vorsitzender der Organisation der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln, wandte sich mit einer Stellungnahme an den Stadtpräsidenten (Oberbürgermeister) Arkadiusz Wiśniewski. „Es scheint, dass 100 Jahre nach den tragischen Ereignissen eine so lange Zeit vergangen ist, um alle zu ehren, die damals gestorben sind, unabhängig ihrer Nationalität. Die Region und die Stadt werden heute von den Nachkommen beider Seiten dieses historischen

Konfliktes bewohnt“, schreibt Bartek auf der Internetseite „skgd.pl“, wo er auch Orte für ein Gedenken benennt: „Man erinnert auch daran, dass sich in der Stadt Oppeln auf dem Friedhof in der Wrocławskasträße Gräber von Soldaten der alliierten Streitkräfte befinden, die vor 100 Jahren starben (31 britische Soldaten, die zwischen 1921 und 1922 ihr Leben verloren haben) und in Oppeln stationiert waren“ oder „in der Nähe des Plac Wolności, wo sich der Sitz des Regierungsbezirkes in Oppeln befand, wo die Internationale Kommission residierte und wo sich jetzt ein bescheidenes Gedenken an General Le Rond befindet“. Die Antwort sandte Wiśniewski an die polnischen Medien der Region: „Sie haben Recht, dass heute in der Woiwodschaft Oppeln auch die Nachfahren derer leben, die für Deutschland kämpften. Dies ist aber kein ausreichender Grund, um deutschen Soldaten ein Denkmal aufzustellen“.

Der seit 2014 amtierende Stadtpräsident ist Ideengeber für dieses Denkmal. „Es soll Helden ehren, die für das Polentum dieser Gebiete kämpften, nicht jedoch diejenigen, die auf sie geschossen haben. Nie käme es für mich in Frage, die-



Visualisierung des Denkmalprojekts: Der Gedenkstein soll im Mai auf dem kommunalen Friedhof eingeweiht werden

Foto: Stadt Oppeln

se anderen zu feiern. Ich erinnere daran, dass Vorkriegsdeutschland eine ganze Reihe an Repressionen gegenüber den Aufständischen und ihren Familien vornahm“, so Wiśniewski, der in der Stellungnahme der SKGD einen weiteren Versuch „zur Wahrheitsverwischung der damaligen Ereignisse“ sieht.

Wiśniewski bleibt uneinsichtig

Der Hinweis des Stadtpräsidenten, dass die Deutsche Minderheit ihre Sitze im Sejmik (Landtag) nutzen könne, kann kaum als wohlwollend gewertet werden, denn durch Wiśniewskis Schachzug ist 2017 Oppeln um benachbarte, von Deutschen bewohnte Gemeinden erweitert worden. Damit entledigte man sich mehrerer deutscher Gemeindevorsteher, und die eingemeindeten Ortschaften verloren ihre zweisprachigen Ortsschilder. Solche dürfen nämlich nach polnischem Recht nur in Orten mit mindestens 30 Prozent Angehöriger einer Minderheit angebracht werden.

Weder Proteste und Hungerstreiks noch Demonstrationen seitens der Deutschen und ihre Petitionen in Warschau und Straßburg hatten damals Wirkung gezeigt.

Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

Der Durchstich bei Dievenow

Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Dievenow um 1,5 Kilometer verkürzt und die Insel Wollin um die gleiche Strecke verlängert

VON ERWIN ROSENTHAL

An der alten Reichsstraße 111 – auf der Insel Usedom früher gleichzeitig die Bäderstraße – reißen sich die Ostseebäder Zinnowitz, Koserow, Kölpinsee, Bansin, Heringsdorf, Ahlbeck und Swinemünde wie Perlen auf einer wunderschönen Kette aneinander. Die Straße führt schließlich über die Prittersche Halbinsel nach Liebeseede und Dargebanz (Insel Wollin) und von dort aus bis nach Gollnow.

Perlenkette der pommerischen Ostseebäder

Bei Liebeseede gibt es einen Abzweig. Hier begann die Reichsstraße 165 – die Bäderstraße der Ostseeinsel Wollin. Sie führte über Misdroy, Neuendorf, Kolzow, Swantuf und Dievenow bis zur Herzogsstadt Cammin. Eine Perlenkette wie die Usedomer Bäder bildeten die Wolliner Ostseebäder mitnichten. Einzig Misdroy, Primus unter den Wolliner Bädern und ewiger Konkurrent von Swinemünde und Heringsdorf, war stets ein mondänes Bad. Neuendorf und Heidebrink hingegen punktet vor allem mit einem schönen breiten Sandstrand und dichten Buchenwäldern. Man konnte hier in der Ostsee baden, im Wald wandern, Pilze suchen oder auch im Neuendorfer See beziehungsweise im Camminer Bodden angeln.

Rollbahn für den Fliegerhorst

Im Nordosten der Insel, auf dem Trendel, einer Nehrung, die sich dem hinterpommerischen Festland entgegenstreckte, führt eine schnurgerade Straße nach West-Dievenow, Dievenow und zur Brücke über die Dievenow. Diese Straße diente während des Krieges als Rollbahn für den „Fliegerhorst Land und See Dievenow“. Die Vermutung, dass die Ansiedlung an der Mündung der Dievenow (in Analogie zu Swinemünde und Peenemünde) Dievenow



Die alte und die neue Mündung der Dievenow von oben gesehen. Die alte Mündung, die später den Namen Toter See erhielt, wurde zur Dievenow hin durch einen Wall verschlossen, ihren Abschluss zur See besorgten Wind und Wellen. Im Vordergrund: Berg-Dievenow, darüber Ost-Dievenow. Die Brücke führt von Ost-Dievenow nach West-Dievenow

Foto: Rosenthal

münde heißt, bestätigt sich nicht. Der Ort trägt den gleichen Namen wie der Strom.

Die Erklärung für dieses Phänomen ist simpel: Die Dievenow mündete früher weiter westlich, in der Nähe von Heidebrink, in die Ostsee. Erst der in den Jahren 1898 bis 1900 wegen der ständigen Versandung des Stroms vorgenommene „Durchstich“ verlegte die Mündung nach Dievenow. Der Durchstich hatte den Weg der Schiffe zum offenen Meer um 1,5 Kilometer verkürzt und die Insel Wollin um die gleiche Strecke verlängert. Der frühere Mündungsarm, der heutige Tote See, wurde im Osten zugeschüttet, während

im Westen die Natur seinen Abschluss durch eine Düne besorgte.

Bereits 1588 Planung für einen neuen Hafen

Raumer, der Chronist der Insel Wollin, berichtet, dass der Pommernherzog Johann Friedrich bereits im Jahre 1588 bei Dievenow einen neuen Hafen anlegen wollte. Er ließ hierzu einen etwa vier Meter breiten, zwei Meter tiefen und mehrere hundert Meter langen Kanal zwischen der Dievenow und der Ostsee graben, den er als Erster mit einem Boot passiert haben soll. Der Kanal versandete jedoch

schnell wieder, da die technischen Voraussetzungen zum Schließen der alten Mündung fehlten.

Das heutige Ostseebad Dievenow [Dziwnów] ist aus den früher selbstständigen Orten West-Dievenow, Ost-Dievenow, Berg-Dievenow und Klein-Dievenow (auch Wald-Dievenow genannt) zusammengewachsen. Der älteste der vier Orte, das auf der Insel Wollin gelegene Fischerdorf Dievenow – noch 1930 gab es hier 48 selbstständige Fischer – expandierte im Jahre 1701 auf das rechte Ufer des Stromes. Die neue Ansiedlung erhielt den Namen Ost-Dievenow, während der

ursprüngliche Ort nun West-Dievenow hieß.

Die Verbindung zwischen den Orten sicherte zunächst ein Fährmann, später eine hölzerne Brücke. Der Ort galt als Geheimtipp für jene Badegäste, die dem städtischen Trubel entfliehen wollten und den Fußweg von 15 Minuten zum ruhigen Ostseestrand nicht scheuten. Während der NS-Zeit wurde das Leben im Ort durch den Flugplatz dominiert, dessen Kasernen auch noch heute genutzt werden.

10.000 Solbäder am Tag aus dem Fürst-Bismarck-Solesprudel

Das See-, Sol- und Moorbad Ost-Dievenow hatte seine ersten Gäste im Jahre 1844 empfangen. Das Kurhaus war im Jahre 1891 von einem Berliner Bankgeschäft errichtet worden. Hinter dem Gebäude befand sich ein Park mit der Strandhalle und einem Restaurant. Die Solquelle des Ortes, der Fürst-Bismarck-Solesprudel, hatte eine Kapazität von 10.000 Bädern täglich. Im Jahre 1925 hatte der Ort 287 Einwohner.

Das See- und Solbad Berg-Dievenow, seinerzeit mit 450 Einwohnern die größte der vier Ortschaften, hatte bereits im Jahre 1827 die ersten Kurgäste empfangen. Schwärmerisch wurde der Ort mit seinen Bädern, Anlagen, Hotels und Pensionen „eine Perle im Kranze der pommerischen Ostseebäder“ genannt. Berge gibt es hier allerdings nicht, die bis zu 15 Meter hohen Dünen gaben dem Ort den Namen.

Im Verlauf der Jahre wuchs Berg-Dievenow mit dem benachbarten Ost-Dievenow zusammen. Beide Bäder, die auf einer lediglich 400 Meter breiten und sechs Kilometer langen Nehrung des pommerischen Festlandes liegen, fusionierten im Jahre 1925 zum Ostseebad Dievenow. Der vierte Ort, Wald Dievenow beziehungsweise Klein Dievenow, liegt etwa zwei Kilometer weiter östlich.

POMMERSCHE GESCHICHTE

Otto Fock – liberaler Theologe und Journalist

Er verfasste die „Rügensch-Pommerschen Geschichten aus sieben Jahrhunderten“ in sechs Bänden

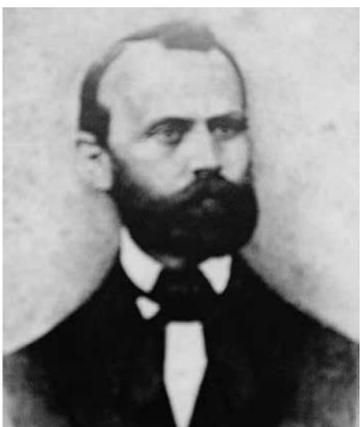


Foto: Wikipedia

Otto Fock stammte von der Insel Rügen, hatte seine beruflichen Hauptwirkungsstätten in Kiel, im elterlichen Gutshaus auf Wittow sowie in Stralsund und erlangte als Theologe, liberaler Journalist und Historiker, der Pommerns Geschichte erforschte, deutsche Bekanntheit. Nach zahlreichen Zurücksetzungen wegen ihm unterstellter „mangelnder Rechtgläubigkeit“ und seines kritischen Liberalismus erlebte er an seinem Lebensabend die lange vermisste öffentliche Anerkennung. Das reichte von der Ehrendoktorwürde

über die Akademie-Mitgliedschaft bis zum Angebot einer Universitäts-Professur. Seine „Rügensch-Pommerschen Geschichten aus sieben Jahrhunderten“ in sechs Bänden überdauerten die Zeitenwechsel und wurden 1992/93 neu verlegt, was die Nachwirkung Focks belegt.

Der namhafte Gelehrte wurde am 29. April 1819 in Schwarbe auf der rügenschen Halbinsel Wittow geboren. Sein Vater war wohlhabender Domänenpächter und fungierte als Oberamtmann. Sohn Otto hatte noch sieben Geschwister, wurde von Hauslehrern unterrichtet und absolvierte die letzten Schuljahre auf dem Stralsunder Gymnasium. Er glänzte dort mit seinen Kenntnissen, entwickelte sich schnell zum Primus und offenbarte im zunehmenden Maße eine besondere Begabung im Zeichnen und in der Musik.

„Liberalismus“ stand seiner Karriere oft im Weg

Doch vom Vater war die Laufbahn vorgegeben. So studierte Fock ab 1837 nacheinander in Bonn und Berlin Theologie. Der Stralsunder Primus zeigte auch beim Studium beste Leistungen und offenbarte zuweilen liberale Gedanken. Mit Folgen: Als er sich in Berlin mit einer bestens vorbereiteten Arbeit um die theologische Li-

centiatenwürde bewarb, wurde er „wegen mangelnder Rechtgläubigkeit“ abgelehnt.

Fock wechselte deshalb nach Greifswald und wurde hier nach längerem Tauziehen und persönlichen Zugeständnissen zur angestrebten Prüfung zugelassen. Doch die Habilitation wurde ihm auch in Greifswald wegen „Liberalismus“ verwehrt. So kam er nach Kiel, wo er sich 1843 ohne Probleme habilitieren konnte und anschließend als Privatdozent Vorlesungen hielt. Sie reichten von der kirchlichen Dogmengeschichte über die Geschichte der neuesten Theologie bis zur Behandlung der Paulinischen Briefe.

Was und wie er las, sorgte für einen großen studentischen Zulauf. Dazu veröffentlichte er Beiträge in Zeitschriften sowie Jahrbüchern und 1847 sein Buch „Der Socialismus nach seiner Stellung in der Gesamtentwicklung des christlichen Geistes“. Damit gehörte er neben anderen Dozenten wie Baumgarten oder Droysen zu den gefragtesten Gelehrten der Kieler Universität. Doch seine überfällige Erhebung zum Professor verhinderte der dänische Hof mit der Königin an der Spitze.

Deshalb wechselte er 1848 nach Frankfurt am Main, wo er die Nationalversammlung erlebte, liberale Anregungen aufnahm und Heinrich Kruse kennenlern-

te, der ihn zum Journalismus führte und für die Mitarbeit bei einigen Blättern gewann. Das reichte von der „Neuen Berliner Zeitung“ bis zur „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“, die dann als „Norddeutsche Freie Presse“ in Altona herauskam. Sie gedieh unter seiner Regie über Jahre zur Plattform für eine „freiheitliche Entwicklung Schleswig-Holsteins“.

Ehrendoktorwürde der Greifswalder Universität

Fock wirkte zwischendurch als Abgeordneter der Landesversammlung und als Zugführer in einer Freiwilligenkompanie. Er wettete nicht nur per Artikel gegen die verkrusteten alten Verhältnisse. Er kämpfte auch dafür, bis dahin, dass ihn die Provisorische Regierung als Gesandten an den Schweriner Hof schickte.

Doch nach dem Sieg der preußisch-österreichischen Truppen und der erneuten Oberhoheit fremder Mächte legte der Linkliberale seine Ämter und die Redaktion seiner Zeitung nieder und ging 1852 zurück nach Vorpommern, wo er zunächst im elterlichen Gutshaus auf Wittow lebte und seine geschichtlichen Forschungen über Pommern begann.

Zwischenzeitlich gab es wegen hartnäckiger Herzbeschwerden stationäre

Klinikaufenthalte und Kurwochen in verschiedenen Heilbädern wie Karlsbad, Bad Pyrmont und Wiesbaden. Dann ließ er sich in Stralsund nieder.

Hier hatte er einen besseren Zugriff auf die Quellen für seine Pommernforschungen. 1861 erschien der erste Band seiner Pommerngeschichte, der für Aufsehen sorgte und ihm die Ehrendoktorwürde der Greifswalder Universität eintrug. Fünf weitere Bände folgten. Dazu gab es weitere wissenschaftliche Beiträge und Rezensionen aus seiner Feder, die seinen nunmehrigen Ruf als Autor deutschlandweit festigten.

Aber seine Kräfte waren wohl aufgebraucht. Den begonnenen siebten Band schaffte er nicht mehr. Er bekam noch das Angebot für eine Professur in Buenos Aires, starb aber am 6. Oktober 1872 in Stralsund. Sein Wohnhaus in der Heiliggeiststraße besaß bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg eine Gedenktafel, die an ihn als bedeutenden Gelehrten Vorpommerns erinnerte. Heute trägt eine Stralsunder Straße seinen Namen. *Martin Stolzenau*

● **Info** Die Bände sind in digitalen Bibliotheken zu lesen, siehe unter anderem: www.digitale-bibliothek-mv.de der Universität Greifswald

„Mit Worten ein System bereiten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Scharfsinnig analysiert, und mit spitzer Feder geschrieben. Chapeau!“

Franz Hegele, Grasbrunn
zum Thema: Linke Identitätskrämpfe
(Nr. 10)



Ausgabe Nr. 14

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ELEFANTENSPUR IN DEN KREML ZU: NICHT PUTINS FALL? (NR. 14)

Als braver Zuseher von ARD und ZDF weiß ich, Alexej Nawalnyj ist ein untadeliger aufrechter Mann mit einer blütenweißen Vita, der notfalls für seine Überzeugung in den Tod geht. Damit ist er ein Märtyrer. Und Putin ist ein Mörder (Joe Biden am 17. März). Doch zum Glück – ein recht erfolgloser. Das liegt dran, weil er offenkundig den trotteligsten Geheimdienst der Welt hat. Seine Schlapphüte wurden 2018 losgeschickt, den Ex-Oberst Skripal umzubringen. Dazu nahmen die Russen das tödlichste Nervengift, das sich die Menschheit bisher ausgedacht hat: Nowitschok.

Die Agenten erwiesen sich zu dumm für ihren Job. Das einzige Wesen, das tatsächlich umkam, war Skripals Katze. Sie starb den Hungertod. Man hatte sie im Haus vergessen, als Skripal und seine Tochter zur Behandlung ins Krankenhaus kamen.

Professionelle Nachrichtendienste vertuschen Indizien ihrer Missetaten oder legen die Spuren in Richtung des Gegners. Dafür fehlt den Russen wohl der Geist, sie fabrizieren in ihrer Einfalt wiederholt eine Elefantenspur bis in den Kreml, bis vor den Schreibtisch des Präsidenten.

Im August 2020 gab Putin wieder einen Befehl zum Giftmord. Abermals nimmt man in Ermangelung wirksamer und zuverlässiger Mittel Nowitschok. Zum Glück für das Opfer reicht wieder mal die Dosis nicht. Obwohl der Vergiftete wegen einer laufenden Bewährungsstrafe nach russischem Recht das Land eigentlich gar nicht verlassen darf, erlaubt der russische Präsident persönlich dessen Ausreise nach Deutschland, was Nawalnyjs Leben rettet.

Darüber hinaus war Putin so naiv, dass er sich nicht denken konnte, wie gut NATO-Kampfstofflabore arbeiten. Alle Welt erfährt durch deren Expertise, wie Putin seine Kritiker mit Gift aus dem Weg räumen lässt. Das schreckt Herren Nawalnyj nicht ab, nach seiner Genesung zurück

ins Land der Mörder zu reisen, um dort eine zu erwartende Haftstrafe abzusetzen. Für den bevorstehenden Wahlkampf in Russland ist das sicher hilfreich.

Mit Smartphone ausgestattet postet Nawalnyj aus der Gefängniszelle über diverse soziale Medien weltweit seine Kritik an der Putin-Diktatur. Solche Möglichkeiten hat, wie man hört, Georg Thiel in Deutschland nicht, der seit dem 25. Februar dieses Jahres in der Justizvollzugsanstalt Münster einsitzt, weil er sich weigert, den Solidarbeitrag (ehemals GEZ-Beitrag genannt) für ARD und ZDF zu entrichten. Wenn auch negativ und tendenziös, so findet sich der Name Nawalnyj immer wieder selbst in staatsnahen russischen Zeitungen. Den Namen Georg Thiel wird man in der hiesigen Presse-landschaft wohl vergeblich suchen.

Henrik Schulze, Jüterbog

POLNISCHES FAIT ACCOMPLI ZU: DIE STUNDE DER BÜRGER- MEISTER (NR. 12)

Der Artikel regt dazu an, das Wissen über die Ursache und die Herkunft des Föderalismus zu vervollständigen. Deutschland hat 16 überflüssige und nutzlose Länder, die den Staat schwächen sollen! Warum? Im November 1940 forderte die polnische Exilregierung in einem Memorandum an die britische Regierung, zur Stärkung der polnischen und zur Schwächung der deutschen Position Ostpreußen und Danzig zu erhalten. Ferner verlangte das polnische Memorandum zur Schwächung Deutschlands die „Wiederherstellung der Autonomie der deutschen Bundesstaaten“ sowie die „Unabhängigkeit Österreichs“.

Als Reaktion auf das Memorandum vom November 1940 hatte die britische Diplomatie geäußert, dass man bei einem Sieg über Deutschland nicht verhindern könne, „dass Polen Ostpreußen und Oberschlesien durch ein fait accompli (durch eine vollendete Tatsache) in Besitz nehmen würde“. Die Polen konnten und sollten also deutsches Land erhalten.

Benno Koch, Harsefeld

TRÄNEN GELACHT ZU: DAS WESEN DES HOMO CORONENSIS (NR. 13)

Seit Jahren zelebrieren wir das Lesen Ihres sehr informativen, teils deprimierenden, teils belustigenden Blattes. Wir lieben Herrn Heckels Wochenrückblicke und saugen Informationen förmlich auf. Vor dem PAZ-Bezug war ich wenig geschichtsinteressiert, heute ärgert mich meine Ignoranz. Auch Lachen lehrt Ihr! Man verlernt das ja mit zunehmendem Alter. Auch wenn der „Homo coronensis“ eine traurige Gestalt ist – der Artikel war zu köstlich! Ich kann mich nicht erinnern, wann ich zuvor das letzte Mal Tränen gelacht habe. Ihnen allen tausend Dank für Ihr wunderbares Tun.

Tony Jahns Müller, Plauen
und Melanie Müller, Plauen

EINE POSITIVE MIGRATION ZU: DAS MUSEUM FRIEDLAND (NR. 12)

Der Artikel enthält Aussagen, die man sonst kaum liest. Abgesehen, dass dieses Museum wohl dem Bericht nach gut und unseren Zeitansprüchen entsprechend eingerichtet ist, also der Besuch lohnend ist, so ist allein die Idee, Friedland für künftige Generationen als schicksalhafte Drehscheibe der Deutschen von erheblicher Bedeutung.

Aber wer schreibt heute schon mit der Unterscheidung „der Bedrängten der Welt“, nämlich den „Asylbewerbern“ einerseits und „den Menschen aus dem Umsiedlungsprogramm der UNHCR“ andererseits, letztere also, die uns allgemein als Flüchtlinge oder Migranten dargestellt werden? Dieses UN-Umsiedlungsprogramm sieht nämlich vor, dass die Aufnahmestaaten, also auch die Bundesrepublik, die sogenannten Umsiedler auf Dauer aufnehmen. Sie sind also nicht gleichzusetzen mit den Asylbewerbern. Auch das sollte in diesem Museum zum Ausdruck kommen.

Dieses Nebeneinander von Museum und Aufnahmelager ist absolut zu begrü-

ßen, wenn vom Museum auch mal ein Blick ins Aufnahmelager geworfen werden kann.

Markwart Cochius, Chemnitz

HILFLOSE POLITIK ZU: PROTEST WEHTE VON DEN BRÜCKEN DER A9 (NR. 13)

Wenn ich „Lock down“ als Begriff suche, kann ich es nicht einmal im „Wildhagen/Héraucourt“ (einem deutsch/englisch-Wörterbuch, d. Red.) finden. Dabei machen die Begriffe um „lock“ eine halbe Seite aus. Ergo hat das Wort überhaupt keinen Inhalt und ist damit bestens geeignet für Doppeldenk. Genau das erkennt man an allen Ecken und Enden bei jeder unserer unschlüssigen Aktionen.

Die absolut hilflose Politik eines Bankkaufmanns (Bundesgesundheitsminister Jens Spahn) trudelt von einer Maßnahme zur nächsten. Natürlich darf sich ein medizinisch gänzlich Ungebildeter beraten lassen. Mir scheint das die Situation eines Laientheaters zu sein. Unverständlicherweise bekam ein Laborbastler das „Diktat“. Wer aber nähme den Abteilungsleiter eines Motorenwerks als Berater für den Straßenbau? Offensichtlich kann er mit Quarantäne, Ausgangssperre (lexikalische Begriffe) nicht umgehen und flüchtet in Neusprech.

„Mit Worten ein System bereiten“ (Goethe) dümpeln wir seit 15 Monaten ohne Sinn dahin. Ganz vorsichtig werden schon die nächsten zehn Jahre Beschäftigung ins Gespräch gebracht. Dabei sollte man bei der derzeitigen Pandemie wenigstens die uralten Regeln einer Epidemie kennen. Wenn deren Wortbedeutungen nicht geläufig sind, gibt es Lexika.

Die derzeitige unerträgliche Situation geht einzig zulasten der Unfähigkeit. Unser „Fachminister“-Bankkaufmann und die für die „Richtlinien der Politik“ zuständige Physikerin übergeben einem Laborbastler das Diktat. Wir brauchen aber ganz klar dringendst einen klassischen Hygieniker, meinnetwegen auch auf Deutsch: Seuchenarzt!

Dr. Sven von Erichsen, Lebusa

ANZEIGE

100 Jahre alt werden ist kein Zufall. Jeder kann etwas dafür tun!

- **Neueste Studien enthüllen die Geheimnisse für ein langes Leben.**
- **Wie wir beeinflussen können, lange zu leben und dabei gesund zu bleiben.**
- **Was machen 100-Jährige anders und besser?**
 - **Sechs Faktoren, die für ein langes Leben besonders wichtig sind.**
 - **Es ist nicht festgelegt, wie alt der Einzelne wird.**
- **Wir haben es selbst in der Hand.**
- **Die Lebensweise der 100-Jährigen kann man lernen.**

Warum werden manche Menschen über 100 Jahre alt, während andere schon mit 65 sterben? Was machen die 100-Jährigen anders oder besser? Gibt es Dinge, die die über 100-Jährigen gemeinsam haben? Die Antwort lautet eindeutig »Ja!« Aber die Gemeinsamkeiten sind nicht so naheliegend, wie es scheinen mag. So könnte man vermuten, dass die Gene der wichtigste Faktor im Hinblick auf ein langes Leben sind.

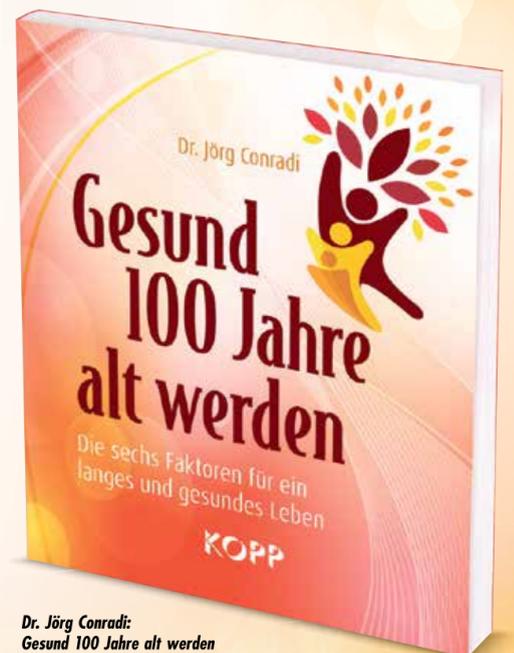
Die genetischen Anlagen sind nicht der entscheidende Faktor!

Wissenschaftlich erwiesen ist jedoch, dass unsere Anlagen nur 30 Prozent dazu beitragen. Viel entscheidender ist die Lebensführung einer Person. Doch auch in dieser Hinsicht gibt es überraschende Erkenntnisse: Beispielsweise leben Vegetarier oder Sportler nicht automatisch länger als andere. Optimisten werden nicht älter als weniger optimistische Menschen. Ein langes Leben hat andere Ursachen.

Überraschende Wahrheiten und verblüffende Irrtümer

Wie Dr. Jörg Conradi durch die Auswertung neuester wissenschaftlicher Studien in Erfahrung bringen konnte, sind es sechs Faktoren, die ein hohes Alter begünstigen. Er erläutert im Detail, wie Sie diese Faktoren nutzen können, um länger, aber auch gesünder und zufriedener zu leben. Dabei räumt er mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen auf.

Damit Sie ermitteln können, ob Ihre Lebensweise auf eine hohe Lebenserwartung hindeutet, hat der Autor einen Selbsttest entwickelt. Sollte die Beantwortung der Testfragen ergeben, dass Sie eher zu den Menschen mit einer niedrigen Lebenserwartung gehören, hat Dr. Jörg Conradi gute Nachrichten für Sie: Es ist nicht schwer, die sechs Faktoren, die ein hohes Alter begünstigen, in Ihren Alltag zu integrieren. Schon einfache Maßnahmen wirken sich äußerst positiv auf Ihre Lebenserwartung aus.



Dr. Jörg Conradi:
Gesund 100 Jahre alt werden
Paperback • 205 Seiten • durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr. 983 300 • 12,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

DOMBAUMEISTER

Ganz schön hoch hinaus

Den Kölner Dom kennt jeder. Doch sein genialer Erbauer blieb halb anonym: Meister Gerhard, der vor 750 Jahren starb

VON MARTIN STOLZENAU

Der Kölner Dom ist das bedeutendste Bauwerk der Stadt, gilt als der vollkommenste deutsche Bau der Hochgotik und besitzt damit Weltgeltung. Er ist das Wahrzeichen und der Hauptziehungspunkt für Touristen aus aller Welt. Als maßgeblicher Bauauftraggeber ist der Kölner Erzbischof Konrad von Hochstaden überliefert. Er ging damit in die Geschichte ein und ist vielen Kölnern auch in der Gegenwart bekannt. Dagegen ist Meister Gerhard oder latinisiert Meister Gerhardus, der den Bauplan schuf und ab 1248 die erste Bauphase realisierte, heute nur noch Baufachleuten und Historikern ein Begriff.

Dabei blieb Gerhards Bauplan auch für alle nachfolgenden Dombaumeister richtungweisend. Selbst der Weiterbau des Doms nach 1842 erfolgte auf der Grundlage von Gerhards Plänen. Seine Vorgaben gelten auch für die jetzige Dombauhütte. Damit erreichte der herausragende Dombaumeister, der seine Ausbildung bei französischen Dombauprojekten der Gotik erhalten hatte, auch über seinen Tod vor 750 Jahren hinaus abseits von der öffentlichen Wahrnehmung und fast anonym bis heute eine enorme Nachwirkung.

Der Dombaumeister wurde um 1210 wahrscheinlich im Mosel-Ort Reil geboren, wo seit der Römerzeit Wein gedeiht und der jetzt als Ortsteil zur Verbandsgemeinde Traben-Trarbach gehört. In Reil gab es die Adelsfamilie von Ryle, die mit den Schillingen von Ryle verwandt war, die als Ministeriale des Erzbischofs fungierten und in der Marzellenstraße in Köln ein Stadthaus besaßen.

Gerhard von Ryle interessierte sich wohl früh für das Baufach, absolvierte seine erste Ausbildung sicher in der heimischen Region und ging dann auf Wanderschaft nach Frankreich. Wegen stilistischer Ähnlichkeiten kann man davon ausgehen, dass er am Bau der gotischen Kathedralen von Troyes und Paris beteiligt war und dabei sein enormes Wissen zur Gotik erwarb. Dann war er wohl als Par-



Gesamtkunstwerk: Der Kölner Dom, so wie ihn sich Meister Gerhard vorgestellt hat

lier (Sprecher der Dombauleute) und eigenständiger Meister in Nordfrankreich unterwegs, was durch Werkspuren nachvollziehbar ist.

Die Standardform der gotischen Kathedrale bildete im Grundriss ein christliches Kreuz, erstreckte sich in der Hauptrichtung von West nach Ost und damit nach Jerusalem, der Stätte des Wirkens

und der Auferstehung Christi, und umfasste drei bauliche Hauptteile: Langhaus, Querhaus und Chor. Das Mittelschiff des Langhauses erreichte eine viel größere Höhe als die flankierenden Seitenschiffe, was im Zusammenspiel von Breite und Höhe bis heute einen atemberaubenden Blickkontakt ermöglicht. Sein Wissen um die französischen Gotikbauten prädesti-

nierte den Meister Gerhard wohl für einen vergleichbaren Neubau in Köln.

Nach vorausgegangenem karolingischen und ottonischen Dombau wollten der Erzbischof Konrad von Hochstaden und seine Kölner Domherren eine moderne und größere Kathedrale im Stil der Gotik, die weit und breit ihresgleichen suchen sollte. Die Macht und Größe der Kirche sollte mit mächtigen Symbolen himmelwärts streben und die Gläubigen beeindrucken. Für dieses Anliegen berief man Gerhard als Werkmeister nach Köln.

Tödlicher Sturz vom Gerüst

Am 25. März 1247 wurde der Dombau beschlossen. Der beauftragte Meister erstellte die Baupläne, beeindruckte mit seiner Planung und stand am 12. April 1248 im Schatten des Erzbischofs, der den Grundstein legte. Dann hatte Meister Gerhard für über 20 Jahre die Regie über das wachsende Bauwerk. Er übernahm von der von ihm geschätzten Kathedrale von Amiens in Nordfrankreich die Gewölbeform und Wandgliederung, offenbarte schon beim Kapellenkranz und der alten Sakristei seine stilistische Meisterschaft und erreichte mit seiner produktiven Dombauhütte beim Chor letztlich eine Höhe von 20 Metern.

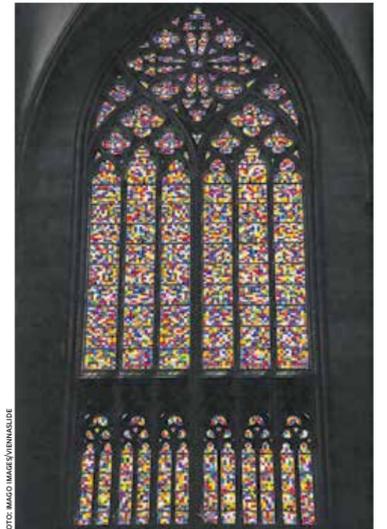
Der Dombaumeister war in Köln heimisch geworden, hatte geheiratet und wegen seiner Verdienste um den Dombau ein Landstück in der Marzellenstraße in Erbpacht verliehen bekommen. Parallel war der Meister auch an der Abteikirche in Altenberg und am gotischen Chor des Mönchengladbacher Münsters beteiligt. Alles schien bestens.

Dann aber gab es im April 1271 einen später nicht aufgeklärten Gerüst-Unfall am Kölner Dombau. In zeitgenössischen Schriften werden „mysteriöse Umstände“ genannt. Meister Gerhard wurde schwer verletzt, rang mit dem Tode und starb am 24./25. April 1271 in Köln.

Zum Glück gab es eine detaillierte Bauplanung für den Dombau von seiner Hand. Alle nachfolgenden Dombaumeister hielten sich an seine überlieferten Originalbaupläne. So entstand ein einzigarti-

ger Sakralbau. Während das Verhältnis von Breite zu Höhe des Mittelschiffs in Chartres eins zu 2,6, und in Notre-Dame in Paris eins zu 2,75 besitzen, erreichte der Kölner Dom nach den Vorgaben von Meister Gerhard ein Verhältnis von eins zu 3,8. Das sind die steilsten Proportionen einer gotischen Kathedrale weltweit.

Die schmale Steilheit des Langhauses ermöglicht beim Aufwärtsblick dank der Planung des Meisters einen „überirdischen Eindruck“, der durch keine Horizontalelemente wie vorspringende Gesimse unterbrochen wird. Die Einzigartigkeit des Doms erhält mit dem Aufwärtsblick auf das Gewölbe der Vierung mit seiner geometrischen Regelmäßigkeit seine Krönung. Es ist auch ohne Gedenkstein ein in Stein gehauenes Denkmal für den ersten Kölner Dombaumeister, dem in Köln zudem eine Meister-Gerhard-Straße gewidmet ist, bei der aber selbst viele Kölner nicht wissen, nach wem sie benannt worden ist: dem Mann, der ein Jahrtausend-Bauwerk erschaffen hat, das selbst den Bombenterror des Zweiten Weltkriegs überstanden hat.



Vom neuen Meister Gerhard erschaffen: Das bewusst verpixelte, moderne Dombenster des Künstlers Gerhard Richter

BRANDENBURG

Auf zu neuen Ufermauern

Am Schloss Rheinsberg werden Winterschäden beseitigt – Im Sommer soll es wieder Besucher anlocken

Dass das Schloss Rheinsberg ein gern besuchtes Ausflugsziel in der Mark Brandenburg ist, hängt auch mit seiner literarischen Berühmtheit zusammen. Theodor Fontane hat es in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ als Juwel des Ruppiner Lands hervorgehoben, und 1912 ist es Schauplatz von Kurt Tucholskys ironischer Erzählung „Rheinsberg: Ein Bilderbuch für Verliebte“. Inzwischen gibt es dort ein Kurt-Tucholsky-Literaturmuseum und im Sommer soll dort wieder das vom Ostpreußen Siegfried Matthus ins Leben gerufene Opernfestival Kammeroper Schloss Rheinsberg stattfinden.

Bis dahin hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg noch Zeit für die Sanierung der bogenförmigen Ufermauer im Lustgarten des Schlosses. Denn die aus Feldsteinen errichtete Mauer weist starke Schäden und Fehlstellen auf, weshalb die Sperrung des angrenzenden Uferweges drohte. Nun wird das Bauwerk neu aufgesetzt und nachhaltig gesichert. Anschließend wird der Uferweg instand gesetzt.

Im Schlossgarten Rheinsberg sind die gartenkünstlerischen Ideen und Umbrüche des 18. Jahrhunderts in besonderer Weise zu erleben. Deutlich wird dies auch im Fall der an die Schlossinsel anschließenden Ufermauer. Diese lässt, wie in einer Beschreibung aus dem 18. Jahrhun-

dert zu lesen ist, „das Schloss in einem Cirkelbogen von Feldsteinen, gleich einem Baßin eingefasst“ erscheinen. Immer kleiner werdend, geht sie dann in die natürliche Uferlinie über. An der Ufermauer entlang verlief ein Weg, der schöne Sichten zwischen den am Ufer stehenden Bäu-

men hindurch Richtung Schloss ermöglichte. Dies ist teilweise heute noch zu erleben. Besonders reizvoll sind hierbei die Spiegelungen im Wasser des Sees.

Die Ufermauer musste im Laufe der Zeit immer wieder repariert werden. Zuletzt wurde sie Mitte der 1990er Jahre neu aufgeschichtet. In den letzten sechs Jahren wurden die Schäden an der Mauer, vor allem durch Eisdruck, so groß, dass ein einfaches Aufschichten der Steine nicht mehr möglich war.

Im Rahmen der anstehenden Baumaßnahmen erfolgte jetzt der Abriss der vorhandenen Mauerreste. Anschließend werden Pfähle als Gründung für die neue Mauer eingebracht. Als Schutz gegen Ausspülungen sollen sogenannte Steinwalzen in das Erdreich eingearbeitet werden. Die Sanierungsmaßnahmen, deren Gesamtbaukosten mit 330.000 Euro beziffert werden, sollen bis Mitte Juni abgeschlossen sein. Von Corona abgesehen sollte dann ein Besuch im Schloss, im Tucholsky-Museum oder des Festivals nichts mehr im Wege stehen. H. Tews/SPSG



Reizvolle Spiegelungen im See: Schloss Rheinsberg

Foto: Hans Bach/SPSG

SACHSEN

Gärten und Burgen offen

Im April sind die Museen der Staatlichen Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen schrittweise geöffnet worden. Damit stehen das Barockschloss Rammenau, der Klosterpark Altzella, die Burg Kriebstein, das Schloss Rochlitz, das Schloss Moritzburg, die „Festung Xperience“ (Festung Dresden) sowie die Meißener Albrechtsburg für Besucher wieder offen. Der Besuch ist mit zuvor online gebuchten Zeitfenstereintrittskarten sowie der Vorlage eines tagesaktuellen negativen Testergebnisses oder einer Bescheinigung über das Vorliegen eines negativen Antigen-Selbsttests zum Nachweis des SARS-CoV-2-Virus möglich. Der Schlosspark Pillnitz und der Barockgarten Großsedlitz sind kostenpflichtig für Gäste geöffnet. Weiterhin kostenfrei ist der Eintritt in den Park von Schloss Weesenstein. Auch die Dresdner Parkeisenbahn ist inzwischen in die neue Saison gestartet. Aktuelle Infos sowie Karten im Internet unter: shop.schloesserland-sachsen.de tws

● FÜR SIE GELESEN

Ein Schuss
Hermann Löns

Einmal im Jahr ist im beschaulichen Amelinghausen in der Lüneburger Heide richtig etwas los. Dann findet das Heideblütenfest statt, bei dem in Vor-Corona-Jahren zehntausende Zuschauer kamen und die Heidekönigin gewählt wird. Eine gewisse Jenny Elvers ist dadurch sogar bundesweit bekannt geworden. Aber in dem Krimi „Heidejagd“ hat Amelinghausen ein ganz anderes Problem: Eine Wolfsbestie sorgt für Angst und Schrecken.

Ausgangspunkt des Horrors ist der Lopausee, an dem die grausam zugerichtete Leiche eines Biologielehrers gefunden wird. Eine Schülerin hat ihn entdeckt, nachdem sie beim Paintballspielen auf der Flucht vor einem vermeintlichen Werwolf über ihn gestolpert war. Autorin Angela L. Forster schickt erneut ihre aus den früheren Heidekrimis bekannte Kommissarin Inka Brandt auf Mörderjagd, wobei sie gegen Aberglauben und schießwütige Wolfsjäger ankämpfen muss. Ein Schuss Hermann Löns liegt in diesem höchst lesenswerten Krimi, der wie von Forster nicht anders erwartet bis ins Detail stimmig ist und Lust auf das nächste Heidefest macht. *H. Tews*



Angela L. Forster:
„Heidejagd. Ein Fall für Inka Brandt“, CW Niemeyer Buchverlage, Hameln 2021, Taschenbuch, 432 Seiten, 14 Euro

Schwieriger
Neustart

Wolfgang Rudzio war von 1972 bis 2000 als Professor für Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg tätig. Bekanntheit erlangte er durch sein Buch „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“, das als Standardwerk gilt. Jetzt legte Rudzio die Autobiographie „Im Schatten der Politik“ vor, deren Titel zum einen auf die akademische Laufbahn beziehungsweise politische Entwicklung des Autors und zum anderen auch auf seinen Lebensweg Bezug nimmt, der von den dramatischen historischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts geprägt wurde.

Rudzio stammt aus Ostpreußen – er kam 1935 in Insterburg auf die Welt – und erlebte deshalb die Urkatastrophe von Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten mit. Hierüber äußert er sich in dem Buch ebenso ausführlich wie über seine Kindheit und Familie in Ostpreußen sowie den schwierigen Neustart im Westen. Aufschlussreich sind zudem auch Rudzios Schilderungen des Hochschulbetriebs in den 1950er und 1960er Jahren sowie die Insiderberichte aus der linken Studentenszene dieser Zeit.

Ein interessantes Lehrstück zur deutschen Geschichte, dessen Lesbarkeit allerdings darunter leidet, dass sich der Verlag für die Verwendung einer wenig augenfreundlichen Schrift entschieden hat. *Wolfgang Kaufmann*



Wolfgang Rudzio:
„Im Schatten der Politik. Ein Leben“, Springer Verlag, Wiesbaden 2020, gebunden, 347 Seiten, 29,99 Euro

REISEFÜHRER BELGIEN



Tradition trifft auf Wahrzeichen
Manneken Pis, Schokolade, Waffeln und Pommes Frites – Neben Kulinarischem hat unser Nachbarland Belgien noch sehr viel mehr zu bieten

FOTO: SHUTTERSTOCK

Ein kleiner Staat mit großer Bedeutung ist Belgien nicht erst, seitdem die EU-Organe dort ihren Sitz einnahmen. Als Kohleförderer, Diamantenschlagplatz oder als Hersteller köstlicher Schokolade und Pralinen-

reationen hat das Land sich einen Namen gemacht. Städte wie Brügge oder Gent locken mit mittelalterlichem Charme, die Nordseeküste mit mondänen Badeorten. Belgien ist in jedem Fall eine Reise wert. *MRK*

Baedeker Belgien, MairDumont Verlag, Ostfildern, 14. Auflage 2021, flexibler Einband mit EASY ZIP, 474 Seiten, 24,95 Euro

STREITSCHRIFT

Gegen radikale
Gruppierungen

Der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad warnt vor einem radikalen Islam in Deutschland und handelt sich damit Kritik aus allen Lagern ein

VON DIRK KLOSE

Der in Ägypten als Sohn eines strenggläubigen Imam aufgewachsene, heute als deutscher Staatsbürger in der Bundesrepublik lebende Politikwissenschaftler und Publizist Hamed Abdel-Samad bekundet in berührender Weise seine Liebe zu Deutschland, warnt aber gleichzeitig vor wachsenden Gefahren angesichts weltanschaulicher und religiöser Polarisierungen. Berührend auch seine Schilderung, wie er sich unter schweren Kämpfen von einer als unfrei empfundenen Religion frei gemacht und sich Werte wie Freiheit und Demokratie zu eigen gemacht hat, auch mit der bedrückenden Folge, dass gegen ihn, als er vor Jahren ein viel diskutiertes Buch über den „Islamischen Faschismus“ veröffentlicht hatte, eine Fatwa verhängt wurde, was einem Todesurteil gleichkommt. Seitdem lebt er unter ständigem Polizeischutz.

Wiederholt betont er, dass sich vor allem die gesellschaftliche Mitte Deutschlands immer wieder um einen offenen Dialog bemühen und nicht, wie derzeit, das Trennende, sondern das Verbindende in unserer Gesellschaft sehen und fördern müsse. Deutschland habe so viel in Wirtschaft, Technik und Kultur geleistet, aber ausgerechnet in der Politik sei noch immer eine Untertanenmentalität, Unsicherheit und Angst („German Angst“) spürbar. Ob Wessis oder Oassis – das Land müsse gemeinsam Antworten auf drängende Fragen der Gegenwart finden: „Das braucht einen starken Glauben an Demokratie und Frei-

heit, eine offene Streitkultur und entschlossenen Kampf gegen alle extremistischen Ideologien.“

Unter Letztere zählt er auch gegen Demokratie und Freiheit gerichtete Bestrebungen streng religiöser radikalislamischer Gruppierungen. Die Unterdrückung der Frau und religiöse Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen sei unvereinbar mit europäischen Werten. „Für ein gelungenes Zusammenleben verschiedener Religionen auf deutschem Boden ist eine konsequente Säkularisierung unverzichtbar.“

Der Autor hat das Buch mit „Ein Warnruf“ untertitelt. Eher möchte man sagen, dass es eine fulminante Streitschrift gegen alles Doktrinäre von links und rechts ist, gegen intoleranten Islam und engstirniges Wohlstandsdenken. Keine Frage, dass er sich mit solch vehement formulierten Attacken auch Kritik aus allen Lagern einhandelt. Aber das ficht den Autor nicht an: „Deutsch-Sein bedeutet für mich heute, für Freiheit und Vielfalt einzustehen und gegen jede Form von Bevormundung, Einschüchterung und Extremismus einzutreten.“ Welch freundlicher Ausblick auf das im Moment so verwirrt scheinende Land.



Hamed Abdel-Samad:
„Aus Liebe zu Deutschland. Ein Warnruf“, dtv, München 2020, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro

FRAUENBEWEGUNG

Pioniere der
Frauenbildung

In 18 spannenden Kurzbiographien stellt die Historikerin Felicitas von Aretin Forscherinnen vor, die oft gegen Widerstand Bedeutendes leisteten

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Durch den Einfluss der Frauenbewegung wurde Frauen in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts das Recht auf eine bessere Bildung zugesprochen. Die Pionierinnen des Frauenstudiums folgten unbeirrt ihrem Wunsch und Willen, ein Studium aufzunehmen, um in einem der typischen Männerberufe zu arbeiten: als Ärztin, Biologin, Juristin, Archäologin, Mathematikerin, Theaterkritikerin oder Pfarrerin.

In ihrem Buch „Mit Wagemut und Wissensdurst. Die ersten Frauen in Universitäten und Berufen“ hat die Historikerin Felicitas von Aretin 18 spannende Kurzbiographien von Akademikerinnen „der ersten Stunde“ aus den deutschsprachigen Ländern zusammengestellt. Ob verheiratet oder ledig, alle diese Frauen mussten ihr Recht auf Wissenschaft oder eine selbstständige Tätigkeit gegen Widerstände verteidigen und Kompromisse eingehen. Sie wurden erfolgreiche Naturwissenschaftlerinnen und Unternehmerinnen, waren in kulturbezogenen Berufen tätig oder setzten sich für das Wohl der Gesellschaft ein. Einige wurden mit Preisen ausgezeichnet und sogar für den Nobelpreis vorgeschlagen wie die österreichische jüdische Physikerin Marietta Blau (1894–1970), deren berufliche Existenz 1937 durch Machenschaften infolge der NS-Ideologie vernichtet wurde. In letzter Minute konnte sie emigrieren. Bereits 1933 ereilte dasselbe Schicksal die deutsche Archäologin und

Hochschuldozentin Margarete Bieber (1879–1978).

Typisch für die Forscherinnen der ersten Generation war das Bemühen, in der männerdominierten Welt nicht aufzufallen, um ihr Fortkommen nicht zu gefährden, wie die Autorin im Doppelportrait der Wiener Schwestern Helene Richter (1861–1942), Theaterkritikerin und Anglistin, und der Romanistik-Professorin Elise Richter (1865–1943) hervorhebt. Nach ihnen sind Preise des deutschen Romanisten- und des Anglisten-Verbands benannt. Als Wegbereiterin der sozialen Arbeit gilt die Sozialreformerin Marie Baum (1874–1964), die eine enge Freundschaft mit der von ihr hoch verehrten Schriftstellerin Ricarda Huch (1864–1947) verband. Huch hatte Ende der 1880er Jahre in der Schweiz Geschichte, Philologie und Philosophie studiert, was in Deutschland zu dieser Zeit noch nicht möglich war.

Als Gründerin des Müttergenesungswerks und Gattin des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss blieb Elly Heuss-Knapp (1881–1952) im kollektiven Gedächtnis verhaftet. Großenteils aber sind die ersten deutschsprachigen Akademikerinnen nicht oder nicht mehr bekannt.



Felicitas von Aretin:
„Mit Wagemut und Wissensdurst. Die ersten Frauen in Universitäten und Berufen“, Insel Verlag, Berlin 2020, broschiert, 174 Seiten, 14 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Das Stasimuseum Berlin in der früheren Zentrale des Staatssicherheitsdienstes der DDR hat die für Anfang April geplante Wiedereröffnung abgesagt. Grund sei die „kürzlich erlassene Corona-Verordnung“. Das eigene Hygienekonzept sei zwar weiterentwickelt worden, aber die „neuen Vorschriften machen in der Summe den Betrieb des Museums am historischen Ort“ unmöglich. Eine „Vor-Ort-Test-Station“ oder „das Abfragen von Gesundheitsdaten und die Sammlung persönlicher Informationen am ehemaligen Arbeitsplatz des Stasi-Generals Erich Mielke und tausender Stasi-Offiziere“ sei nicht akzeptabel. Geschäftsführer Jörg Drieselmann: „Gerade uns als Stasimuseum stünde es schlecht zu Gesicht, am Eingang zum Museum Informationen zu sammeln, die eigentlich der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.“ Die Gründer des Museums hätten „am Ort der Angst einen Ort des Austauschs und der Offenheit“ aufgebaut. Man kläre hier über die SED-Diktatur auf und werbe damit für den freiheitlichen Rechtsstaat. E.L.



Die Kandidatin

● STIMMEN ZUR ZEIT

Henryk M. Broder warnt in der „Welt“ (19. April) davor, dass Demokratie und Freiheit in Deutschland brüchiger sein könnten, als viele glauben:

„Jedes demokratische Gemeinwesen ist anfällig für autoritäre Versuchungen – im Dienst des Zusammenhalts, der Gleichheit und der Gerechtigkeit, im Kampf gegen ein gemeines Virus oder den menschengemachten Klimawandel. Irgend ein Grund findet sich immer.“

Marcel Luthé, frisch gekürter Spitzenkandidat der Freien Wähler für die Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl im September, beklagt gegenüber „Tichys Einblick“ (19. April) den Zerfall der staatlichen Ordnung:

„Die Regierungsparteien versuchen den Menschen vorzuschreiben, was sie wann essen sollen oder gar wie sie sprechen und denken sollen – was den Staat nicht das Geringste angeht. Und gleichzeitig hat die Zahl der Opferdelikte – also der Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten – im Jahr 2020 in Berlin einen neuen Höchststand erreicht. Ein Staat, der seine Bürger nicht schützt, verliert schleichend seine Existenzberechtigung.“

Frauke Niemeyer betrachtet die Langzeitfolgen des Machtkampfs um die Kanzlerkandidatur der Union. Auf „ntv-online“ (16. April) schreibt sie:

„So beginnt Spaltung, sie setzt sich in dieser Woche fort mit Ränkeschmiedereien und heimlichen Strategien und lässt Parteifreunde zu Gegnern werden. Wie die Union all die Risse, die in diesen Tagen entstehen, kitten will, um gemeinsam und geeint in den Wahlkampf zu starten? Niemand weiß es, und wohl kaum einer kann es sich derzeit vorstellen.“

Sahra Wagenknechts neues Buch „Die Selbstgerechten“ hat im linken Lager Irritation und wahre Empörungstürme ausgelöst. Roger Köppel wirft in der Schweizer „Weltwoche“ (14. April) einen scharfen Blick auf die profilierte Linkspartei-Politikerin:

„Wagenknecht ist der selten gewordene Fall einer linken Realistin. Sie hat auch keine Angst, über Tabus zu diskutieren. Das trägt ihr dann in Deutschland automatenhaft den Vorwurf ein, sie sei rechts. Das ist sie nicht. Wagenknecht steht links, weit links sogar. Sie fordert eine strenge Regulierung der Wirtschaft, ist für höhere Steuern, für Sozialausbau und weniger Globalisierung.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Schöner als bei Merkel

Warum Laschet auf der Hut sein muss, und warum Baerbock sich keine Sorgen zu machen braucht

VON HANS HECKEL

Manchmal sollte man sich einfach eine Woche lang eingraben und danach erst wieder herauskommen, weil man sowieso nichts verpasst. Vor der zweiten Sitzung der CDU-Spitze zur K-Frage sagte Markus Söder genau das Gleiche wie vor der ersten: Er werde das Ergebnis akzeptieren. Tat er dann aber erst mal nicht. Es folgten stattdessen acht wilde Tage, die wir nie vergessen werden. Dafür sind wir dem Franken natürlich ewig dankbar – was für eine Schau!

Was das Ganze sollte, wo doch das Resultat unverändert blieb? Man kann es ja mal versuchen, dachte sich Söder, und verwandelte die CDU für eine gute Woche lang in das Somalia der deutschen Parteienlandschaft.

Kennen Sie Somalia? Das ist ein Land, das zwar eine Regierung hat, und die ist (glaube ich jedenfalls) sogar international anerkannt. Nur in dem Lande selber interessiert sich blöderweise niemand für diese Regierung, die „Macht“ des Präsidenten versickert schon in den ersten Vororten der Hauptstadt. So erging es auch der CDU-Spitze nach der ersten Pro-Laschet-Entscheidung. Statt der Entscheidung der (immerhin demokratisch gewählten) Parteigranden zu folgen, fasste ein Großteil in der CDU den Beschluss bestenfalls als Vorschlag auf – und noch dazu als einen ziemlich schlechten.

Söder droht mit „Diskussionen“

Von Stund an legte jeder los, wie er lustig war. Ministerpräsidenten, Landesvorsitzende und sogar 14 von 18 Landesverbänden der Jungen Union schlugen sich auf die Söder-Seite. Fast wäre alles gekippt. Wie in Ländern von der Sorte Somalia gab am Ende eine kampfkraftige auswärtige Macht den Ausschlag: Erst als Söder selbst sein zähneknirschendes Einverständnis gab, konnte man in der CDU-Zentrale aufatmen.

Jetzt schwören alle dem Laschet ihre treue Gefolgschaft. Wir hoffen aber sehr, dass der Gekürte zwischen den Zeilen lesen kann: Er habe Laschet die „volle Unterstützung“ zugesagt, versichert Söder. Es werde aber sicherlich noch „Diskussionen“ geben. Ach ja? Wir haben verstanden. Mit anderen Worten: Er wird seine „volle Unterstützung“ mit kleinen Giftpfeilen würzen.

Auch Angela Merkel freut sich „auf die kommenden Monate unserer Zusammenar-

beit“. Die scheidende Kanzlerin hatte Laschet mitten in der heißen Phase des Kandidatenkampfes ganz gemein einen mitgegebenen. Und jetzt „freut“ die Frau sich auf die kommenden Monate? Armin, zieh dich warm an! Mal sehen, wann der erste Querschuss aus den eigenen Reihen einschlägt.

Da klatschen die Journalisten

Wir werden es ja erleben. Was wir dagegen verpassen werden, ist die Art, wie die grünlinks dominierten Medien einen Kanzlerkandidaten Söder zur Strecke gebracht hätten. Für den Moment schienen sie ihn ja richtig gern zu haben. Aber das hatte natürlich einen Grund: Der CSU-Chef schien der Rammbock zu sein, der die CDU zerlegt. Doch was macht man mit einem Rammbock, nachdem der Sturm gelungen ist? Man schmeißt ihn in den Graben. Irgendwelche Skandalchen, komische Parteispenden oder was weiß ich hätten sich schon finden lassen. Außerdem hat Söder in seinem Politikerleben so oft so gründlich die Richtung gewechselt – das hätte man ihm ja auch immer und immer wieder unter die Nase reiben können.

Kann man sich nun alles sparen, es ist ja der andere geworden. Nun, den nervt man dann eben mit der bizarren Art seiner Kür und der Frage, ob er überhaupt sicher sei, dass die Union hinter ihm stehe. Läuft alles wie geschmiert.

Annalena Baerbock braucht sich all diese Sorgen nicht zu machen. Die Grünen schwimmt auf einer Woge medialer Zustimmung, da brechen alle Dämme vor Begeisterung. In ihrem ersten TV-Gespräch als Kanzlerkandidatin spendeten die beiden Interviewer am Ende der Sendung sogar Beifall für die Politikerin. So was hatten wir noch nie gesehen. Das muss er sein, der „frische Wind“, den die 40-Jährige mitbringt: Gelangt sie tatsächlich zur Regierungsspitze, werden Pressegespräche mit der Kanzlerin wieder so spannend wie ein Interview des „Neuen Deutschland“ mit einem Angehörigen des SED-Politbüros, wo ja auch die Hagelkörner des kritischen Journalismus nur so niederprasselten auf den armen Befragten.

Was wir in dem Baerbock-Gespräch geboten bekamen, übertraf sogar Anne Wills Merkel-Audienzen. Immerhin hielt Will zum Ende der harmonischen Plauderrunde wenigstens die Hände unten.

Die Verzüchten in den Redaktionen werden ihr Bestes geben, um die Grünen-Kandi-

„Frisch“ und „unverbraucht“: Die Grünen hat sich ihre Frische weder durch ein Regierungsamt noch durch richtige Arbeit verbrauchen lassen

datin so nett und glatt wie möglich aussehen zu lassen. Wir werden jede Menge Mediengespräche mit Baerbock sehen, die mehr an „Homestorys“ zwischen Tiffany-Lampe und Wintergarten erinnern als an harte Fragerunden. Das deutsche Publikum wird begeistert sein, denn sind wir nicht alle ein bisschen Biedermeier? Das Gejubilium geht jetzt schon soweit, dass sie der Kanzler-Aspirantin sogar ausgeprägten „Sachverstand“ attestierten. Ja: Sachverstand! Ihr, die Kobalt nicht von Kobolden unterscheiden konnte und die den Strom „in den Netzen“ speichern will, als könnte man den anhalten wie Wasser im Kanal.

Aber dafür ist sie weiblich und außerdem so betörend „frisch“, wie wir schon erwähnt haben. Und das ist in einem Land, das sonst keine Sorgen hat, ausschlaggebend. Sie wirke im Vergleich zu den alten Kerlen wie Laschet oder dem SPD-Kandidaten Olaf Scholz „unverbraucht“, wie wir lesen konnten. Auch das stimmt aufs Haar: Baerbock hat sich ihre jugendliche Unbedarftigkeit weder in irgendeinem Regierungsamt noch von richtiger Arbeit, also außerhalb des Politikbetriebs, „verbrauchen“ lassen – so blieb sie so jung wie ein Ei im Nest. Und wer sagt denn, dass Eier nicht fliegen können?

Wie Laschet das Profil „schärft“

Armin Laschet will sich von alldem nicht beeindruckt lassen und als Gegenmittel das „Profil der Union schärfen“. Das wird auch nicht uninteressant. Um ihr Profil zu „schärfen“, müssten die Unionisten ja zunächst einmal eines haben. Laschet wird sich nach eigenen Worten mit vollem Eifer zuallererst auf den „Klimaschutz“ stürzen.

Das ist doch ein Renner! Wenn im Sommer kurz vor der Bundestagswahl Millionen Deutsche wegen der Corona- und Lockdown-Folgen um ihren Arbeitsplatz bangen oder um ihre Altersversorgung, nachdem sie ihre Rücklagen im Lockdown verbraten mussten, dann wird sie nichts heftiger um den Schlaf bringen als Prognosen zur mittleren Tageshöchsttemperatur im Juli des Jahres 2100. Das weiß Armin Laschet jetzt schon, weil er eben „näher bei den Menschen ist“, wie man das so sagt.

So geht Wahlkampf, so schärft man das Profil der Union: Greife dir das Kernthema der Grünen, schreib es ab und wickle es ins graugrüne Packpapier eines billigen Plagiats – und dann wundere dich maßlos, dass keiner hinguckt.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Die Fußballbundesliga gibt sich mittlerweile so politisch korrekt, dass jedes Interview für die Akteure zum Topfschlagen im Minenfeld wird.“

Alexander Graf in der „Jungen Freiheit“ (19. April) zur jüngsten Aufregung über eine Äußerung des neuen Trainers des 1. FC Köln, Friedhelm Funkel